

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Teutschland u. Oesterreich-Lingern 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. u. der Post-Verwaltung-Verordn. für 1896 unter Nr. 7877.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. für Berlin- und Provinzial-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Erschienen: Amt 1. Nr. 1508
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Dienstag, den 9. Juni 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten sind im Monat Mai folgende Parteibeiträge eingegangen:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 1000.— (darunter L. G. M. 40,85, 1. Rate gesammelt von selbständigen Schuhmachern am Stammtisch b. Trubach durch Sauer 4,50, Zwölfer V. R. durch Schönheim 26,25), 4. Kr. 2000.— (darunter Falkensteinstr. 5 5.—, Zigarrenabfälle 11,80, X-Strahlen 8,50, durch Säger 2. Rate 29.—, Mai-Gabe W. Wöllmer's Gießerei 39,05, Bergolder Musikantenstraße 5.—, für zwei bezahlten Kaffee 10.—, Freundschaft 10.—, Ueberschuss vom Maskenball 170.—), 6. Kreis 2000.— (darunter Ostel 5.—, für einen Maurerhammer durch Ostel 1.—, Oerzhewigki, Brunnenstr. 74 7.—, Geschäftsüberschuss vom 1. Mai 16,40, Thüringer Reise P. S. 1,50, Vierprocente N. G. S. 25.—, Ringelwolle, Moabit 30.—, vom schlanken Budiser Kastranten-Allee 11 durch S. d. u. 12.—, die Geselligen a. d. Norden 20.—) Berlin, diverse Beiträge: Tischlerwerkstatt von Nahn, Brunnenstraße 196 16,85, Schuldige Beiträge 1894/95 3.—, Grün 3.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Badingschen Buchbinderei 10.—, Werkstattd. Malchin, Neue Grünstr. 10,20, Maches 5.—, Spar- u. Vorschub. Elisabeth-Platz d. R. 2. 4.—, von d. Mitgl. des Buchdrucker-Verb. im „Vorwärts“ die Hälfte der Sammlung aus Anlaß der Feier des 1. Mai 51.—, Kontobücherfabrik Gr. Jumps 8,90, von Mitgl. der Druckerz. von B. 10,80, Unglücksfälle Badingsche Werkabteilung 20.—, Schildhorn 65.—, Malteser-Kuktion 8,50, Schriftfeger G. 1,50, Schriftfeger M. 3.—, Kommit. P. S. 1,50, Eine Sorte Menschen v. d. Nordost-Ecke 4.—, Gd. W., Regensburg 1.—, Brunnenstr. 150 — 50 Pf. 5.—, Amerikanische Kuktion, Lanzkränzen Freundschaft 7,50, Bremerhaven, rotte Hochzeit Reich 8,35, Cassel 200.—, Cottbus, S. 10.—, Düsseldorf, P. 14.—, Dortmund, Landkreis 100.—, Verne-Hofedde b. Dortmund, rotte Hindtaufe 4,10, Eilenburg, d. Belg 10, 5, 10.—, Ehrenfriedersdorf, v. 1. Mai 2.—, Fulda, Erinnerung an die Malteser 1895 11,70, Pölsenberg (Oberst.) 2.—, Hensburg, von Genossen 30.—, Gera (Beug) 100.—, Hamburg, Seher des „Echo“, die Hälfte des Lohnes vom 1. Mai 131.—, Hahstedt bei Bremen 25.—, Hamburg, 1. Wahlkreis 2000.—, Hamburg, 2. Kreis, rotte Hude Poppenmarkt 15.—, Hannover 1000.—, Hamburg, 78. Bezirk 2. Wahlkreis 30.—, Hamburg, 2. Wahlk. G. Im 10.—, Hamburg, S. F. 50.—, Hamburg, S. W. 50.—, Hamburg, S. R. 50.—, Jungstadt 40.—, Kirchhain, R. 2., Uebersch. der Malteser 11,35, Königsee (Thür.), Uebersch. v. Zigarrenkonjum der Weisgerber 3.—, München, Waldläufer 5.—, Reichsfrau-Niplan, Uebersch. der Malteser 100.—, Neubaldenleben - Wolmirsdorf, Wahlkreis 46.—, Neugersdorf, Bierklub 130, Oranienburg, Weisgerber, die den 1. Mai nicht feiern durften 8.—, Offenbach-Deiburg, Wahlk. 50.—, Ottenfen b. Pansfen 10.—, Oelsnitz i. V., Besichtigung der 2. Verkaufsstelle des Konsumvereins d. W. P. 4.—, Pirmasens, rotte Hochzeit 4,40, Müppurr, Ueberschuss d. Malteser 8.—, Stettin, von Genossen 200.—, Sagan 12,55 (darunter Malteserzeichen 2,55), Stuttgart, Stengel v. Julius b. Frau Clara 10.—, Schwurweide, von 10 Genossen, die den 1. Mai nicht feiern konnten 10.—, Siebenbrunn i. S., vom alten Einsiedler 1,20, Velten-Zegel von einem roten R. 6,80, Wilhelmshaven, Ueberschuss v. d. roten Fahne 1,60.

In der Quittung in Nr. 111 des „Vorwärts“ über die Eingänge im Monat April d. J. muß es unter den Beiträgen des 2. Berl. Wahlkreises heißen statt Unbekannt 101,40: Anlage wider Friedrichsberg b. Berlin durch W. R. 814,07. Dieser Betrag ist gegeben vom Niederbarnimer Wahlkreis.

Hamburg-Gimsbüttel, den 5. Juni 1896.
Für den geschäftsführenden Ausschuss:
H. Gerisch, Eichenstraße 4, 1.

Radikalismus und Sozialismus.

Paris, 5. Juni 1896.

Der Erfolg der Sozialisten bei den Gemeinderats-Wahlen fängt an, Früchte zu tragen.

Am 29. und 30. des letzten Monats lud der Pariser Nationalrat der Arbeiterpartei und das Wahlkomitee Millerand's die Gemeinderäte ein, an einem von ihnen veranstalteten Ehrenbanket teil zu nehmen. Die Regierung, welche geglaubt hatte, den Sieg der Sozialisten durch Ableugnen aus der Welt schaffen zu können, mußte den geringen Erfolg ihrer Vogel-Strauß-Politik zugeben, als sie sah, wie viele Gemeinderäte sich durch ihren Bürgermeister bei diesen beiden Festen vertreten ließen oder Telegramme schickten, wenn ihre petulanten Verhältnisse ihnen das Entsenden eines Delegierten nicht erlaubten.

Aber nicht nur zur Siegesfeier hatte man die Abgeordneten der sozialistischen Gemeinde-Vertretungen vereinigt, sondern auch, um die Gelegenheit zu benutzen, eine nähere Verbindung der verschiedenen Fraktionen der sozialistischen Partei anzubahnen und die theoretische und praktische Grundlage der Partei zu formulieren.

Andere Korrespondenten haben Ihnen oft von den Spaltungen der sozialistischen Partei erzählt, ich brauche deshalb nicht darauf zurückzukommen; dies gehört nun der Vergangenheit an. Die letzten Gemeinderatswahlen waren eine vollständige Niederlage für die Possibilisten, die unter der Führung Clemens' den Generalstreik und andere ähnliche polizeiliche Kunstgriffe vorschlugen und jedes Zusammengehen mit den anderen Gruppen ablehnten.

Für dieses Zusammengehen bedurfte man aber einer theoretischen Grundlage und dies war wegen der seit den Parlamentswahlen von 1893 geschaffenen Lage, durch den Uebertritt zweier Männer von der Bedeutung Jaurès' und Millerand's, sowie deren Freunde und Parteigenossen zum Sozialismus, schwierig.

Jaurès, ein Mann von leidenschaftlichem, revolutionärem Temperament, fürzte sich kopfber in die Bewegung, und erklärte sich offen zum Kollektivismus, was die moderne Uebersetzung des Wortes Kommunismus ist, das in Frankreich die nicht mehr zu lebhaft Erinnerung an die sozialen Gebilde Cabet's und anderer Utopisten von vor 1848 wieder machrief.

Millerand dagegen ist ein zweiter Frabius Guncator, er geht langsam vor, weicht aber niemals einen Schritt zurück; seit Jahren stand er in freundschaftlichen Beziehungen zu den Sozialisten und stellte seine Zeit und Fähigkeiten als Rechtsanwalt in ihren Dienst, und verteidigte sie bei all ihren politischen Prozeßen; er gehörte der vereinigten sozialistischen Gruppe in der Kammer an und war Geseftaltur der „Petite Republique“, des täglichen Organs der Pariser Sozialisten. Trotzdem hat er niemals öffentlich sich bestimmt darüber ausgesprochen, was er unter Sozialismus versteht.

Der Beitritt dieser talent- und charaktervollen Männer zur Partei übt einen bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung des Sozialismus aus. Bisher hatten sich die in der Bewegung stehenden Sozialisten besonders darauf verlegt, die Arbeitermassen zu gewinnen, weil sie wußten, daß man diese in Bewegung setzen mußte, um die andern sozialen Schichten mit fortzureißen. Dadurch kam der Sozialismus bei den Mittelklassen, den Klassen zwischen dem Proletariat und der Kapitalistenklasse, etwas in Mißkredit; sie nahmen sich nicht die Mühe, sich über das, was die neuen Theorien besagten, zu unterrichten und warfen, ohne Ueberlegung den Sozialismus mit dem Anarchismus nach dem Vorbild der Politiker kapitalistischer Zeitungschreiber und der Polizei in einen Topf. Die Sozialisten waren in ihren Augen Leute, die ohne soziale Stellung ebenso unsauber wie unerzogen, und jedes Wissens und jeder Ueber-

legung bar wären und nur den Appell an die rohe Gewalt kannten. Doch als man sah, wie Jaurès, ein Professor der Philosophie, und Millerand, einer der ersten Rechtsanwälte, die beide zu den größten Rednern der Zeit gehören und es nur zu wollen brauchten, um in einem Ministerium, gleichviel welcher Zusammensetzung mit Freuden aufgenommen zu werden, sich dem Sozialismus zuwandten und seine Ideen annahmen, da hörte der Sozialismus auf, ein Schreckgespenst zu sein, er wurde geachtet und der höchsten Aufmerksamkeit gewürdigt.

Allerdings haben die Ereignisse mächtig das Vorgehen dieser beiden neuen und bedeutenden Mitstreiter unterstützt. Der Panama-Skandal und die anderen schmutzigen Finanzgeschichten hatten alle politischen Parteien, denen ihre einflußreichsten Häupter abgeschlagen waren, der Mißachtung ausgesetzt: Das Publikum war glücklich darüber, daß sich eine neue Partei, die zu ihren Führern Bürger wie Jaurès und Millerand zählte, bildete.

Andererseits hatte der Boulangismus die radikale Partei, die dank der Boulangier-Krise in der Person ihrer Führer Floquet, Lokroy u. s. w. aus Ruher gekommen war, zu grande gerichtet dadurch, daß er zur Evidenz ihr Unvermögen, Reformen durchzuführen, bewies und ihre Unfähigkeit zeigte, die Republik gegen die Mächenschaften der Merikalen und Monarchisten zu sichern, die hinter dem General auf der Lauer lagen, der nach ihrer Pfeife tanzen mußte und von ihnen mit Geld versorgt wurde. Die radikalen Führer mußten die Macht an den Opportunisten Constans abtreten, der mit Hilfe des Senats den berechtigten General aus dem Felde schlug. Ein Teil der radikalen Truppen, die Arbeiter, gingen sofort zum Sozialismus über, während der andere Teil noch schwankend und unentschieden blieb. Diese Masse, die im wesentlichen aus Kleinbürgern bestand, folgte Jaurès und Millerand in ihrer Entwicklung zu Sozialisten.

Diese Verschiebungen traten bei den Wahlen zu tage. Die Arbeitermassen und Kleinbürger wurden mehr und mehr für den Sozialismus gewonnen, während ihre Abgeordneten, ihr Generalstab, nicht weniger als Sozialisten waren. Diese letzteren wurden gezwungen, ihren Soldaten zu folgen, um sich ihre Offiziersstellen zu erhalten.

In dieser Entwicklung lag eine gewisse Gefahr: Von dem Augenblick an, wo der Sozialismus die Wähler auf seiner Seite hatte und man sich, um seine Wahl möglichst zu machen, Sozialist nennen mußte, schossen auf einmal allenthalben Sozialisten wie Pilze aus dem Boden, und alle diese Neulinge, die nicht einmal wußten, was Sozialismus heißt, verlangten Offiziersstellen. Es mußte Ordnung in diese Zustände gebracht und der Eintritt in die sozialistische Partei von gewissen Bedingungen abhängig gemacht werden. Diesen Gedanken hatten Millerand und Jaurès, und in Uebereinstimmung mit den bedeutendsten Führern beschlossen sie, gewisse Grundsätze aufzustellen, die man annehmen mußte, um sich Sozialist nennen zu können und die Unterstützung der Sozialisten bei den Wahlen zu genießen.

Millerand hat in einer glänzenden Rede folgende drei Punkte eines sozialistischen Glaubensbekenntnisses aufgestellt:

1. Vergesellschaftlichung des kapitalistischen Eigentums.
 2. Eroberung der Staatsgewalt, um die Vergesellschaftlichung zu verwirklichen und die dringenden sozialen Reformen durchzuführen.
 3. Internationale Verständigung der Sozialisten zu gemeinsamem Vorgehen für die Befreiung der Arbeit.
- Seit einer Woche beschäftigt sich die bürgerliche Presse lebhaft mit der Rede Millerand's, und es entrißte sich über sie die Sorte Politiker, die zwar die sozialistischen Stimmen nehmen, wo sie sie finden, es aber mit den Wohlgefühnten nicht durch rein sozialistische Erklärungen verderben wollen.

Lene. (Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

Die Lene blickte auf. Darum kam ihr das Gesicht so bekannt vor! Sie reichte dem Burtschen die Hand und entzog sie ihm nicht, als er sie festhielt. Hans fuhr fort: „Die Schuld trag ich... Aber ich hätt' mir's doch net im Tod einbild't, daß Ihr in Oberreuth da noch so weit z'rück seid... Na, auf den Tanzboden bringen mich keine vier Pferd mehr!“

In der Stelle, wo der Wiesensteig nach dem Bühl-Hof hinaufführte, blieb der Alte stehen und sagte zu dem Burtschen:

„So, jetzt mußt schauen, daß D' heimkommst... Auch i muß mit tummeln, sonst heißt glei wieder, i hab z'viel trunk'n... Na, laß' D' a andersmal wieder anschaua... Wir danken Dir halt schön fürs Mitgeben...“

Er sagte Lene am Arme und zog sie mit sich fort.

Der Stingl-Hans ließ sich recht bald wieder „anschauen“, wenn auch nicht von dem alten Bühl-Bauer. Als Lene am nächsten Sonntag aus der Oberreuther Kirche kam, stand er auf dem Friedhofe, gab ihr die Hand und schritt plaudernd neben ihr einher. Er sprach nicht gar viel, aber was er sagte, war verständig, und seine Stimme klang einschmeichelnd. Als wäre sie mit Butter geschmiert, kam es der Lene vor. An der Wegkreuzung nahmen sie Abschied. Diesmal reichte ihm Lene zuerst die Hand. Sie sagte nichts vom Wiederkommen, aber in der Stille wünschte sie, ihn bald wiederzusehen. Er kam schon nach acht Tagen wieder. Jetzt mußte Lene, daß sie ihn gern habe.

Nach einigen Wochen meinte einmal der Großknecht:

„Lene, hast Du in der Lotterie g'wonnen?“

„Warum?“

„Früher hat ma oft denken müssen, daß D' net bis drei zählen könnt'st, und eiga fängst im Stall und auf'm Bod'n und jubilst, daß sich a Schwarzblatl verstecken kunn!“

Lene sah ihn an mit aufgeworfenen Lippen, sagte aber kein Wort.

Da brechte sich der Knecht um und brummte:

„In den Weibern soll si der Teufel ausstemma!“

Die Wirthin zu Hartesfeureuth war geschiedter. Als ihr die Lene um den Hals fiel und unter Lachen und Weinen sie abschmakte, da wußte sie gleich, wieviel es geschlagen hatte. Sie ließ den ersten Sturm austoben, dann bog sie den Kopf des Mädchens zurück und sah ihm in die Augen.

„So ist's recht! So g'fällt mir, Lene... Die Augen kenn ich... Grad so hab' ich ausg'schaut, wie mir mein jehiger Mann, der Toni, g'standen g'habt hat, daß er mich gern hätt'... Wie heißt denn der Deinige? ... Und was ist er denn?“

Lene gab Auskunft. Auf einmal erhob sich die Wirthin.

„Wart' a wengl!“

Nach einer Viertelstunde kam sie aus der Kammer mit einem feinen weißen Tuche herab, in das bunte Blumen gestickt waren.

„Da, das schenkt ich Dir... Damit aufstret'n kunnst... 's Hochzeitsg'schenk kommt schon noch extra...“

Zur Kirmeß sprach der Stingl-Hans im Bühl-Hof vor.

Lene war ganz verlegen, als sie ihn mit einem Male in

die Stube treten sah. Die anwesende Bäuerin blickte ihre Magd fragend an. Da trat der Hans vor, erklärte, wer er wäre, und daß er zur Lene käme. Die Bäuerin betrachtete den Burtschen minutenlang mit wägenden Blicken. Dann hieß sie ihn Platz nehmen und sagte:

„Wenn Du's wirklich ernst meinst, hab ich nix dagegen und kann nix dagegen haben, so ungern ich auch's Moibl verlier'... In der Lene selbst ist nicht das geringste auszu sehen. Sie steht gut in Kleidern da, hat sich a paar Gulden erpart und versteht z'wirtschäften... Ja, wie ist's denn Moibl, ich hab denkt, Du stammst aus ein'm Höfel ansa?... Kriegst da nichts ansa?...“

„Ja, freilich... Vor zwei Jahren hat der Mah, was mein Bruder is, unsern Hof übernomma. 'S geht ihm halbwegs... Der Barbara ihr Erbtheil — sechshundert Gulden fallen auf jede von uns Moiblen — hat er schon ausgahlt. Und mir will er meins auch bald geb'n...“

„Na?!“ machte die Bäuerin zu dem Burtschen.

Der nickte einigemal eifrig wie ein Hampelmann. An diesem Tage verabredeten die beiden ihre Heirath. Nach Neujahr sollte Hans mit seinem Vater reden, damit er ihm die Wirtschafft übergäbe, dann würde man schon weiter sehen...“

Das Neujahr kam, Hans traf Lene, wo immer er nur konnte, auch im Mühleffener Schulhause hatte er sich vorgestellt, die ganze Verwandtschaft stritt schon um den Tag, auf den die Hochzeit festgesetzt werden sollte.

Da kam es Lene vor, als singe Hans an, wortfarger zu werden. Sie drang in ihn, aber er meinte, das ginge schon wieder vorüber, er habe viele Sorgen, außerdem wolle

Der Abgeordnete Mirman, mit dem sich die Öffentlichkeit eine Zeit lang beschäftigt hatte, weil der Kriegsmünster ihn trotz seiner Eigenschaft als Abgeordneter zum Militärdienst gezwungen hatte, protestierte gegen diese widersinnige Forderung, den Sozialismus in die marxistische Lehre, die aus Deutschland stammt, einzuzwängen. Mirman war, um gewählt zu werden, gezwungen gewesen, um die sozialistischen Stimmen zu werden, die in seinem Wahlkreise sehr zahlreich sind.

Die 48 Mitglieder zählende sozialistische Kammergruppe hat am Mittwoch eine Sitzung abgehalten, um über die Streitfrage zu entscheiden; 26 sprachen sich für den Kollektivismus aus, 9 stimmten dagegen und 8 enthielten sich der Abstimmung oder schloß ganz, um die Entscheidung abzuwarten, bevor sie sich zur Sache äußerten.

Die bürgerliche Presse spricht von einer Spaltung und Auflösung der sozialistischen Partei. Sie wissen, welcher Werth diesen Unglückspropheten beizumessen ist. Die Wählermasse, die von Tag zu Tag sich mehr dem Sozialismus zuwendet, wird alle Widerspenstigen zur Vernunft zu bringen oder sie durch andere zu ersetzen wissen.

Die Haltung, welche Jaurès und Millerand soeben eingenommen haben, wird den Untergang der radikalen Partei zur Folge haben.

Politische Ueberfluth.

Berlin, 8. Juni.

Der Reichstag erledigte heute nach einer unbedeutenden Debatte, die sich eigentlich mehr um den russischen Handelsvertrag drehte, die zweite Lesung des deutsch-japanischen Handelsvertrages. Bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung, die in dritter Lesung verabschiedet werden soll, bemerkte man heute nichts von dem Eifer, der bisher die rechts stehenden Parteien in der Verfolgung ihres Ziels auszeichnete. Vielmehr schien den Herren vor ihrem eigenen Nachwerk etwas Bange zu werden. So wendete sich heute der Redner der Nationalliberalen, Herr Bassermann, entgegen der Auffassung, die bisher von jener Partei vertreten wurde, sehr entschieden gegen eine so weitgehende Beschränkung des Detailvertrages, wie sie die Vorlage beabsichtigt. Dem freisinnigen Redner Fischbeck, der gleichfalls gegen die Vorlage polemisierte, folgte Abg. Schädel vom Centrum mit dem in etwas gedrückter Stimmung abgegebenen Geständniß, daß auch einige seiner Parteifreunde ihren Standpunkt geändert haben und einer Abschwächung der Vorlage in diesem Punkt nicht abgeneigt seien; er selbst vertrat den äußerst reaktionären Standpunkt, den das Centrum bisher in der Beseitigung der Gewerbefreiheit eingenommen hatte. Auch Prinz Hohenlohe verließ den Standpunkt seiner Parteifreunde so weit, daß am Ministertische kein freundliches Gesicht zu bemerken war. Um so freundlicher zeigte sich die Linke, die ihm wiederholt regen Beifall zollte. Sollte er ähnlich wie Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters reden, so wäre allerdings damit konstatirt, daß der Reichskanzler kein großer Freund dieser Art von Gesetzgebung sein kann, und die Bemerkung des Reichskanzlers zu einer Deputation von Interessenten, er begreife nicht wie diese Bestimmung in das Gesetz hineingekommen ist, dürfte dann über jeden Zweifel erhaben sein. Nachdem Reichkanzler den Standpunkt unserer Partei vertreten hatte, übernahm Herr v. Bötticher noch die unannehmliche Aufgabe, die vielen Angriffe gegen die Regierung abzuweisen. — Morgen findet die Fortsetzung der Beratung statt.

Auch ein Gedenktag. Am 9. Juni 1896 sind es 25 Jahre her, daß Elsaß-Lothringen durch Gesetz dem Deutschen Reiche angegliedert wurde. Wenig Genugthuung können diejenigen, die einen Rückblick an diesem Tage empfinden, die da sich berufen glaubten, die Elsaß-Lothringer für das Deutsche Reich nun auch moralisch zu erobern, oder zu germanisieren, wie man sich ausdrückte. Wären sie fähig gewesen aus der Geschichte etwas zu lernen, so hätten sie vor allem gerade aus der Geschichte des Elsaß unter französischer Verwaltung erkennen müssen, was für Einflüsse ein Volk mit einem neuen Staatswesen verbinden. Unterhalb Jahrhundert hatten die Elsaßer zu dem französischen Königreich gehört und waren im Denken und Fühlen völlig Deutsche geblieben. Da haben die Freiheiten, die die große französische Revolution ihnen brachte, im Sturm ihre Herzen für Frankreich erobert. Haben die deutschen Machthaber davon gelernt? Mit nichten! Denn dann hätten sie ja dem wiedergewonnenen Bruderstamm durch Gewährung größerer Freiheiten die Erinnerung an die Zeiten des Imperialismus verhaßt gemacht. Statt dessen haben sie gerade die schlechtesten Gesetze dieser Zeit konservirt, selbst die deutschen Gesetze waren für

auch sein Vater jetzt auf einmal Ausflüchte machen. Lene horchte auf. Und als nun Hans einmal fallen ließ, sie möchte ihren Dienst noch nicht aufgeben, sicher sei sicher, da wußte sie, daß noch ein großes Hinderniß ihrer Vereinigung entgegenstehe. Erst rieth sie, daß der alte Stängel sie nicht als Schwiegertochter möge. Hans sagte, das sei es nicht. Mehr war aus ihm nicht herauszubringen. Da ging sie an vier Sonntagen anderswohin zur Kirche, um mit ihrem Bräutigam nicht zusammenzutreffen. Vielleicht löste ihm das die Zunge.

Als sie nach Ostern wieder mit ihm zusammenkam, fing er an zu berichten. Die väterliche Wirthschaft sei ärger verschuldet als er selbst es gedacht. Ohne Geld sei an eine Uebernahme garnicht zu denken. Auch einen „Auszug“ wollte der Vater. Er wisse sich nicht mehr zu raten und zu helfen. Was die Lene dazu meinte...

„Wieviel brauchst Du?“

„O, viel und viel Geld!“

„Mehr als achthundert Gulden?“

„Wenigstens tausend. Dann können wir wenigstens anfangen.“

„Und wenn ich Dir's schaffe?“

„O, Lene!“

„Er wollte ihr auf offener Straße um den Hals fallen. Sie wehrte ihn ab.“

„Ich will's versuchen.“

Am nächsten Sonntag ging Lene nach Mählfessen. Die Lehrerin war jetzt meistens kränzlich, sehr selten konnte sie das Bett verlassen. Sie fragte Lene sogleich, wie es mit ihrer Heirath stehe. Lene seufzte und erzählte. Ganz erschreckt fragte die Kranke.

„Na, und wirfst Du denn's Geld auch zusammenbringen?“

Lene zögerte mit der Antwort. Jetzt erschien ihr der geeignete Zeitpunkt da, mit der Frage herauszutreten, wegen der sie nach Mählfessen gekommen war. Aber sie getraute sich nicht, mit der Thür ins Haus zu fallen.

(Fortsetzung folgt.)

die Elsaßer noch „zu frei“. Die „wiedergewonnenen Brüder“ wurden unter Diktatur gestellt und als Reichsangehörige zweiter Klasse behandelt. Und die Frucht dieser Staatsweisheit? Die Elsaß-Lothringer stehen 1896 dem Deutschen Reiche noch so fremd gegenüber wie 1871. —

Ansbach wie Ruppin. Bei der Stichwahl im Wahlkreise Ansbach-Schwabach erhielten Dr. Konrad (Vp.) 6950 Stimmen, Hufnagel (L.) 5800 Stimmen. Die Wahl Dr. Konrads ist gesichert, da nur noch einige Ortschaften fehlen, deren Wahlergebnisse für das Gesamtresultat ohne Bedeutung sind.

Die Wahl in dem fränkischen Wahlkreise bietet somit dasselbe Bild wie die vor wenigen Tagen in dem märkischen Wahlkreise Ruppin-Tempin entschiedene. In beiden hatten die vollparteilichen Kandidaten — der Unterschied zwischen der norddeutschen und der süddeutschen Schattirung kommt hierbei garnicht in Frage — bei der Hauptwahl gegenüber 1893 zunächst einen starken Rückgang und tausende von Stimmen zu verzeichnen, während in beiden Fällen die Sozialdemokratie zugenommen hat. Da sie aber bisher in beiden Wahlkreisen an sich nur schwach ist, kam sie nicht in die Stichwahl, in der wieder der Volksparteiler mit dem Konservativen zu kämpfen hatte. In beiden Stichwahlen siegte nun der Volksparteiler mit Unterstützung der Sozialdemokratie und solcher bürgerlicher Elemente die sich aus allgemeiner Unlust zunächst an der Hauptwahl nicht betheiligt hatten. Die Lehre aus beiden Wahlergebnissen für die Volkstimmung ist klar: Die demokratisierten Elemente wenden sich mehr und mehr von den Parteien der bürgerlichen Demokratie ab wegen deren unsozialistischen und auch politisch schwächlichen Politik. Zum theil verstärken sie direkt die Reihen der Sozialdemokratie, zum theil halten sie sich zunächst vom Parteileben fern. Werden sie aber vor die Wahl gestellt, ob sie einen freisinnigen Demokraten, oder einen konservativen agrarischen oder gouvernementalen Färbung in den Reichstag verhexen sollen, so treibt sie die Erbitterung über die täglich frecher sich gebende Reaktion an die Wahlurne, um gegen diese Reaktion ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Deshalb sind Ansbach und Ruppin vor allem Erfolge unserer Sache. —

Eine Stimme aus der nationalökonomischen Kinderstube. Es ist gar häßlich, wenn jemand sich in den Irrungen und Wirrungen unseres öffentlichen Lebens so ganz und gar die zersetzende Naturtät des Kindergemüths bewahrt hat; zum mindesten bereiten die Lebensäußerungen solcher Kindergemüther allerhand geplagten Leuten immer einige heitere Minuten. Solch ein Vahsalbringer ist uns immer Herr Wilhelm von Kardorff-Wabnitz gewesen. Wir erinnern uns noch mit Vergnügen der Rede über die verderbliche Handelsunterbilanz, die er vor einiger Zeit im Reichstag zum besten gab. Als ob hundert Jahre nationalökonomischer Erfahrung spurlos an ihm vorübergegangen wären, predigte er, ein moderner Rip van Winkle, die vermoderte Weisheit der Merkantilisten, daß ein Volk, dessen Einfuhr an Mehrwerth seine Ausfuhr jahraus, jahrein übertreffe, durch diese „negative Handelsbilanz“ rettungslos der Verarmung zugeführt werde. Es gab sich einige Parlamentarier dennoch die Mühe, den kindlichen Silberapostel durch den Hinweis auf die Beispiele Englands mit seiner dauernden negativen, Rußland mit seiner ebenso dauernden positiven Handelsbilanz eines besseren zu belehren. Daß das nichts gefruchtet hat, beweist dieses alte Kind heute durch folgende Zuschrift in den „Neuesten Nachrichten“:

„Nach der soeben erschienenen amtlichen Statistik über die Ein- und Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1895 betrug der Werth der Einfuhren 4 Milliarden und 120 Millionen Mark, der Werth der Ausfuhr 3 Milliarden 318 Millionen Mark. Die Handelsunterbilanz des Deutschen Reiches war also auch im Jahre 1895 802 Millionen Mark, d. h. nach den gewöhnlichen Schätzungen 400 Millionen Mark, nach Abzug der auf 400 Millionen Mark angenommenen Zins- und Rentenbezüge Deutschlands von den ausländischen Werthen.“

Die anhaltende Periode der deutschen Handelsunterbilanz, welche allerdings schon das Jahr vor den Handelsverträgen eingeseht hatte, hat also durch die Einwirkung der letzteren auf die Verkehrsentwicklung bis jetzt nicht unterbrochen werden können und man wird nicht selbigen, wenn man die Verluste lediglich auf das Konto der deutschen Landwirtschaft setzt, da nach den Einkommensteuer-Ergebnissen der Werth der Industrien und des großstädtischen Grundeigentums sich in dauernd steigender Richtung bewegt hat.

Die Verluste der deutschen Landwirtschaft, von denen wieder die ostelbischen Provinzen Preussens bedeutend schwerer betroffen werden als der Süden und Westen des Deutschen Reiches, werden allmählig die Summe der Kriegsschadigungs-Milliarden erreicht haben und sie geben gleichzeitig die deutliche Erklärung für den Rückgang in der Bevölkerungsziffer, den viele ländliche Kreise des Ostens nach der letzten Volkszählung aufweisen. Wilhelm von Kardorff-Wabnitz.

Ein anderer hätte aus dem Aufschwunge der deutschen Industrie bei dauernd negativer Handelsbilanz nun doch endlich geschlossen, daß diese negative Handelsbilanz an sich keineswegs einen Verlust für das Land bedeute. Ganz anders malt sich die Sache in unseres Kardorff's Köpfchen. Für ihn steht bombenfest, daß mit der negativen Handelsbilanz die Millionen aus dem Lande gehen: Deutschland hat ein Weltgeschäft verloren. Da nun die Industrie merkwürdigerweise trotzdem einen Aufschwung genommen hat, ist für seinen genialen Blick alles sofort klar: bei der Landwirtschaft ist um so mehr eingebüßt worden. Welche Erkenntniß denn glücklicherweise zu der Forderung drängt, daß den armen Landwirthen vom Schlage der Kardorff und Kanitz noch mehr als bisher durch Liebesgaben auf die zitterigen Weinchen geholfen werden muß. Quod orat demonstrandum! —

Die ägyptische Schuld und der Sudan-Feldzug. Ueber die Streitfrage, ob die internationale Verwaltung der ägyptischen Schuld berechtigt war, mit Mehrheitsbeschluß eine Summe zur Bestreitung der sudanesischen Feldzugskosten zu bewilligen, ist ein vorläufiges gerichtliches Urtheil ergangen. Aus Kairo wird nämlich telegraphirt:

Das heute verhandelte Urtheil in Sachen der Verwaltung der öffentlichen Schuld erkennt die Berechtigung der Intervention des französischen und des russischen Kommissars zum Zwecke der Rückstattung der 850 000 Pfund von Seiten der ägyptischen Regierung an die Kasse der Staatsschuld an und legt der ägyptischen Regierung die Rückzahlung dieser Summe an die Kasse auf. Die abgewiesenen Privatinterventanten und die ägyptische Regierung haben gegen das Urtheil Berufung eingelegt, über welche im Oktober verhandelt wird.

Somit haben Frankreich und Rußland in dem ägypti-

sehen Intriguenspiel einen vorläufigen Erfolg gegen England zu verzeichnen.

Eine spätere Depesche aus Kairo meldet: Das Urtheil des gemischten Gerichtshofes gegen die ägyptische Regierung und gegen die vier Kommissare bei der Verwaltung der Staatsschuldenkasse, Mones, Freiherr v. Nichtenhofen, Morana und Graf Jalusti erklärt die Gewährung des Vorschusses aus dem Reservefonds für die Milizexpedition als eine Verletzung der bestehenden Verordnungen. Die Regierung wird verurtheilt, die ausgezahlten Summen mit 5 pCt. Zinsen zurückzuerhalten und die Kosten des Prozesses zu tragen.

Einem größeren Erfolg über die Derwische rühmen sich die anglo-ägyptischen Truppen davongetragen zu haben. Nach Mittheilungen aus Kaschah am Nil rückten am 7. Juni einige Tausend Ägypter gegen das etwa 4 deutsche Meilen stromaufwärts gelegene Firket vor, wo sie auf die Truppen des Kalifen stießen. Der Oberbefehlshaber Rithener-Pasha berichtet, er habe die Derwische bei Tagesanbruch überrascht und sie trotz heftigen Widerstandes und hartnäckiger Verteidigung ihrer Stellungen auf Hügel und in Wäldern vollständig geschlagen. Die Kavallerie schnitt den Derwischen den Rückzug ab. Die Engländer eroberten das Lager der Derwische mit allen Kameelen, Pferden, Maulthierern und Vorräthen. Die Derwische verloren angeblich gegen 1000 Tode, darunter ihren Führer den Emir Hamuda. Der ägyptische Verlust beträgt 20 Tode und 80 Verwundete. Engländer sollen nicht darunter sein. Hunderte von Derwischen wurden gefangen genommen.

Gleichzeitig läuft indes eine andere Meldung ein, die beweist, daß sich ein gemeinsamer Vorstoß der Sudanesen und Abessinier vorbereitet. Aus Suakin wird nämlich berichtet, der Negus Menelik habe dem Khalifa Abdullah mitgetheilt, daß er bereit sei, ihn mit Waffen und Schießvorräthen gegen die Freunde Italiens zu unterstützen. Sollte sich die Nachricht bestätigen, so würde daraus die interessante Thatsache hervorgehen, daß die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Einwohner bei den Ägyptern sogar den tief eingewurzelt religiösen Haß überwunden hat. —

Deutsches Reich.

— Die Reichstagswahl in Schwyz findet am 25. Juni, in Halle am 30. Juni, in Löwenberg am 4. Juli statt. —

— Das Centrum soll nach einem im Reichstag unlaufenden Gerücht beschloßen haben, im Interesse des Zustandekommens des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die Einführung der fakultativen Zivildienste zu verzichten und gegen die Anträge der Konservativen zu stimmen.

— Der Erholungsurlaub der Postbeamten bildet, wie der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben wird, in weiten Kreisen der letztern gegenwärtig wieder eine Quelle hochgradiger Erregung und Entrüstung. Denn obwohl das Reichspostamt die Ober-Postdirektionen ausdrücklich „ermächtigt“ hat, für die Folge auch den nichtangestellten Beamten einen Erholungsurlaub zu bewilligen, ist dies dennoch seitens einer großen Anzahl von Ober-Postdirektionen nicht geschehen. Ja, von der Ober-Postdirektion Magdeburg, welche im vorigen Jahre den nichtangestellten Assistenten bei der Direktion selbst einen zehntägigen und bei den Verkehrsanstalten einen sieben-tägigen Urlaub gewährt hatte, sind in den diesjährigen Urlaubsplänen die sämtlichen nichtangestellten Beamten wieder getrichen worden, natürlich ohne Angabe von Gründen. ... Was in dem einen Bezirk angängig ist, wird wohl auch in den andern möglich sein, zumal der Postverwaltung durch die Urlaubsbewilligungen gerade der in Rede stehenden untersten Beamten nicht die mindere Kosten erwachsen, da der Urlaub jedes einzelnen stets nur durch die Mitübernahme der Dienstarbeiten seitens der übrigen Beamten erlaßt werden kann, oft genug sogar in einem für diese nahezu erdrückenden Maße.

Wie wär's, wenn auch diese Frage des Urlaubs den Kandidaten für das höhere Postfach einmal als Prüfungsaufgabe überwiesen würde? —

— Ihrem Geschichtsschreiber die Nation soll an einem Denkmale für Heinrich v. Treitschke, für das nun der Fottelack geschwungen wird, eingemesselt werden. Charakteristisch für die Gesellschaft, die im Namen der Nation, was zu deutsch das Volk heißt, das Denkmal errichten will, ist, daß die beiden ersten Namen unter dem Rufnamen v. Bismarck und der Chef seiner Reptilien Prof. Dr. Regidi sind. Unter diesen Namen wimmelt es von Geheimen Justiz, Oberkonsistorial, Archiv, Regierungs-, Oberregierungs-, Legations-, Staats- und anderen Räten, höheren Offizieren u. dergl. Die Herren hätten besser gethan, als Denkmalinschrift zu wählen: Dem Lobredner des Hohenzollernthums dessen in tiefer Ehrfurcht erstorbene Knechte.

— Pfarrer Naumann hat in Frankfurt a. M. im Christlich-Sozialen Verein sich über den Evangelisch-Sozialen Kongress ausgesprochen. Dabei sagte er: „Daß eine dauernd politische Thätigkeit sich mit einem Gemeinde-Pfarramt nicht verträgt, sprach auch Pastor Göhre aus, als er sagte, der Politiker müsse den Chorrock an den Nagel hängen, ein Spruch, den er selber vielleicht nächstens befolgen soll. Die Parteigehörigkeit wird man keinem Pastor nehmen können, nur daß fortan das Pfarrereigentum in der evangelisch-sozialen Bewegung mehr in den Hintergrund und der Berufspolitiker in den Vordergrund treten wird.“ —

— Zum Kampfe gegen die Bäckerei-Verordnung. Die pfälzische Handels- und Gewerbelammer hat gegen die Bäckerei-Verordnung auf das entschiedenste Stellung genommen. Die Verordnung wird als eine Verletzung der einschneidendsten Art bezeichnet, sowohl wegen der Unzulänglichkeit der Geschäftsstunden, als auch wegen der polizeilichen Aufsicht. Die bayerische Staatsregierung wird um möglichst milde Ausföhrungsbestimmungen ersucht. Bei der Art, wie die bayerische Regierung die Bestimmungen über die Sonntagsruhe handhabt, ist leider zu befürchten, daß der Wunsch der pfälzischen Handels- und Gewerbelammer kein frommer sein wird. —

— Vom Dr. Sigl. Oesterreichische Blätter berichten: Das kaiserliche Bezirksgericht wollte am 5. Juni nachmittags den Abgeordneten und Redakteur des Münchener „Waterland“, Sigl, auf seinem auf österreichischem Gebiete liegenden Besitzthum verhaften, weil er in einem Artikel den vereinigten Erzherzog Karl Ludwig und dessen Sohn Franz Ferdinand beleidigte. Der Redakteur bekam aber von der Verhaftung Wind und flüchtete nach zur rechten Zeit. — Wenn wir nicht irren, hat Dr. Sigl schon mit österreichischen Gefängnissen unliebsame Bekanntschaft gemacht. —

Münchberg, 7. Juni. Heute tagte hier die Versammlung der bayerischen Journalisten, Schriftsteller und Verleger. Die Versammlung beschloß die Organisation einer bayerischen Berufsgenossenschaft zur Wahrung ihrer Interessen; ferner die Schaffung von humanitären Einrichtungen für die Angehörigen ihres Berufes. Des weiteren wurde nach lebhafter Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Rechtspflege in Preßdelikten muß den thatsächlichen Verhältnissen, unter denen die Herstellung einer Zeitung erfolgt, Rechnung tragen. Angesichts der zunehmenden, neuzeitlichen Gesehensinterpretation, welche dem Wesen, der Aufgabe und der Rechtfertigung der Presse unabweisbar, ist es im öffentlichen und im Interesse der Presse geboten, daß das Schurgericht das unverrückbare Forum für alle Preßprozesse bleibe und daß anhaltend und entschieden mit allen geeigneten Mitteln, im Wege von Partei, Parlament, Vereinen und Versammlungen, sowie der Preßthätigkeit, besonders

auch mittels Organisation aller im journalistischen Beruf stehenden dahin gemittelt wird, daß die Veruche, die Prozeßverhältnisse der Presse zu verschlechtern, sowie den Gerichts-gang der Presse zu verrücken, abgewehrt werden.

Freiherr v. Hertling, der Zentrumskandidat in Illertissen, von dem verschiedene Leute in der Zentrums-partei hoffen, er werde sich durch seine „staatsmännische“ Be-gabung nach Nachfolger Windhorst's in der Führung der Partei hindurcharbeiten, hat auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Telegraphen einer Volksversammlung sein Programm kund-gehan. Es heißt da: „Meine Zugehörigkeit zum Zentrum ist durch 20jährige öffentliche Thätigkeit festgelegt. In den Reichstag zurückgekehrt, würde ich der besonderen Verpflichtung eingedenk sein, welche die Vertretung eines überwiegend ländlichen Wahl-kreises auferlegt. Das nächste Jahrzehnt gehört dem Schutz der Landwirtschaft.“

Damit entpuppt sich Herr v. Hertling als der reine Loh-redivivus. Was sagen denn die „Demokraten“ des Zentrums dazu?

Reichsländliche Genossen Bueh, dem Abgeordneten von Mühlhausen im Elsaß wurde, wie das „Verl. Tageblatt“ meldet, der Zutritt zu einer am Sonntag anlässlich der bevor-stehenden Gemeinderatswahlen in Colmar abgehaltenen öffent-lichen Versammlung der Elsaß-Lothringischen Volkspartei polizeilich untersagt, da er in Colmar nicht wahlberechtigt sei. Der Vorfall erregt, wie sich denken läßt, dort peinliches Aufsehen.

Oesterreich.

Wien, 6. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die strafrechtlichen Bestimmungen betreffend den Betrieb von Aus-wanderungsgeschäften und die Beschlüsse über die gesetzliche Regelung des Auswanderungs-wesens an und forderte die Regierung auf, mit denjenigen auswärtigen Staaten, in denen sich zahlreiche österreichische Aus-wanderer befinden, dahinlautende Verträge abzuschließen, daß der österreichischen Regierung über Geburten, Trauungen und Todes-fälle österreichischer Unterthanen authentische Mitteilungen ge-macht würden. — Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die auf nächsten Sonnabend anberaumt ist, steht die Beratung über das Zuckersteuergesetz.

Wien, 7. Juni. Nach einer Blättermeldung aus Serajewo berichtet die bosnische Post aus Ragusa, daß an der montene-grinischen Grenze wiederum ein österreichischer Gendarm von montenegrinischen Schmugglern erschossen worden ist.

Ungarn.

Budapest, 8. Juni. Die Regierung läßt in der Provinz mehrere Nationalvereine auf, darunter den Leseverein in Mlava, Komitat Neutra.

Frankreich.

Ein schwarzer Tag für das Kabinet Meline und ein Freudentag für die geehrte Sozialdemokratie Frankreichs war der 7. Juni. Die Possibilisten, die einzige Fraktion, die sich der Einigkeit der französischen Genossen entgegen-setzte, wurden von den von allen Sozialisten unterstützten Kandidaten Grossier und Dejeante bei den Pariser Ergänzungswahlen zur Deputiertenkammer geschlagen. Bei der Wahl in Paris zum Senat ist Stichwahl notwendig. Genosse Gabriel Deville, der tüchtigste Schüler von Karl Marx in Frankreich, hat die höchste Stimmen-zahl erreicht. Bei den in der Provinz stattfindenden Wahlen siegten die Radikalen über die Anhänger des Herrn Meline.

Paris, 7. Juni. (Sig. Ver.) In der gestrigen Kammer-sitzung wurde das Ministerium wiederum durch die Stimmen der Rechten geteilt. Die monarchistisch-kerikalischen Abgeordneten waren freilich ganz in ihrer Rolle, indem sie für eine Regierung stimmten, die mit wenig Wisd, aber viel Ausdauer den neu-ernannten royalistischen Erzbischof von Toulouse in Schutz nahm. Herr Meline handelte seinerseits im Geiste der fromm gewordenen Bourgeoisie, die nebst manchem anderen auch ihren republikanischen Antikerikalismus zum alten Eisen geworfen hat. Das schwarze Gespenst hat für sie nichts mehr schreckliches, seitdem es seine Zugkraft zur Wahlzeit verloren hat. Nunmehr hält das „rotte Gespenst“ ihren Geist gefangen, und das so sehr, daß sie zu dessen Beschworung bereitwillig und dankbar die Hülfe der ehemaligen Feinde, der Kerikalen und Mon-archisten, annimmt. Daher kommt es, daß das Kabinet die gestrige Interpellation, trotz der überaus kläglichen Haltung des Kultusministers Rambaud und des Ministerpräsidenten Meline, überstanden hat. Vor wenigen Jahren würde eine ähnliche Interpellation der Regierung das Gemüß gebrochen haben. Handelte es sich doch um die Beförderung eines Bischofs, der im Januar d. J. in einer Ansprache an den Kaiser seiner Diözese die Deputierten-kammer grob beschimpft, die „Verbesserung“ des allgemeinen Wahlrechts, der Annelé alles Uebels, verlangt und die — ach! wie nachsichtig gehandhabt — antikerikalischen Gesetze angegriffen hatte. Und nachdem er von seinem per-sönlichen Freund Rambaud zum Erzbischof ernannt worden war, ergriff er die erste Gelegenheit, um seine royalisti-schen Sympathien mit einem überaus kläglichen „Cyrismus“ (der letztere Ausdruck wurde von Meline selbst gebraucht) zu be-zeichnen. Bei der Konfirmation eines orleanistischen Prinzens be-dauerte er, daß es dessen Mutter nicht vergönnt sei, die königliche Krone zu tragen in einem Lande, das seine Propheten tödtet und seine Uebelthäterungen verweigert. . . . Der Kultusminister begnügte sich aber mit einigen schwächlichen Ausreden seines Schlingens und fand für ihn kein Wort des Tadels. Er kennt eben seine Pappen-heimer, die Bourgeoisrepublikaner, auf deren Stimmen er auch bei dieser Gelegenheit ebenso sicher zählen konnte, wie auf die Stimmen der Monarchisten, dieses zweiten unentbehrlichen Gliedes der ministeriellen Mehrheit.

Paris, 7. Juni. Der „Intransigeant“ theilt den Tod der Madame Dembourg mit, welche zur Zeit Rochefort 100 000 Frs. zur Errichtung einer sozialistischen Glasfabrik übergeben hat. Die Summe wurde indessen zu anderen Zwecken verwendet, weil unter den Sozialisten von Carmaux Streitigkeiten ausgebrochen waren.

Jules Simon ist heute gestorben. Er hat sich durch philosophische, pädagogische und sozialpolitische Schriften, durch seine Thätigkeit als Lehrer, Parlamentarier und Staatsmann be-kannt gemacht. Von seiner sozialpolitischen Thätigkeit sind seine Bücher „Die Arbeiterin“ und „Der achtjährige Arbeiter“ und seine Beteiligungen an der vom deutschen Kaiser 1890 ein-berufenen internationalen Arbeiterschutzes-Konferenz besonders er-wähnenswerth. Politisch stand er auf dem rechten Flügel der Republikaner. Er hatte nicht die bei französischen Staatsmännern üblichen Antipathien gegen Deutschland. Er war Mitglied der Regierung der nationalen Vertheidigung und Unterrichtsminister unter Thiers, Ministerpräsident unter Roc Monon. Er wurde 81 1/2 Jahre alt.

Italien.

Rom, 7. Juni. Heute fand die Stichwahl zwischen De Felice (Soz.) und Fürst Odescalchi (Reg.-Partei) statt, bei welcher De Felice mit 568 Stimmen zum Abgeordneten des vierten Wahl-körpers von Rom gewählt wurde.

Dieser erste große Erfolg unserer Partei in der Hauptstadt des Landes wird der Regierung sehr unangenehm sein.

Spanien.

Madrid, 8. Juni. Infolge der Duellaffäre mit dem Marschall Martinez Campos ist General Borrero durch Erlass von geistlichen Tage seines Postens als Kommandant des sechsten Armeekorps entbunden worden.

Rußland.

Die Krönungs-Feierlichkeiten sind beendet. Nach einem heute erschienenen Berichte der Regierung beträgt die Zahl der Opfer bei der Katastrophe auf dem Chodynski-Felde 1360 Tode und 644 Verwundete.

Alles spricht dafür, daß diese Zahlen weit hinter der Wirk-lichkeit zurückbleiben. Der „Frankfurter Zeitung“ wird zum Unglücksfalle gemeldet:

Es scheint durch die Untersuchung konstatirt zu sein, daß die Katastrophe auf dem Chodynski-Felde dadurch hervorgerufen worden ist, daß entgegenstehende Volksmassen erliefen, daß die zwecks Grativertheilung von Festgeschenken angestellten Personen mit den nachstehenden Volks-eihen in unerlaubter Weise Geschäfte trieben, indem sie die Geschenke massenhaft spott-billig verkauften. Deshalb gab es einen Entrüstungsturm.

Die Untersuchung scheint zu konstatiren, daß vor dem An-fang der Vertheilung der Festgeschenke mehrere hundert Tausende derselben fehlten. Anstatt 400 000 waren höchstens 150 000 Fest-geschenke vorhanden. Zwei Drittel der Biertonnen waren leer aufgestellt worden. Somit scheint die Katastrophe den Schuldigen willkommen gewesen zu sein, um die Spuren des Betrugs und des Diebstahls auszuwischen.

Aus Petersburg sind in Lemberg Berichte eingelaufen, daß daselbst am Tage der Krönungsfeier und an dem folgenden Illuminationsabende ernste Ruhestörungen aus dem Newsky-Prospekt vorgekommen seien. Betrunkenes Gefindel habe mehrere Häuser demolirt und die zur Wiederherstellung der Ruhe einschreitenden Kosaken mit Steinen beworfen, indem sie das Straßenpflaster aufrissen. Die Polizeioffiziere und Kosaken wurden von den Pferden gerissen und zum theil schwer verwundet. Im ganzen sollen auf beiden Seiten etwa 250 Personen getödtet oder verwundet und 500 verhaftet worden sein.

Bulgarien.

Sofia, 7. Juni. Gestern begann vor dem Appellgerichte die Verhandlung über die Klage des Raam Tufelschiew, in welcher der ehemalige Polizei - Präsekt Lufanow, welcher gegenwärtig eine dreijährige Gefängnißstrafe ab-büßt, beschuldigt wird, den damals achtzehn Jahre alten Bruder Tufelschiew's, während sich dieser in Untersuchung be-fand, verbrannt zu haben. Dem „Mir“ zufolge bekämpften die Gendarmen, daß der junge Tufelschiew wirklich mittels Petroleum verbrannt wurde und im Spital starb. Der Polizei-Ex-Kommissar Latow giebt zu, daß Tufelschiew gesteinigt worden sei, giebt aber seine erste Aussage zurück, wonach dies im Auf-trage Lufanow's geschehen wäre. Man wollte von Tufelschiew in betreff seines Bruders Raam, welcher unter dem Verdachte der Mithül an der Ermordung Beltschew's stand, Aussagen erzwingen.

Türkei.

Kretensisches. Die gegenwärtige Besatzung der Insel beträgt 82 Bataillone, eine Stärke, welche auch für den Fall genügen dürfte, daß der Kustand größere Dimensionen annehmen sollte.

Nach Meldungen aus Athen befindet sich Abdallah Pascha mit den türkischen Truppen auf dem Marsche nach Kifano, um dort die Ordnung wieder herzustellen. Die türkischen Truppen begeben sich dem Marsche Ausweichungen aller Art und plündern die von ihnen passirten Dörfer.

Nach einer Depesche der in Athen erscheinenden Zeitung „Ephimeris“ aus Canea von vorgestern Morgen 10 Uhr haben die Truppen, welche nach Kifano geschickt waren, mehrere Dörfer niedergebrannt. In Polemarchi haben Soldaten zwei Christen ermordet, unter denen sich ein Priester befand. Eine andere Ab-theilung hat Sulolies in Brand gesteckt. Der Markt in Canea ist noch immer geschlossen. Es sind neue Truppenbesatzungen ein-getroffen. Die Soldaten bedrohen die Christen; die Benghars warfen nach dem Wagen des russischen Konsuls mit Steinen, als sich dieser von Haleppa nach Canea begab. — In Sefino entstand zwischen Soldaten und Christen ein Streit, in dessen Verlauf drei Christen und sechs Türken getödtet und neun andere verwundet wurden. Die Muselmänner sind bis an die Zähne bewaffnet und drohen die eingeschlossenen Christen zu ermorden.

Nach einer mittels Segelschiff von Santorin in Athen eingegangenen Nachricht belagert die muslimanische Be-wölkung Heraklion, wo eine lebhafteste Behärzung herrscht; der Gouverneur versuchte die Belagerer auseinander zu treiben. — Flüchtlinge, die von Retymo in Syra eingetroffen sind, berichten, daß die Christen, die sich in die Stadt geflüchtet hatten, von allen Hilfsmitteln entblößt seien. Der Zubrang sei ein derartiger, daß man den Ausbruch einer Epidemie befürchte. In der Provinz Retymo sind die Dörfer Gialo, Prine und Agipopulo niedergebrannt; es sind weitere Ermordungen vor-gekommen.

Ein Angriff auf den russischen Konsul in Canea war sehr ernsthaft. Der Konsul wurde von Banghast-Milizen, die seinen Wagen überfielen, verwundet und verdankte seine Rettung nur einigen zu Hilfe eilenden Christen.

Die griechische Regierung hat einen Kredit von 20 000 Drach-men zu gunsten der künftigen Kretenser gefordert. Aus Kreta gelangen fortgesetzt allarmirende Nachrichten nach Athen. Die Türken fahren fort, zu sengen, zu brennen und zu morden. In Canea kommen fast täglich Megeleien vor. Die Christen auf Kreta werden von hier aus mit Geldsendungen, Munition und Waffen unterstützt.

Konstantinopel, 8. Juni. Der russische Volschaffer ver-langt von der Porte energisch die strengste Aburtheilung der türkischen Benghars, welche nach dem Wagen des russischen Konsuls in Kanea mit Steinen geworfen hatten.

Amerika.

New-York, 4. Juni. Wie in Kentucky hat sich nun auch in Kansas die demokratische Staatskonvention für freie Silberprägung ausgesprochen. Nach einer Bemerkung des „Herald“ werden von den 910 Delegirten der demokratischen Nationalkonvention in Chicago 608 für Silber, 373 für Gold und 84 zweifelhaft sein.

Afrika.

Aus Buluwayo wird englischen Blättern vom 6. d. gemeldet: Eine britische Streitmacht, welche Dragimgeschütze mit sich führte, griff ein wenige Meilen von Buluwayo entferntes Jampi der Matabili an und schlug den Feind vollständig in die Flucht. Die Matabili verloren 150 Mann; auf englischer Seite wurden 8 Mann getödtet.

Partei-Nachrichten.

Achtung, Genossen! Am Mittwoch, den 17. Juni cr., abends 8 Uhr, findet bei Joel, Andreasstr. 21, eine Volksversamm-lung mit folgender Tagesordnung statt: Stellungnahme zu den Anträgen zum Internationalen Kongress. Am regen Besuch dieser Versammlung bittet die Vertrauens-person: Frau Gerndt.

Von der Agitation. Aus Halle a. S. wird uns be-richtet, daß die Wahlagitation für die am 30. d. M. statt-findende Nachwahl zum Reichstag von unseren Genossen mit dem größten Eifer betrieben wird. Reichstags-Abgeordneter Mollenbuh aus Hamburg macht zur Zeit auf Veranlassung des württembergischen Landes-vorstandes eine größere Agitationstour durch Württemberg. Er sprach in den letzten Tagen in Ebingen, Luit-lingen und Schwenningen. Am Mittwoch Abend sprach derselbe in imposanter Versammlung in Stuttgart über den „Evangelisch-sozialen Kongress und Sozialdemokratie“ und stellte die Verhandlungen desselben in 1 1/2 stündiger Rede in das wahre Licht und wies klar und deutlich nach, wie auf dem evangelisch-

sozialen Kongress nur Halbheiten zum Vorschein kamen. Reich-Verfall lobte den Redner für seine Ausführungen, worauf ein Mitglied des Kongresses, Professor Hieber die Tribüne bestieg und mit wenig Glück den Referenten zu widerlegen suchte. Er wurde von dem Referenten, dem Genossen Stern, Frau Zetkin und Genossen Hildenbrand ordentlich heimgeschickt, so daß erst nach Mitternacht die Versammlung ihr Ende fand. Am Donnerstag Mittag sprach Mollenbuh, in ebenfalls gut besuchter Versamm-lung, hauptsächlich von Wädern, über die Reichstagsverhandlungen über den Maximalarbeitstag in Wädereien. Wie bis jetzt be-kannt, wird unser Genosse noch in Heidenheim und in Eßlingen sprechen.

Die Beteiligungen an den Wahlen zum eldenburgischen Landtag, die im nächsten Herbst stattfinden, haben die Genossen von Delmenhorst beschlossen.

Eine Parteikonferenz für den 6. württember-gischen Reichstags-Wahlkreis (Urach, Nürtingen, Kirchheim, Eßlingen) findet am Sonntag, den 21. Juni, im „Deutschen Haus“ in Kirchheim n. L. statt.

Todtenliste der Partei. Am Sonntag, den 7. Juni, wurde in Leipzig der Genosse Schneider Lorenz Kasp beerdigt. N., der erst 31 Jahr alt ist und der Schwindsucht erlag, war bereits unter dem Sozialistengesetz ein wackerer Mit-streiter. Seine lange Krankheit machte es ihm unmöglich, sich in letzter Zeit der Parteithätigkeit zu widmen. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Max König wurde wegen einer im Ge-fängniß begangenen Beleidigung der dritten Ferien-Strasskammer des Dresdener Landgerichts zu fünf Monaten Gefängniß vom Dresdener Schöffengericht, dem der bekannte Amtsrichter Dr. Becker vorsah, verurtheilt.

Während des Tischlerstreiks in Leipzig hatten sich zwei streikende Tischler auf dem Plagwitzer Bahnhof postirt, um von auswärts kommende Tischler zu empfangen. Der Besingung eines Schuzmannes, sich zu entfernen, entsprachen sie sofort, erhielten aber dennoch eine Strafverfügung, nach der sie für zwei Tage Haft abhien sollten. Das Schöffengericht sprach sie jedoch frei. In ähnlicher Weise werden sich in Kürze eine Reihe derartiger Strafverfügungen erledigen, die auf eine allgemeine Verfüngung des Leipziger Polizeidirektors Bretschneider gegen Streikende erlassen sind.

„Grobem Unfug“ in 12 Fällen sollte der Redakteur der „Thüringer Tribüne“, Genosse Siegler, dadurch verübt haben, daß er in dem genannten Blatte laufend unter der Spitzmarke: „Klerlei aus dem Kampfe für Ordnung, Sitte, etc.“ all die Urtheile brachte, welche gerichtlicherseits gegen Angehörige der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gefällt wurden. Durch die alltägliche Wiederholung genannter Spitzmarke sollte Anlaß zur Beunruhigung des Publikums vorhanden sein. Der Unfug-anwalt beantragte 50 M. Geldstrafe. Der Angeklagte bestritt, daß durch die inkriminirten Worte das Publikum beunruhigt worden. Ein Beweis, daß dies thatsächlich geschehen, sei von niemand er-bracht worden. Der Gerichtshof war anderer Meinung. Er hielt die Vermuthung für nahelegend, daß in der oftmaligen Wiederholung genannter Spitzmarke eine höhnische Absicht liege. Die vom Ge-richt Verurtheilten würden gewissermaßen als Märtyrer für die Sache der Sozialdemokratie hingestellt. Es wurde daher gemäß dem Amisanzwangsartikel erlannt.

Genosse Wierstanz wurde am gleichen Tage zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt. Unter seiner Verantwortung war in dem-selben Blatt vor dem Besuch eines bestimmten Gasthauses gemauert worden. Dadurch sollte das Publikum „beunruhigt“ und somit „grobem Unfug“ verübt worden sein.

Soziale Ueberblick.

Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts. Am Freitag wurden eine Anzahl Zwischenmeister und Arbeiterinnen der Knabenkonfektion vernommen. Eine Näherin, die Knabenjaden im Preise von 50 Pf. bis 1,25 M. fertigt, giebt an, daß sie bei täglich 12 stündiger Arbeitszeit pro Woche durchschnittlich, wie auch aus dem vorgelegten Lohnbuch festgelegt wird, 10,75 M. verdient, wovon 1,60 M. Unkosten für Garn und Seide, Ab-nutzung der Nähmaschinen, Oel und Nadeln und Fahrkosten bei der Ablieferung abgehen. Die Arbeiterin ist 11 Jahre in der Konfektionsnäherin thätig. Eine andere Näherin, welche sieben Jahre in der Konfektionsbranche thätig ist, arbeitet Knabenjaden im Preise von 50 bis 80 Pfennig und verdient bei täglich zwölfstündiger Arbeitszeit wöchentlich durchschnittlich 11 M., wovon an Unkosten 4,10 M. abgehen. Die Unkosten sind deswegen so hoch, weil die Arbeiterin lungen-leidend ist und deshalb die Ablieferung nach dem Geschäft von einem alten Mann besorgen läßt, der dafür 2,40 M. bekommt.

Aus dem Lohnbuch einer 8 Jahre in der Konfektionsbranche thätigen Näherin ist ersichtlich, daß diese Arbeiterin wöchentlich durchschnittlich 21 M. verdient. Die Berechnung ergibt indeß ein etwas anderes Bild. Die Frau giebt an, daß sie Knaben-anzüge und Jaden in der Größe von 7—12 (für Kinder von 7—12 Jahren) arbeitet. Für Jaden bekommt sie von 58 bis 68 Pf., für Anzüge 1,50 M. Die Mutter und zwei noch schulpflichtige Geschwister helfen bei der Arbeit. Letztere arbeiten zure vier Stunden pro Tag. Die Arbeiterin rechnet auf ihre Thätigkeit bei täglich zwölfstündiger Arbeitszeit einen Wochenverdienst von wöchentlich 10,50 M.; auf die Thätig-keit der Mutter und beiden Geschwister wird ebenfalls gerechnet. Von dem Gesamtbetrag gehen ab an Unkosten ca. 2 M. Die günstigsten Lohnverhältnisse werden bei den Arbeiterinnen fest-gestellt, die bei den Zwischenmeistern in der Werkstätte beschäftigt sind. Drei solcher Knabenkonfektions-Näherinnen verdienen bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 8—11 M. An Unkosten gehen davon ab die Ausgaben für Versicherungs-beiträge.

Gewerbegericht in Zwickau. Nach ca. dreijährigen Vor-arbeiten und mehrfachen Anregungen seitens der hiesigen Arbeiter-schaft hat der Stadtrath nun endlich ein Ortsstatut für das hier zu errichtende Gewerbegericht ausgearbeitet, dasselbe ist am 8. Juni von der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig an bloc an-genommen worden. Hoffentlich werden nun die Wahlen zu diesem Gericht bald ausgeführt.

Zehnter Verbandstag des „Verbandes deutscher Post-und Telegraphen-Assistenten“. Die Hauptversammlung des „Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten“ fand am Sonntag Abend in Berlin unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder aus allen Theilen des Deutschen Reiches statt. Der Verbandsvorsitzende, Ober-Postassistent Rahm, betonte, daß der Verband überall immer festere Burgeln schlage. Von Statuten und Satzungen sei der Verband im letzten Jahre verschont ge-blieben, sie hätten aber auch alles gethan, um nirgendwo Anstoß zu er-regen. Zunächst wollten sie pflichttreue Beamte und dann erst Verbandsmittglieder sein. Nur in Kiel und Braunschweig seien einige Maßregelungen vorgekommen. Den Bericht über die Wirksam-keit des Verbandes im verflochtenen Jahre und über den Mit-gliedersstand“ erstattete der zweite Verbandsvorsitzende, Ober-Postassistent Frischbach, welcher betont, daß der Verband im letzten Jahre wieder bedeutenden Zuwachs erhalten habe; die Mitgliederzahl sei von 6880 auf 8500 gestiegen, also eine Zunahme von 1620 Assistenten. Wenn sich der Verband so weiter entwickele, so werde man in 10 Jahren alle Post-assistenten, etwa 35 000 an der Zahl, in dem Verbands-vereinigen. Neu gegründet worden seien 4 Bezirksvereine in Rachen, Münster, Stettin und Oldenburg, sowie 26 Ortsvereine. Zur Zeit beständen 77 Vereine, und zwar 23 Bezirksvereine, 37 Orts-vereine und 17 Bezirksleitungen, gegen 19 Bezirksvereine, 11 Orts-

vereine, 17 Bezirksleitungen, insgesamt 47 Vereine im Vorjahre. Ueber die wirtschaftliche Lage des Beamtenstandes referierte Herr Redakteur Hubrich, der in längerer Ausführungen klar legte, daß das Einkommen der gesamten Beamtenchaft ein absolut ungenügendes sei und den Anforderungen, die man an sie stelle, gar nicht entspreche. Die Besoldung der Beamten sei noch niemals eine zufriedenstellende gewesen. Durch allerlei Kunstgriffe suchten die Beamten ihre traurige Lage vor der Öffentlichkeit zu verbergen, aber trotzdem sei Kummer und Sorge, Noth und Entbehrungen ein steter Gast in den Beamtenfamilien; die „reiche Frau“ spiele auch hier schon eine große Rolle. (Zustimmung.) Wenn infolge der fargen Besoldung nicht mehr Unregelmäßigkeiten vorlämen, so sei das bewundernswürdig, jedoch nur auf die Pflichttreue der Beamten zurückzuführen. Die Wohnungsangelegenheiten bedürften dringend einer Aufbesserung, ebenso die Ruhegehälter. Die Post- und Telegraphen-Affizienten gehörten nicht zu den Unzufriedenen, sie läßen eher auf gute Behandlung wie auf Bezahlung. (Lebh. Beifall.) Die dringendste Aufgabe des Staates müsse lauten: Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten. (Stürmischer Beifall.) Ueber die Organisation des Verbandes, das Verbandsorganisationshaus und über die Vermögensverhältnisse des Verbandes berichtete der Geschäftsführer Junck, welcher nochmals auf die großen Fortschritte hinwies, die der Verband gemacht habe; nach außen habe derselbe seine Interessen vertreten und nach innen an seinem wirtschaftlichen Ausbau gearbeitet. Sowohl in bezug auf die Vermögenslage des Verbandes, als auch des Verbandsorganisationshauses sei nur Günstiges zu berichten. Die Einnahmen sind im letzten Jahre von 240 547 M. auf 358 864,58 M. gestiegen und betragen inkl. des alten Bestandes von 3038,19 M. also 861 900,77 M. Hiermit haben auch die Ausgaben gleichen Schritt gehalten, dieselben stiegen von 244 000 M. auf 359 157,57 M. Das Vermögen des Verbandes bezifferte sich am Schluß des Jahres 1895 auf 100 776,31 M. gegen 77 290 M. im Vorjahre. — Das Verbands-Bureau hat im letzten Jahre mit einem einvernehmlichen Bescheid von 860 770,65 M. gehandelt; auf Kleider kommen davon allein 228 886 M. und 40 000 M. zum Theil auf Genußmittel. Die Zahl der Verbandsmitglieder betrug am Jahres-Schluß 1234. Redner hob weiter noch hervor, daß auch der Verband ein Stück Sozialismus sei, der jedoch nicht zum Umsturz neige, sondern jenen Kampf führe, an dem alle Gutgesinnten theilnehmen, um auf friedlichem Wege zum Ziele zu gelangen. (Beifall.) Das Verbandsorgan, die „Deutsche Postzeitung“ hat eine Auflage von 9800 Exemplaren, die Mitglieder erhalten dasselbe gratis. Nach einem Schlusßwort des Vorsitzenden und einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde in späterer Nachtstunde die Hauptversammlung geschlossen, der sich dann noch ein gemeinschaftlicher Kommerz mit Fidelitas anschloß.

Die Hauptversammlung des Deutschen Verbandes kaufmännischer Vereine wurde am 8. Juni in Berlin abgehalten. Es waren etwa 100 Delegirte und Delegirteinnen aus allen Theilen Deutschlands, einschließlich Elsaß-Lothringens, anwesend, die etwa 60 Vereine vertraten.

In namentlicher Abstimmung wurde nach langer Debatte das Aufnahmegeruch des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes mit 102 gegen 5 Stimmen abgelehnt. 6 Delegirte enthielten sich der Abstimmung. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Antrag des kaufmännischen Vereins „Union“ zu Braunschweig: „Den Verein für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt a. M.“ auf Grund der §§ 1 und 2 der Satzungen aus dem deutschen Verbands kaufmännischer Vereine auszuschließen. Kaufmann Julius Neumann-Braunschweig begründete in längerer Rede den Antrag. Der Delegirte des Vereins für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt a. M.: Dr. Quard verlor in der von ihm redigirten „Kaufmännischen Presse“, die ja auch das Organ des Frankfurter Vereins sei, Tendenzen, die den Satzungen des Verbandes, wonach die Interessen des gesammten Kaufmannsstandes, also auch der Prinzipale, gewahrt werden sollen, widersprechen. Dr. Quard sei wegen Beleidigung eines Prinzipals in Mannheim bestraft worden. Dr. Quard sei außerdem ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Er sei Delegirter auf dem in der Osterwoche in Berlin stattgefundenen Handlungsgehilfen-Kongress gewesen, der mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen wurde. Kaufmann Mittnacht-Mainz ersucht, dem Antrage Braunschweig zugestimmen. — Kaufmann Bamer-Bingen wandte sich gegen den Antrag. — Kaufmann Saob-Frankfurt a. M.: Dr. Quard sei nicht Delegirter des Frankfurter Vereins auf dem sozialdemokratischen Handlungsgehilfen-Kongress, sondern, wie aus dem Kongress ausdrücklich erklärt wurde, Delegirter einzelner Frankfurter Handlungsgehilfen gewesen. Dr. Quard sei auf dem sozialdemokratischen Handlungsgehilfen-Kongress den Bestrebungen, die Politik in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen, entschieden entgegengetreten.

Kaufmann Otto Voigt (Berlin): Der von ihm vertretene Verein junger Kaufleute befolge seit seinem Bestehen den Grundsatz: Die Interessen der Prinzipale ebenso wahrzunehmen wie die der Gehilfen. Redakteur Quard-Frankfurt a. M.: Ich habe gesagt, wir wollen die Handlungsgehilfen für den Klassenkampf gewinnen. So sehr Sie es auch ableugnen, eine Harmonie zwischen Prinzipal und Gehilfen ist nirgends vorhanden, das zeigt wieder von neuem die Bewegung für und gegen den Auktions-Ladenschluß. Auf die Dauer wird es Ihnen nicht gelingen, die Handlungsgehilfen von der Harmonie zwischen Prinzipal und Gehilfen zu überzeugen. Wenn der Verband reussiren sollte, dann müsse er eben nur die Interessen der Gehilfen wahrnehmen, die Interessen der Prinzipale werden von den Handelskammern und verschiedenen anderen Vereinen bereits zur genüge wahrgenommen. Ebenso wie Sie durch den Ausschluß der Antisemiten nur diese gefahrt haben, so werden Sie uns durch den Ausschluß stärken. Wir fürchten den Braunschweiger Antrag nicht im geringsten. Es sprach noch Batsch (Zwickau) gegen den Braunschweiger Antrag. — Nach einer längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Braunschweiger Antrag mit 78 Stimmen, die 35 Vereine vertreten, gegen 27 Stimmen, die 14 Vereine vertreten, angenommen. 10 Delegirte, die 6 Vereine vertreten, enthielten sich der Abstimmung.

Die Versammlung hatte, nachdem sie in ihrer Vormittags-sitzung alle, die aus der Harmoniebewegung erwacht sind, hinausgewiesen hatte, in der Nachmittags-sitzung das Glück des Besuchs einer Reihe hoher Beamter, die den nun reingewaschenen Verband im Namen ihrer Chefs begrüßten. Auch Vertreter der Reichsten der Kaufmannschaft beglückten die Versammlung mit ihrer Anwesenheit.

Die Versammlung beschäftigte sich nach den Begrüßungsreden mit dem Vorschlage der Reichskommission für Arbeiterstatistik betreffend den Auktions-Geschäfts-Schluß. Die große Mehrheit der Redner, darunter die Prinzipale Batsch (Köln) und Boffong (Wiesbaden) trat lebhaft für den Auktions-Schluß ein, während Kommerzienrath Lissauer und Heinrich Fränkel denselben als unausführbar bezeichneten. Kreuzer (Barmen) bemerkte: Es sei besser, daß ein paar kleine Händler zu Grunde gehen, als daß zehn, ja hunderttausende von Gehilfen und Bezahlungen durch die unendlich lange Arbeitszeit geistig und leiblich zu Grunde gehen. — Handlungsgehilfe Silbermann bezeichnete den Auktions-Ladenschluß schon im Interesse der Fortbildung der Handels-Angestellten für notwendig. — Es

wurden noch die verschiedensten Vorschläge gemacht. Batsch-Köln beantragte eine Resolution, wonach prinzipiell der Ladenschluß um 8 Uhr, für Nahrungs- und Genussmittel 9 Uhr, am Sonnabend und Festags-Vorabenden um 10 Uhr abends einzutreten habe.

Nach noch längerer Debatte wurde der Antrag des Hilfsvereins für weibliche Angestellte (Berlin): den Auktions-Ladenschluß zum Beschluß zu erheben, mit großer Mehrheit angenommen.

Auf Antrag des Kaufmanns Batsch-Köln wurde beschlossen: Der Reichskommission für Arbeiterstatistik, insbesondere deren früheren Vorsitzenden Wirtl. Geh. Rath Unterkautssekretär Dr. v. Rottenburg, für deren im Interesse der Handelsangeestellten gemachten Vorschläge den Dank des Verbandes auszusprechen und von diesem Beschluß den Unterkautssekretär Dr. v. Rottenburg sogleich telegraphisch zu benachrichtigen. Im weiteren wurde in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 33 Stimmen beschlossen: Sonnabends und an Festags-Vorabenden den Ladenschluß bis 10 Uhr abends zu gestatten. — Endlich wurde noch beschlossen: befristete Vereinigung der Vereins-Krankenkassen zu einem Krankenkassen-Verbande eine Kommission zu wählen. — Danach wurde die Verhandlung gegen 3/4 Uhr nachmittags auf morgen (Dienstag) vormittags 9 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Metallarbeiter werden von ihren Hamburger Kollegen dringend ersucht, nach Hamburg keine Arbeit anzunehmen. Die Differenzen mit der Firma Fied & Söhne sind noch nicht geregelt.

Au die Musikinstrumentenarbeiter Deutschlands! Der Streik der Berliner Kollegen ist nach siebenwöchentlicher Dauer für beendet erklärt. Die geringen Mittel, welche uns zur Verfügung standen, veranlassen uns, die Waffen zu strecken. Am 6. Juni unternahmen es die Ausständigen, bei den Unternehmern um Wiedereinstellung nachzusuchen und wie nicht anders zu erwarten, wurde fast durchgängig in jeder Fabrik erklärt, diesen oder jenen stellen wir überhaupt nicht mehr ein. Gegenwärtig haben sich über 500 Männer und Frauen gemeldet, die von den Maßregeln des Fabrikantenrings getroffen wurden. Sicher ist, daß durch ein derartiges Verhalten der ersuchte Friede kein dauernder bleiben kann.

Kollegen, wir wenden uns von nun an Euch, haltet den Zugzug fern und gedenkt derjenigen, die als Opfer von dem triumphirenden Unternehmertum aussersehen sind. Die Lohnkommission.

Die Arbeiterblätter werden um Nachdruck gebeten.

Zur Buchdrucker-Bewegung. Herr Döblin schreibt uns: In dem Bericht über die außerordentliche Vereins-versammlung der Berliner Verbandsmitglieder stellt die Redaktion des „Vorwärts“ an mich das etwas eigenthümliche Verlangen, um meine Mäulichkeit zu beweisen, solle ich die Hintermänner des Herrn Batsch nennen, trotzdem ich erklärte, diese nicht zu kennen. Da ich eine gerechte Sache vertrete, so habe ich jedoch keine Veranlassung, meine Vermuthungen nach dieser Richtung zu unterdrücken. Wenn ich nicht anerkenne, daß der „Vorwärts“ einer objektiven Stellungnahme sich befleißigt, was von dem weitans größten Theil der Arbeiterpresse nicht gesagt werden kann; denn dieser hat in der einseitigen Weise die Batsch'schen Gebührgespinnste unterstügt; wenn ich auch zur Ehre dieser Presse annehme will, daß sie in gutem Glauben handelt; von dem Vorwurf kann ich sie jedoch nicht freisprechen, daß die Batsch'schen Zersplitterungsversuche einer bis dahin segensreich wirkenden Organisation ohne Prüfung nur zu bereitwilliger Unterstützung sind. Zweifellos muß Herr Batsch aber Hintermänner haben, da die von ihm an den einzelnen Orten wohlorganisirte Opposition bereits erklärt hat, daß falls es Herrn Batsch nicht möglich sei, den Verband im „Correspondent“ weiter zu schädigen, sofort ein anderes Organ gegründet werde. Da bekanntlich zur Gründung von Organen Mittel gehören, so muß doch unbedingt für die nöthige Deckung Vorsorge getroffen sein. Ob nun eine Privatperson oder ein größerer Kreis an dem „Geschäft“ theilhaftig ist, entzieht sich vor der Hand noch meiner Kenntniß.

Welche Beurteilung die Handlungsweise des Herrn Batsch seitens der verantwortlichen Gauvorstände gefunden, geht aus nachstehender Erklärung derselben hervor:

Die am 5. und 6. Juni in Berlin tagende Konferenz der Gauvorstände ist noch eingehender Erörterung des Vorgehens des „Correspondent“-Redakteurs Herrn Batsch zu der Ueberzeugung gelangt, daß seine jüngste Thätigkeit eine die Interessen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker schädigende ist und die von ihm geführte Kampfweise den schärfsten Tadel verdient.

Die Konferenz brüdt daher Herrn Batsch ihre Mißbilligung aus und erklärt, daß die von ihm besorgte Taktik in den weitgehendsten Schädigungen des Ansehens der Organisation und zur Untergrabung der Einigkeit in derselben geführt hat.

Den „Correspondent“ kann die Konferenz zur Zeit als ein objektiv geleitetes und lediglich den Interessen des Verbandes dienendes Organ nicht anerkennen, um so weniger, als sie in der eingekommenen Haltung des Redakteurs Herrn Batsch lediglich persönliche, jedweder sachlichen Kritik fernstehende Motive erblickt.

Sie richtet deshalb an den Redakteur Batsch die Anforderung, fernzuhalten die persönliche Polemik im „Correspondent“ fernzuhalten und sich dem Beschluß der Stuttgarter General-versammlung unterzuordnen.

Bedürfnis Regelung und Beseitigung der obwaltenden Differenzen wird dem Antrage des Zentralvorstandes zugestimmt, schleunigst eine außerordentliche General-versammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker einzuberufen.

Festgestellt wird ferner, daß alle in letzter Zeit stattgefundenen Maßnahmen des Zentralvorstandes auf Grund des Beschlusses der Breslauer Generalversammlung im Einvernehmen mit den gesammten Gauvorständen erfolgt sind und weist die Konferenz entschieden die zu Tage getretenen Angriffe einzelner Mitgliederkreise wegen Zusammenberufung der Gauvorstände zurück, da die letzteren ein durch Statut festgesetztes Organ sind.

Der Streik in der Baumwollweberei und Spinnerei der Brüder Perry in Lieben endete nach mehr als zehn-wöchentlicher Dauer mit dem vollständigen Siege der Arbeiter. Alle Forderungen der Streikenden wurden bewilligt. Die Lohnerhöhung beträgt mindestens 10 pCt. Niemand wird entlassen.

Die Modellirer der neuen Wendler-Maschinenfabrik Magdeburg-Sudenburg haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt.

Die Lohnbewegung der Zwickauer Tischler wird von den Innungsmessern recht in die Länge gezogen. Bewilligt sind den Gehilfen jezt pro forma: ein allgemeiner 10prozentiger Lohnzuschlag, die 68stündige Arbeitszeit pro Woche, Bezahlung der Ueberstunden bis 10 Uhr abends mit 15 pCt., über 10 Uhr abends und Sonntags 50 pCt. Zuschlag. Nun hat die Gehilfenkommission auch einen Lohnantrag für Affordarbeiten entworfen, der sich an den 1872er Tarif und an den jüngst von den Leipziger Tischlern entworfenen anlehnt; gestern wurde dieser Tarif in einer gutbesuchten Gehilfenversammlung durchberathen und angenommen; er wird nun den Meistern vorgelegt werden.

Streik im Entlegengebirge. Die Weber und Web-erinnen, sowie Spuler (insgesamt 1000 Personen) der Firma B. Neugebauer Söhne in Langenbielau sind in einen Ausstand eingetreten, um die zehnständige Arbeits-

zeit und eine 20prozentige Lohnerhöhung zu erreichen. Sie glauben um so mehr der Unterstützung der Arbeiterchaft Deutschlands gewiß zu sein, als ja die sprichwörtliche Noth der Entlegengebirgs-Weber bekannt ist. Arbeiter Deutschlands, laßt diesen Lohnkampf nicht zu Grunde gehen, sondern sorgt durch thätigkeitsvolle Unterstützung dafür, daß die Kammern der Armeen einen Sieg gegenüber dem Unternehmertum erringen.

Gelder sowie Anfragen sind zu richten an H. Krähig, Weber, Langenbielau, 4. Bezirk, Nr. 178. Deutscher Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Verband, Filiale Langenbielau.

Die Schuhfabrik Gebrüder Nilson in Ladenburg entläßt dem Verein deutscher Schuhmacher angehörige Arbeiter unter der Angabe, sie wolle ihr Geschäft verkleinern. Da die Arbeiter glauben, daß dies indirekte Maßregelungen seien und es unter diesen Umständen zum Ausbruch ernsthafter Differenzen kommen kann, ersuchen sie, Zuzug von Schuhmachern strengstens fernzuhalten.

Die Former der Firma E. Spennemann in Remscheid befinden sich im Ausstand. Es wird gebeten, Zuzug nach dort fernzuhalten.

Der Streik in der Münchener Bürstenfabrik dauert unverändert fort. Die Streikenden haben sich weder durch Versprechungen noch durch Drohungen bewegen lassen, in die Fabrik zurück zu kehren. Namentlich halten sich die 42 Polirerinnen, die gleich zu anfang mit in den Ausstand getreten sind, ganz vorzüglich. Nächster Tage soll ein neuer Einigungsversuch vor dem städtischen Arbeitsamt gemacht werden.

Schieferdecker, Achtung! Die Schieferdecker Münchens beabsichtigen die 9stündige Arbeitszeit einzuführen und ersuchen deshalb die Kollegen allerorts, den Zuzug nach München fernzuhalten.

Die Würzburger Dantischer befinden sich in einer Lohnbewegung. Zuzug nach dort ist fernzuhalten.

Achtung, Schuhmacher! Die Kopenhagener Schuhfabrikanten suchen immer noch in deutschen Zeitungen Zwicker nach Kopenhagen zu locken. Da in Kopenhagen überflüssige Arbeitskräfte genug vorhanden sind, die Herren es vielmehr darauf abgesehen haben, billige Arbeitskräfte zu bekommen, um den erst kürzlich so schwer erfochtenen Sieg der dänischen Kollegen zu nichte zu machen, so ersuchen wir die Kollegen, den Zuzug nach Kopenhagen immer noch streng fernzuhalten.

Der Generalstreik der Arbeiter von Neunkirchen (Westerr.) hat wieder einmal aufs deutlichste den Werth der sogenannten Wohlfahrtsbeirathungen ins hellste Licht gesetzt. Die Arbeiter wurden aus ihren Wohnungen, die den Fabrikanten gehören, sofort nach Ausbruch des Streiks hinausgeworfen. Kein Unterschied wurde gemacht, selbst eine 8jährige Frau suchte man obdachlos zu machen. Seitens der Streikenden wurde aber für Nachtquartiere für die von Mamonns Ungnaden Wohnungslosen gesorgt.

Der Streik der Straßkehrer von Stockholm, der am Pfingsttage ausbrach und mit dem Siege für die Arbeiter am letzten Freitag schloß, war von mehr als gewöhnlichem Interesse. Seit langer Zeit hatten Unterhandlungen zwischen den Arbeitern und den Gesellschaften, welche die Reinigung der Stadt besorgen, statigefunden, aber ohne Resultat, und daher wurde unfer so äußerst reichliches Stockholm am Pfingsttage dadurch überrascht, daß alle Strichstrassen ungelert und die Höfe und Straßen nicht gesegt waren. Den überaus verfeinerten Repräsentanten der obersten Zehntausend war äußerst unbehaglich zu Muth in all dem „Schmutz“, und dieses eine Mal wurden sie genöthigt, in einer für sie sichtbaren und bemerkbaren Weise zu erkennen, wie nothwendig doch die Arbeit ist, die von den so verachteten Gassenkehrern ausgeübt wird.

Der Schmutz auf den Straßen häufte sich mit jedem Tage immer mehr und mehr an und die Klagen wurden immer lauter. Schließlich gingen ein paar von den Gesellschaften auf die Forderungen der Arbeiter ein und die Arbeit wurde sogleich wieder ausgenommen. Aber die dritte und größte Gesellschaft, die „Nord-Straßkehr-Gesellschaft“, zogerte noch. Der Direktor der Gesellschaft, Dr. C. Nyström ist nämlich sanftmüthig gegen alles geümt, was Klassenbewußt und selbständige Arbeiter heißt — und namentlich gegen die Fachvereine und sozialistischen „gewerkschaftlichen Anführer“; mit den Fachvereinen zu verhandeln wäre ja dasselbe, wie die Waffen vor der Fachvereinsbewegung zu strecken. Nein, dann lieber den Schmutz überhand nehmen lassen, auch wenn die größten sanitären Gefahren dadurch entstehen könnten. Um jedoch einigermaßen die Straßreinigung durchzuführen, wurden von dem städtischen Auktionsamt eine Menge Leute requirirt, die unter Polizei-Eskorte die Straßen und Märkte der Stadt segten — aber in einer höchst unbefriedigenden Weise. Immer lauter und lauter wurde der Ruf nach einer Vereinbarung mit den Arbeitern, und am Freitag wurde der merkwürdige Streik mit der Anerkennung der Forderungen der Arbeiter durch die Nord-Straßkehr-Gesellschaft beendet.

Die konservativen und liberale Presse wüthet über den Ausgang des Streiks, aber vergebens, und die Organisationsarbeit wird nach jedem Siege immer leichter.

Der Hasenarbeiterausstand in Rotterdam hat die Folge gehabt, daß jezt 5000 dieser Arbeiter sich dem neuen Hasenarbeiterbund (sozialdemokratischer, nicht Domela Nieuwenhuis'scher Richtung) angeschlossen haben.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 8. Juni. (W. Z. B.) Vor dem hiesigen Landgericht begann heute der Prozeß gegen den angeblichen Kaufmann Necca und den früheren Schneider Salamone, die beschuldigt sind, am 9. Juni 1892 der Wittve Mahmann in dem Garten von Wiehels Hotel 10 Stück italienische Rente im Werthe von 150 000 M. gestohlen zu haben. Die Verhandlung dürfte 3-4 Tage dauern.

Paris, 8. Juni. (W. Z. B.) Nach Privatdepeschen aus Barcelona erfolgte die bereits gemeldete Explosion in dem Augenblick, als die Prozession, welche nach der Kirche Santa Maria del Mar zurückkehrte, in der Straße „Nuevos Cambios“ ankam. Die Zahl der Verwundeten beträgt etwa 40.

London, 7. Juni. (W. Z. B.) Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ griff eine Wunde Kirche die Arbeiter an der Eisenbahnstrecke Smyrna-Kasaba an und tödtete eine große Anzahl derselben. Auch mehrere ausländische Ingenieure sollen dem Uebelthall zum Opfer gefallen sein.

Barcelona, 8. Juni. (W. Z. B.) Infolge eines Bombenattentats, das gestern Abend gegen eine Kirchenprozession verübt wurde, sind mehrere Personen getödtet und sehr viele schwer verletzt worden.

Barcelona, 8. Juni. Man glaubt, die Bombe, welche gestern in der Straße „Nuevos Cambios“ explodirte, sei von dem Balcon eines Miethhauses geworfen worden. Die Bombe war nach dem System der Orsini-Bomben hergestellt. Man versichert, das Attentat sei gegen den General Despujols gerichtet gewesen, welcher die Fahne vor dem Baldachin trug. Soweit bisher festgestellt ist, wurden 8 Personen getödtet und 32 verwundet. Alle Getödteten oder Verwundeten gehören der ärmeren Klasse an. Durch die Explosion wurde ein panfartiger Schreden hervorgerufen. Man hofft, die Urheber des Attentats demnächst ausfindig zu machen; die Hauptführer der Anarchisten wurden verhaftet.

Madrid, 8. Juni. (W. Z. B.) Der Ministerrat hat heut zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher der Belagerungszustand über Barcelona verhängt wurde.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 132.

Dienstag, den 9. Juni 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

99. Sitzung vom 8. Juni 1896. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Marschall. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Handels- und Schifffahrts-Vertrages mit Japan.

Abg. Graf Kanitz (L.) erklärt, daß Deutschland nicht zurückbleiben könne bei dem Abschluß von Handelsverträgen; es müsse den internationalen Verkehrsverhältnissen Rechnung getragen werden, seine Freunde würden daher dem Vertrage zustimmen. Der japanische Handelsvertrag liefert den Beweis dafür, daß die Staaten immer mehr danach streben, ihre Industrie selbständig und unabhängig vom Auslande zu machen.

Staatssekretär von Marschall: Der englische Vertrag enthält auch bezüglich des Erwerbes vom unbeweglichen Vermögen genau dasselbe, was in unserem Vertrage steht.

Abg. Müller-Gulda (Z.): In der deutschen Ausfuhr nach Japan ist hauptsächlich interessiert die Industrie, die Textil-, Eisen- und chemische Industrie. Ein besonders großer Fortschritt ist es aber, daß wir jetzt schon den gleichen Nusterschutz genießen sollen wie England.

Abg. Graf Kanitz weist darauf hin, daß eine Erhöhung der japanischen Zölle stattgefunden hat. Trotzdem werde er für den Vertrag stimmen.

Artikel I des Vertrages wird nach einem mit dem deutsch-japanischen Handelsvertrage in fast gar keinem Zusammenhange stehenden Abgesprochenen zwischen Herrn v. Marschall und dem Grafen Kanitz genehmigt.

Artikel V wird genehmigt.

Zu Artikel XVI, der den Patent- und Nusterschutz betrifft, weist Abg. Müller-Gulda (natl.) darauf hin, daß die Berner Konvention, welcher Japan beitreten soll, nur von dem Schutz des geistigen Eigentums handle, nicht aber von dem Schutz des gewerblichen Eigentums. Redner stellt eine Resolution in Aussicht, in welcher die Regierung aufgefordert werden soll, dem Hause Mitteilung zu machen über die japanische Patent- und Nusterschutz-Gesetzgebung.

Abg. v. Heyl (natl.) tritt dem Vordrucker bei.

Staatssekretär v. Marschall: Die japanische Gesetzgebung über den Nusterschutz kennen wir, und wenn das Haus wünscht, davon Kenntnis zu nehmen, so bin ich bereit, eine Uebersetzung davon anfertigen zu lassen, sie stammt von 1888 und beruht wesentlich auf den Grundsätzen der deutschen Gesetzgebung, nur mit dem Unterschiede, daß dem japanischen Handelsminister bei den Entscheidungen ein weiterer Spielraum gewährt ist, als bei uns. Der jetzige Zustand ist so unbedeutend wie nur möglich, denn unsere gewerblichen Erzeugnisse genießen bis jetzt in Japan absolut keinen Schutz. Diesen Zustand kann nur im Wege einer Konvention ein Ende gemacht werden. Im englischen Vertrage ist vorgesehen, daß die japanische Regierung sich verpflichtet, der internationalen Konvention von Madrid beizutreten. Eine ähnliche Stipulation konnten wir nicht treffen, weil wir jener Konvention nicht angehören, sondern der Berner Konvention. Deshalb verpflichtet Artikel 17 Japan, wegen Abschusses eines Separatvertrages über die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete des Patent-, Muster- und Markenschutzes mit uns in Unterhandlung zu treten.

Art. 17 wird genehmigt, ebenso die zum Vertrage gehörigen Schutzprotokolle und sonstigen Anlagen, darunter der Konsularvertrag mit Japan.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung.

In der Generaldiskussion führt

Abg. Baffermann (natl.) aus, daß die Bedenken gegen die Vorlage stärker geworden seien durch die Beschlüsse der zweiten Lesung, welche scharfe Eingriffe in das gewerbliche Leben enthalten, deren Tragweite man noch gar nicht übersehen kann, so bezüglich des Verkehrs mit Drogen und bezüglich des Detailreisens. Es ist im Reichstag hauptsächlich die eine Seite zum Worte gekommen, welche den Gewerbebetrieb schützen will gegen die großen Geschäfte; es hat sich aber inzwischen herausgestellt, daß gerade der kleinere Gewerbebetrieb geschädigt wird, namentlich durch den Art. 8 bezüglich des Detailreisens. Die Petitionen gegen diesen Artikel häufen sich von Tag zu Tag. Wenn die Beschlußfassung verlohren würde, würde die Mehrheit sich in eine Minderheit verwandeln. (Sehr richtig! links.) Die Petenten gehören zu den kleinen Gewerbetreibenden. Zu einzelnen Kreisen derjenigen, welche bisher für das Verbot des Detailreisens eingetreten sind, dämmert die Erkenntnis, daß sie sich damit ins eigene Fleisch schneiden.

Es wird vielfach geradezu ein Schaden angedeutet durch die Vorlage. Die großen Verandhäuser werden ihre Thätigkeit ausdehnen, die Reisenden werden in den Städten, wo eine gewisse Kundschaft vorhanden ist, zu Plagaganten werden, und diese werden viel intensiver arbeiten für ihr auswärtiges Haus als ein Detailreisender. Wenn die Detailreisenden einen Hausbesitzer lösen müssen, dann werden die Häuser ihren Geschäftsbetrieb auf einen Bundesstaat beschränken und dort recht intensiv betreiben. Die Mehrheit der national-liberalen Partei wird daher für den Antrag Hesse stimmen, welcher das Detailreisen nach wie vor gestattet und nur den Landesregierungen das Recht giebt, ein Verbot desselben unter Zustimmung des Bundesrats auszusprechen.

Abg. Fischbeck (st. Sp.) schließt sich dem Vordrucker an. Mit nichts wird mehr Unfug getrieben als mit den Interessen des laufenden Publikums. Ihr eigenes Interesse veranlaßt die Krämmer, ihre Konkurrenz durch die Gesetzgebung tödt zu schlagen. Die Vorlage werde nichts nützen, sondern nur Schaden stiften.

Abg. Schädlcr (Z.) hält es für ein interessantes Schauspiel, daß die Vordrucker von der Vorlage keine große Wirkung erwarten und doch den Ruin der Gewerbetreibenden voraussagen. Das reimt sich nicht zusammen. Redner bestreitet, daß durch die Vorlage Unzufriedenheit hervorgerufen werde. Diesen Kreisen ständen andere gegenüber, welche von der Vorlage eine Besserung ihrer Verhältnisse erwarten. Ich will die Verantwortung nicht auf mich nehmen, daß statt Steine Brot gegeben wird. (Große Heiterkeit.)

Abg. Prinz Hohenlohe-Schillingfürst (wilt): Ich habe den Eindruck, daß den Herren, welche zuerst so energisch für das Verbot des Detailreisens eintraten, vor ihren eigenen Werken Angst zu werden beginnt. (Sehr wahr! links.) Es ist überhaupt nicht die Rolle des Staates, in das Gewerbeleben da einzugreifen, wo es nicht das Interesse der Gesamtheit erfordert. (Lebhafter Beifall links, Lachen rechts.) Redner spricht sich unter mehrfachen Beifall der Linken, der von der Rechten mit Lachen aufgenommen wird, gegen den Art. 8 aus.

Abg. Reichhaus (Soz.): Die Herren scheinen schon etwas Kagenjammer zu haben wegen dieses eigenen Wertes; aber dieser Kagenjammer kann jetzt noch schnell beseitigt werden, wenn die ganze Vorlage abgelehnt wird. (Sehr richtig! links.) Redner bespricht die einzelnen Bestimmungen der Vorlage und wendet sich gegen die Vorschrift über die Konzeptionspflichtigkeit der Konsumvereine, soweit sie Schankwirtschaft betreiben. Er will dafür entsprechend dem sozialdemokratischen Antrage die Bestimmung setzen, daß einem Gastwirth eine Konzessionspflichtigkeit nicht unterzogen

werden kann, wenn sie einem anderen Gastwirth desselben Ortes gestattet wird. Mit der Unterzogenheit der Konzessionspflichtigkeit werden immer die Gastwirth geistert, welche den Sozialdemokraten ihre Säle zur Verfügung stellen. Dieser Polizeiwirth sollte man von Reich wegen einen Nittel vorschreiben. Auf die alten Petitionen sollte man sich zu Gunsten des Artikels 8 nicht berufen, denn die Schädigungen, welche derselbe hervorruft, lassen sich noch gar nicht übersehen. Der Antrag Hise gestattet eine Umgehung des Gesetzes, und den Schneidermeistern und den sonstigen Gegnern des Detailreisens werden die Augen übergehen von dem, was nach Erlaß des Gesetzes auf Grund des Antrages Hise geschehen wird. Schließlich werden von dem Verbot des Detailreisens die Offizier- und Beamtenvereine noch mehr Vortheil haben. Aber nicht bloß das Detailreisen will man verbieten, sondern auch den Hausirhandel und namentlich den Kolportagehandel, trotzdem doch auch fromme Sonntagsblätter im Wege der Kolportage verbreitet werden. Redner erklärt sich gegen die ganze Vorlage.

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn man den Regierungen vorgeworfen hat, daß sie überhaupt eine solche Vorlage haben bringen können, so will ich mich auf die Defensiv zurückziehen und erklären: Es handelt sich gar nicht um eine Vorlage der Regierungen, sondern um die Sanktion der Beschlüsse, die der Reichstag mit Majorität in zweiter Lesung gefaßt hat, um eine Vorlage, die hervorgerufen ist aus einer zweimaligen während zweier Jahre gepflogenen sehr eingehenden Beratung einer Reichstagskommission, die in ihrer großen Mehrheit diese Vorlage dem Hause zur Annahme empfohlen hat. Man hat den Regierungen vorgeworfen, daß sie das Detailreisen einzuschränken beabsichtigen; bereits eine frühere Novelle zur Gewerbe-Ordnung enthielt das Verbot des Detailreisens, der Reichstag lehnte aber die betreffende Bestimmung ab. Als aber im Laufe der Jahre das stehende Gewerbe die Regierungen geradezu dazu drängte, zu seinem Schutze etwas zu thun, konnten die Regierungen gar nicht anders, als die Frage von neuem zu erörtern. (Zustimmung rechts.) Die Reichsverwaltung wandte sich hierauf an die Landesregierungen und diese haben in ihrer überwiegenden Mehrzahl 1890 sich für eine Einschränkung des Detailreisens ausgesprochen, und zwar gedrängt durch die Strömungen in ihren eigenen Parlamenten. Sie können uns also doch keinen Vorwurf machen. Wenn die Regierungsvorlage Gesetz wird, wird der Bundesrat allerdings in jedem einzelnen Falle und für jede einzelne Branche zu prüfen haben: ist hier eine Schädigung berechtigter Interessen durch das Detailreisen hervorgerufen und kann die Schädigung durch das Verbot des Detailhandels ohne Schädigung anderer berechtigter Interessen beseitigt werden. Das kann kein Reichstag machen, wohl aber der Bundesrat. Daß das Detailreisen an sich in vielen Fällen ein nützlich und auch wirtschaftlich gesundes Gewerbe ist, bestritten auch die Herren auf der Rechten nicht, nur wollen sie da, wo das Detailreisen zu einer Schädigung des stehenden Gewerbes übergeht, dieses letztere schützen, und diese Forderung ist an sich gut. Mag die Einschränkung fallen, wie sie will, hoffentlich kommen wir zu einem Ergebnis, welches der ehrlichen Arbeit nicht und frommt.

Darauf wird nach 5/4 Uhr die weitere Beratung auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Wichtige Beschlüsse wurden in der Montag-Sitzung der Bürgerlichen Gesetzbuch-Kommission nach verschiedenen Richtungen hin gefaßt. § 1890 des Entwurfes schlägt folgendes vor:

„Ist durch öffentliche Sammlung Vermögen für einen vorübergehenden Zweck zusammengebracht worden, so kann zum Zwecke der Verwaltung und Verwendung des Vermögens ein Pfleger bestellt werden, wenn die zu der Verwaltung und Verwendung berufenen Personen weggefallen sind oder wenn diese Personen gegenüber ein wichtiger Grund für die Entziehung der Verwaltung und Verwendung vorliegt; ein solcher Grund ist insbesondere grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung.“

Zusätzliche die gesperrt gedruckten Worte würden es ermöglichen, z. B. die durch öffentliche Sammlungen — und welche Sammlungen lassen sich von Nichtern aus guter Familie nicht zu öffentlichen Stempeln? — zusammengebrachten Gelder einer Partei unter „Pflege“ zu nehmen. Nach lebhafter Debatte wurden die gesperrt gedruckten Worte sodann gestrichen. — Die Kommission ging sodann zur privatrechtlichen Gestaltung des Vereinsrechts über. Die Kommission ließ in Folge einer Verständigung zwischen National-liberalen und Zentrum die in erster Lesung mit 12 gegen 9 Stimmen gefaßten, von der Regierung aber für unannehmbar erklärten Beschlüsse im Stich und stimmte in ihrer Mehrheit einem der Regierungsvorlage nahe stehenden Antrag der National-liberalen bei. Den bestehenden Zustand und die Beschlüsse erster Lesung haben wir im Leitartikel vom 29. Februar d. J. und im Bericht vom 21. Februar und 4. März ausführlich dargelegt. Heute fiel mit Rücksicht auf das Entgegenkommen der National-liberalen auf dem Gebiete und mit Rücksicht auf die wiederholten Erklärungen der Regierung, die über die privatrechtliche Gestaltung der Vereine in erster Lesung gefaßten Beschlüsse seien unannehmbar, das Zentrum um und nahm die national-liberalen Anträge an. Diefelben dokumentiren den Tiefgrad der Moral und der Erkenntnis unserer bürgerlichen Gesellschaft, wie ihre ohnmächtige Furcht vor der Sozialdemokratie insbesondere durch die Bestimmung, daß einem Verein, der nach der Zahlung einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck nicht hat, die Rechtsfähigkeit entzogen werden kann, wenn er einen solchen Zweck zu verfolgen sich erklären sollte. Für ersten Ziel nachgehende Vereine hat das Bürgerliche Gesetzbuch keinen Platz. Nur für privatrechtliche Gestaltung von Kauf- und Pacht-, Kaffeelassen- und Satorvereinen ist daselbst nach Ansicht der herrschenden Parteien Raum. Die Abg. Himburg (konf.) und v. Stumm ließen in längeren Ausführungen klar erkennen, daß vor vernünftiger Regelung der privatrechtlichen Gestaltung des Vereinsrechts sie die Furcht und die ohnmächtige Wuth über die erfolglosen Tiraden, Kollereien und Mittelreien gegen die Sozialdemokratie und Arbeiterchaft und nicht minder ihre absolute Verständnisslosigkeit der wirtschaftlich und politisch treibenden Kräfte zurückhalten. Frohne, Stadthagen und Kaufmann gestellten das abgeschlossene Schacher-geschäft. Dasselbe wurde aber mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen. — Der Antrag auf Einführung fakultativer statt obligatorischer Zivilehe wurde von den Konservativen durch den Mund des Grafen Hoon verteidigt. Seine Darlegungen boten eine solche Fülle historischer Anknüpfungen, solche Höhe der Verständnisslosigkeit gegenüber wirklich religiösem Gefühl und solche Selbst bei einem konservativen überraschende politische Haltlosigkeit, daß es dem ultramontanen Abg. Lieber ein leichtes war, den Herrn vollständig in den Sand zu setzen. Dr. Lieber gab im übrigen folgende Erklärung seiner politischen Freunde zur Stellung der fakultativen Zivilehe ab:

„Die Mitglieder der Kommission, welche dem Zentrum angehören, haben in der ersten Lesung für das Prinzip der fakultativen Zivilehe gegenüber demjenigen der obligatorischen Zivilehe gestimmt. Sie haben dies unter der ausdrücklichen Erklärung gethan, daß ihnen die eine so wenig wie die andere an und für sich annehmbar sei, sie aber vor die Wahl zwischen beiden gestellt die fakultative Zivilehe für das im Verhältnis zur obligatorischen kleinere Uebel halten. Ueber die von den konservativen Mitgliedern Herrn Himburg und Freiherrn v. Marschall auf Nr. 41 der Drucksachen vorgeschlagene Formulierung wurde damals nicht abgestimmt. Nichtsdestoweniger wurde dem Zentrum seitens der konservativen Mitglieder dieser Kommission die bestimmte Erklärung abzugeben, daß diese Fassung für sie und ihre politischen Freunde unannehmbar sei, weil sie an verschiedenen Stellen mit den Rechten jeder selbständigen Religionsgesellschaft nach der heils gleich gebliebenen Auffassung des Zentrums, insbesondere mit Recht und Glaubenslehre der katholischen Kirche, in unverhülltem Widerspruch stehe. In gegenwärtiger zweiter Lesung handelt es sich nicht mehr um eine bloß grundsätzliche Stellungnahme, sondern um Annahme oder Ablehnung des Wortlauts, in welchem der Grundsatze Aufnahme in das Bürgerliche Gesetzbuch finden solle. Ungeachtet unserer Ablehnung der in erster Lesung dafür vorgeschlagenen Fassung kehrt diese Fassung vorliegend in zweiter Lesung im Antrag des Herrn Grafen v. Hoon auf Nr. 122 der Drucksachen mit dem für unsere Entscheidung wesentlichen Hauptausdruck von damals wieder. Demgegenüber können die dem Zentrum angehörigen Mitglieder nur wiederholen, daß nicht nur Glaubenslehre und Recht der katholischen Kirche, sondern auch das Recht jeder selbständigen Religionsgesellschaft überhaupt, wie es das Zentrum jederzeit verstanden hat, ihnen durchaus unmöglich machen, den vorgeschlagenen Bestimmungen beizutreten. Zu ihrem Bedauern in diese Zwangslage veretzt, gegen die Vorschläge von konservativer Seite stimmen zu müssen, haben sie nach einem anderen gangbaren Wege gesucht, um die Gewissen des kirchlich-treuen Katholiken nicht nur sondern auch des evangelischen Bevölkerungstheils gegenüber dem Entwurf in Sachen der Eheschließung zu saluiren. Diesen Weg glauben sie in den drei Anträgen auf Nr. 151 der Drucksachen gefunden zu haben, welche sie nimmere unterbreiten und die außer Zweifel stellen, daß die Ehe dieses Gesetzbuchs die kirchliche Ehe weder ist noch sein will.“

Die in dieser Erklärung in bezug genommenen drei Anträge lauten: „1. Als Ueberschrift des ersten Abschnitts statt „Ehe“ zu setzen „Bürgerliche Ehe“; 2. die Erklärung des Standesbeamten statt „daß sie kraft Gesetzes nimmere rechtswäßig verbundene Eheleute seien“ lauten zu lassen: „daß sie kraft dieses Gesetzes nimmere rechtswäßig verbundene Eheleute seien“; 3. einzuschalten (dem bestehenden Zivilstandsgesetz entsprechend): „Die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe werden durch die Vorschriften dieses Abschnittes nicht berührt.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Anträge der konservativen Dunkelmänner in der am Dienstag stattfindenden nächsten Kommissionssitzung mit großer Mehrheit abgelehnt, die eben mitgetheilten des Zentrums, die nichts Neues enthalten, angenommen werden. Das Eheschließungs-, Ehescheidungsrecht, die Bestimmungen über die Rechte der unehelichen Kinder, das Erbrecht und das Einführungs-gesetz werden voraussichtlich in den Sitzungen am Dienstag und Mittwoch, spätestens am Donnerstag beendet werden.

Die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages ist für einen der Tage in nächster Woche emberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des von Mitgliedern des Bundes der Landwirthe ausgearbeiteten, in den Grundzügen veröffentlichten Gesetzentwurfs betreffend die Juvaliditätsversicherung.

Lokales.

Zweiter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Mittwoch, den 10. Juni, findet abends punkt 9 Uhr in der Bodbrauerei am Tempelhoferberg eine Versammlung der Parteigenossen des zweiten Wahlkreises statt, um über die Frage Beschlüsse zu fassen, wie nach gerichtlicher Bestätigung der politischen Auflösung des Wahlvereins sich die politische Organisation der Sozialdemokraten nimmere zu gestalten habe. Die Genossen werden zu dieser Versammlung hoffentlich so zahlreich erscheinen, daß selbst die politische Polizei zur Einsicht kommen wird, wie wenig Schaden die gerichtliche Bestätigung der politischen Wapregelung der sozialdemokratischen Bewegung anzutun vermag, und daß es künftig besser sein dürfte, der Sozialdemokratie gegenüber für billig gelten zu lassen, was allen anderen Parteien recht ist. Das Referat für diese Versammlung hat der Reichstags-Abgeordnete Fischer übernommen.

Achtung! 6. Wahlkreis. Die Parteigenossen werden auf die am Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr in Rabe's Salon, Kolbergerstr. 23, stattfindende Volksversammlung ganz besonders aufmerksam gemacht. Näheres siehe im Inserattheil der heutigen Nummer.

Zimmer langsam voran! Bei der letzten Etatsberatung hatte der Stadtverordnete Bruns darauf hingewiesen, daß die fädischen Bade-Anstalten insofern immer noch von geringem Nutzen für die große Masse der Bevölkerung seien, als der Preis von 20 Pf. für das Bad in der neuerbauten Anstalt an der Cuvyrstraße namentlich für häufiger badende Personen als zu hoch bezeichnet werden müßte. Der Dezerent für die Volks-Badeanstalten, Stadtrath Vordardt stimmte diesen Ausführungen durchaus bei und ver sprach, daß für Verbilligung des Badetarifs geforgt werden solle. Das war im März dieses Jahres. Jetzt sind wir im Juni, die Badezeit hat begonnen, aber immer noch beträgt der Preis für das Einzelbad in der erwähnten Badeanstalt 20 Pf. Vielleicht beabsichtigt der Magistrat, die Verbilligung des Badetarifs als Weihnachtsgeschenk aufzusparen.

Die freie Arztwahl. Wie sich unsere Leser erinnern werden, erließ der Magistrat im vorigen Jahre gegen einige Krankenkassen die Verfügung, ihren Vertrag mit dem Verein freigewählter Kassenärzte zu lösen. Nimmere hat der Oberpräsident auf erhobene Beschwerde zwei prinzipielle Entscheidungen erlassen. Die eine betrifft die Orts-Krankenkasse der Sattler; für diese Kasse wird hier die Verfügung des Magistrats aufgehoben, weil deren Statut ausdrücklich bestimmt, daß die ärztliche Behandlung der erkrankten Mitglieder durch den Verein der freigewählten Kassenärzte geschieht. In dem zweiten Entscheid, der die Orts-Krankenkasse der Sattler betrifft, wird die Beschwerde abgewiesen, und zwar weil eine ähnliche Bestimmung im Statut, wie oben erwähnt, in dieser Kasse fehlt. Ausdrücklich wird sodann zu dem Entscheid bemerkt, daß durch die Gewährung der ärztlichen Hilfe seitens der Ärzte des Vereins der freigewählten Kassenärzte eine erhebliche finanzielle Belastung der Kassen eingetreten ist und daß, sofern hierin eine Milderung nicht erfolgen sollte, eine Herabsetzung der Leistungen der Kasse oder eine Erhöhung der Beiträge in allen Fällen, in denen die gesellschaftlichen Voraussetzungen hierfür gegeben sind, nach Anordnung des Herrn Ministers unumgänglich herbeigeführt werden muß.

Zu Anschluß an jene Verfügung empfiehlt nun Herr Dr. Wugdan in der 'Medizinischen Reform' etwa folgende Fassung in das Statut aufzunehmen: Die Behandlung der Mitglieder erfolgt durch Ärzte, welche einem Ärzteverein angehören, dem die Kasse die ärztliche Behandlung ihrer Mitglieder vertragsmäßig übertragen hat.

Bemerkten wollen wir noch, daß der Verein der freigewählten Kassenärzte die Angelegenheit auf dem Wege der richterlichen Entscheidung zum Austrag bringen will. Vorläufig hat die Entscheidung das eine Gute, daß bei einer geringfügigen Änderung des Statuts die freie Entlassung der Mitglieder in der Wahl ihres Arztes erhalten bleibt und die Bevormundung, die der Berliner Magistrat hier Krankenkassen auftrug, beseitigt ist.

Die städtischen Schul-Bräusebäder stehen den Schülern und Schülerinnen der Gemeindefschulen, mit denen ein Bad verbunden ist, unentgeltlich zur Verfügung, doch haben die Kinder ihre eigene Wadewäsche mitzubringen. Die Bäder sind trotz ihres erst kurzen Bestehens rasch beliebt geworden und werden, ohne daß von den Lehrern ein Zwang ausgeübt wird, von den Kindern gern und oft benutzt. Eine beträchtliche Zahl von Kindern mußte aber bisher auf die Benutzung verzichten, weil sie sich kein eigenes Handtuch leisten konnten. In Betracht des sehr bald bemerkten günstigen Einflusses der Bäder auf den Gesundheitszustand der Kinder und auch auf den Erfolg des Unterrichts hatte der Hygieniker Dr. Th. Weyl kürzlich zu einer Geldsammlung zur Beschaffung von Handtüchern aufgerufen. Als Ergebnis der Sammlung sind jetzt der städtischen Schuldeputation 57 Handtücher und 37 M. überreicht worden. Da gegenwärtig nur erst einige Schulen über ein Bräusebad verfügen, so dürfte mit dieser Sammlung dem besagten Mangel vorläufig abgeholfen werden können. Wenn aber die Einrichtung der Schulbäder einmal allgemeiner wird, — wir wünschen, sie würde es recht bald — dann werden die milden Spenden schwerlich mehr ausreichen, allen bedürftigen Kindern Handtücher zu beschaffen. Hoffentlich befehrt man sich bis dahin doch noch zu der Ansicht, daß zu einem Bad auch ein Handtuch gehört, daß also wie das eine, so auch das andere unbedenklich umsonst geliefert werden kann.

Von der Gesundheitsbehörde. Wie aus polizeilicher Quelle gemeldet wird, wurden im vergangenen Jahre über 12000 Gesundheitsbücher für Diensthöfen angefertigt. Weiter heißt es in der Mitteilung: 'Da erfahrungsmäßig der größte Teil dieser angeblich verlorenen Dienstbücher von den Inhabern absichtlich vernichtet worden ist, weil sie unangenehme Zeugnisse enthalten, so werden bei der Ausstellung von Duplikaten stets die Zeugnisse aus den letzten Dienststellen nachgefordert und in das neue Buch eingetragen. Außerdem werden Aufgebotskosten für das verlorene Buch mit 1 M. eingezogen. — Kann es einen drastischeren Beweis von der Verwerflichkeit des heute üblichen Brauchs geben, die Dienstbücher durch die Eintragungen in den Gesundheitsbüchern seitens der Herrschaften absichtlich oder unabsichtlich in ihrem Fortkommen zu schädigen? Wenn es richtig ist, daß ein Teil der 'Berliner' Gesundheitsbücher absichtlich vernichtet, so kann man annehmen, daß dies der bessere und ehrliebende Teil ist. Wie oft mögen nicht ganz nette Naturen durch die Zeugnisse, welche sie im ehrliehen Fortkommen hindern, geradezu auf den Pfad des Verbrechens und der Unsitlichkeit getrieben werden?'

Reisepässe. Vom Polizeipräsidenten wurden im Jahre 7207 Reisepassagen ausgestellt, nämlich 5173 Reisepässe ins Ausland, 142 Pässe für das Deutsche Reich und 1892 Passirten. Außerdem wurden für 888 hiesige Ortsangehörige, die außer Landes lebten, Heimathsscheine bez. Staatsangehörigkeits-Ausweise erteilt.

Der Militärklub hat für den Exerzierplatz an der Eismann Pappel einen Parzellierungsplan aufgestellt und dem Magistrat unterbreitet. Die Straße 9 mit 26 Meter Breite theilt den Platz in 2 Hälften. Diese werden jede von zwei Straßen von 22 Meter Breite durchzogen, so daß eine Menge fast quadratisch gestalteter Parzellen entsteht. Die städtische Baudeputation wird voraussichtlich die üblichen Bedingungen: Grundstücksabtretung, Pflasterung, Entwässerung, vierjährige Unterhaltung und Reinigung, Einrichtung der Gasbeleuchtung und die Sicherstellung dieser Auflagen durch Eintragung ins Grundbuch fordern.

Militärisches von einer Weltfirma. In hiesigen Blättern veröffentlichte die Firma Rudolph Herzog kürzlich eine Bekanntmachung, an deren Schlusse es heißt: 'Hilfsarbeiter für statistische Arbeiten des Verlagsgeschäftes werden nur vom Militär genommen.' — Das geht selbst einem Fabrikantenorgan, dem 'Eisenhändler' wider den Strich und jagst erlaubt er sich die oppositionelle Bemerkung: 'Es wäre doch nicht in der Ordnung, wenn die Militärbehörde an ein großes Verlagshaus Hilfsarbeiter abgibt und so die Angehörigen des Handelsstandes geschädigt würden. Dagegen müßte doch Stellung genommen werden.' Gut gesagt, aber 'Stellung' können nur die Leute nehmen, die unter solcher Militärzererei zu leiden haben. Und mit deren Energie hapert es leider oft noch sehr.

Zum Fall Langerhaus liegt nimmermehr auch das amtliche von der königlichen Staatsanwaltschaft beantragte Gutachten der gerichtlichen Physik Prof. Strassmann und Sanitätsrath Wittenberg in der neuesten Nummer der 'Berliner klinischen Wochenschrift' vor. Nach Ansicht der gerichtlichen Sachverständigen hat die Annahme, daß der Tod des kleinen Langerhaus durch Ersticken infolge von Einathmung erbrochener Massen erfolgt sei, nach genauer Deutung des Leichenbefundes die meiste Wahrscheinlichkeit für sich. Was die strafrechtliche Seite dieser tragischen Affäre betrifft, so halten beide Ärzte eine schlechteste Beschaffenheit des Serums für ausgeschlossen. Den für die Prüfung des Heilserums verantwortlichen Personen ist mithin kein Vorwurf zu machen. Ebenso wenig trifft den unglücklichen Vater ein Vorwurf, sei es wegen Vornahme der Einspritzung überhaupt, zu welcher er nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft sicher berechtigt war, oder sei es wegen der Art der Vornahme, bei der er offenbar ganz korrekt verfahren ist. Das Gutachten schließt: 'Wie man auch den Fall auffassen möge, strafrechtlich erscheint der Tod des Kindes jedenfalls als ein unglücklicher Zufall, der nicht vorausgesehen war und für den deshalb niemand verantwortlich gemacht werden kann.'

Einen ergötzlichen Schwabenskreiß mußte vor kurzem ein Staatsreiser Wirth in Groß-Bietertseide wider Willen erleben. Der Mann ist Patriot, nicht allein im groß-preussisch-deutschen, sondern auch im engeren, spezial-württembergischen Sinne. Als wiederer Schwabe hatte er eines festlichen Tages die Fahne seines württembergischen Heimathlandes zur Dekorierung des Portals benützt. Die württembergischen Landesfarben aber sind schwarz-rot, und das Roth an der Dekorierung erregte sofort den Verdacht eines Ordnungshüters. Jüngs ging die Staatsfahne zu dem schwabischen Wirth, der noch nie etwas mit Klassenbewußten Arbeitern zu thun gehabt hatte, und bedeutete ihm, daß die Sozialdemokraten auch solche Fahnen hätten wie er. Es half dem Wirth nichts, daß er vor Schreck ob der Gefährlichkeit seiner Landesfarben Nase und Mund aufsperrte; das Ende der Unterredung war, daß er mit Schmerz, jedoch mit Fassung das fürchterliche Roth von der Eingangspforte zu seinem Lokal entfernte. Dann erst war der Staat grettet.

Verhaftungen in Doppelpark wurden dieser Tage in größerer Zahl vorgenommen. Die davon Betroffenen waren zum größten Theil Buchmacher, und zwar solche, die der Gilde der sogenannten 'Klein'en' Buchmacher angehören, während nach dem 'Berl. Tagebl.' die 'großen' Buchmacher, die sich von ihren Kollegen der anderen Kategorie nur dadurch unterscheiden, daß sie größere Betten legen und die sogenannten 'Kavaliers' zu ihren Kunden zählen, vollständig unbehelligt blieben und in breiter Öffentlichkeit an ihrem Sammelplatz zwischen Waage und Restaurant ihre Bücher füllten.

Den eigenen 20-jährigen Sohn tödtlich verwundet hat am Sonnabend Abend der Arbeiter Kleinschmidt, Pankfadenstraße 10. Dort wohnt Kleinschmidt mit seiner Frau und seinem Sohn in einer Kellerwohnung. Als der junge Mann nach 10 Uhr nach Hause kam, wollte ihn Kleinschmidt, der schon mit seiner Frau, als sie kurz vorher mit ihrem Hundewagen vom Straßenhandel zurückgekehrt war, Streit gehabt hatte, nicht in die Wohnung lassen. Die Frau aber öffnete dem Sohn, worüber der Vater wütend wurde und seine Frau, die den arbeitshungrigen Mann ernähren muß, bedrohte. Der Sohn sprang hinzu und erhielt nun von dem Rasenden sechs Messerschläge, wovon zwei die Lunge trafen. Auf das Geschrei der Frau kamen Hausbewohner hinzu, die Kräfte und Polizei herbeiriefen. Die Polizei verhaftete Kleinschmidt und sorgte für die Aufnahme des Sohnes in das Krankenhaus Friedrichshain, wo man keine Hoffnung hat, den jungen Mann am Leben zu erhalten.

Eine dunkle Vergiftungsgeschichte hat sich Sonnabend Abend in der Pücklerstraße zugetragen. Dort vergiftete sich in der Wohnung seiner Braut der 26 Jahre alte Elektrotechniker Max Steinbrück. Der junge Mann, der in der Camphausenstraße wohnte, war in einer im Süden der Stadt liegenden Fabrik beschäftigt. Seit über Jahresfrist hatte er mit der gleichfalls in einer Fabrik thätigen Martha Busch aus der Pücklerstraße 14 ein Liebesverhältnis, hierüber aber seine Eltern nicht genau unterrichtet. Am letzten Dienstag erhielt Frau Busch von ihrem Bräutigam einen Brief, der andeutete, daß er sich das Leben nehmen werde. Sonnabend Abend befand sich Steinbrück mit seiner Braut allein in der Küche seiner Schwiegermutter, als er plötzlich ein Glas Wasser trank und darauf auf ein Bett sank und in krampfartige Zuckungen verfiel. Die Braut holte sofort einen Arzt, doch war Steinbrück in den Armen seiner Schwiegermutter bereits verstorben, als dieser erschien. Man fand bei dem Todten ein kleines Fläschchen, das noch einen Rest von Gift enthielt und polizeilich beschlagnahmt wurde.

Ueber den Beweggrund zum Selbstmord sind seine Eltern völlig im Unklaren.

Ein vor kurzem vom Antea suspendirter Magistratssekretär S. aus Spandau versuchte sich am Freitag in zwei Gastwirtschaften zu Bernau als Jochpreller. Der Mann wurde festgenommen.

Selbstmord eines Knaben. Der achtjährige Sohn des Arbeiters Hübner, Bergmannstr. 16, hat am Sonnabend Selbstmord verübt. Er hat sich aus dem Fenster der elterlichen Wohnung vier Stockwerke hoch hinabgestürzt. Der Knabe hatte oft mit seinem siebenjährigen Bruder die Schule geschwänzt und war von seinem Vater, der den jüngeren Bruder zur Schule brachte, ins Zimmer gesperrt worden. Der Knabe weinte und fürchtete sich sehr vor der Strafe, die seiner harrte, wenn der Vater zurückgekommen sein würde. Als er diesen von der Schule zurückkehrend über den Hof kommen sah, stürzte er sich von Fenster herab und wurde mit zerschmetterten Gliedern in das Krankenhaus am Urban gebracht, wo er bald darauf verstarb.

Der Hauptthäter bei den Metalldiebstählen in der Königl. Artilleriewerkstatt zu Spandau, Kasseher Herr, ist am Sonnabend nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit gebracht worden. Er ist auch der Urkundenfälschung bezichtigt, weil er zur Verdeckung der Metalldiebstähle Fälschungen von Bestellscheinen und Lagerbüchern vorgenommen hat.

Geschäftliches aus einer Unfallstation. Zu dieser Mitteilung in Nr. 180 erhalten wir folgende Zuschrift:

Auf die Bemerkung in Ihrer Zeitung am 6. Juni 1896, betreffend die Unfallstation VI, theilen wir Ihnen hierdurch mit, daß der betreffende Patient nicht von einem Heildienster abgewiesen worden ist, sondern von dem Assistenzarzt Herrn Dr. Wock und zwar auf ausdrückliche Anordnung des dirigirenden Arztes Dr. Thomalla. Wie bekannt, haben eine große Anzahl Kassen beschlossen, ihren Mitgliedern nicht mehr zu gestatten, sich den ersten Verband nach einem Unglücksfall in einer Unfallstation anlegen zu lassen. Infolgedessen glaubte Herr Dr. Thomalla im Sinne der Kassenvorschriften und Kassenärzte zu handeln, als er anordnete, daß Kassenfranken, welche obigen Kassen angehören, in Unfallstation VI nicht behandelt werden dürfen, sondern sofort den zuständigen Kassenärzten zu überweisen seien, es sei denn, daß sie baar bezahlen, woraufhin sie nicht als Kassenfranken, sondern als Privatfranken behandelt werden. Somit war Herr Dr. Wock zu seiner Frage nach Bezahlung berechtigt, doch hat er eine Summe nicht genannt. Den Kassenvorständen etc. steht es frei, sich an Dr. Thomalla zu wenden, hierbei die Deffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, erscheint doch durchaus überflüssig zu sein.

Witterungsübersicht vom 8. Juni 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius.
Swinemünde . . .	759	SW	2	heiter	17
Hamburg . . .	767	OSO	2	bedeckt	15
Berlin . . .	769	SO	3	wolklos	17
Wiesbaden . . .	767	SW	2	bedeckt	17
München . . .	769	O	4	heiter	16
Wien . . .	769	Still	—	wolklos	15
Haparanda . . .	765	N	2	heiter	7
Petersburg . . .	763	S	1	bedeckt	21
Cork . . .	748	OSO	5	wollig	16
Aberdeen . . .	755	O	3	bedeckt	11
Paris . . .	764	OSO	2	bedeckt	15

Wetter-Prognose für Dienstag, den 9. Juni 1896. Warmes, vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter mit mäßigen südlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Ueber den Handfertigkeits-Unterricht in seiner erzieherischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung sprach am Sonnabend in der Gewerbe-Ausstellung Herr von Schenkendorf, der Vorsitzende des Berliner Hauptvereins für Knaben-Handarbeit. Er führte zunächst aus, daß die methodische Ausbildung der Handfertigkeit von hervorragender Bedeutung in der ganzen Erziehung sei; der Uebergang von rein geistiger Thätigkeit zu mehr körperlicher wirke außerordentlich erfrischend auf die Kinder. Hier handle es sich aber nicht um bloß körperliche Übungen, wie etwa beim Turnen, sondern es werde das Denkvermögen ebenfalls angeregt; der Unterricht sei ja im wesentlichen eine Ausgestaltung des Zeichnens, indem auch räumliche Gebilde von den Kindern dargestellt würden, wodurch sich ihr Anschauungsvermögen erheblich bilde. Da die Kinder diesem Unterricht mit Eifer und Liebe folgen, weil er ihrem natürlichen Thätigkeitsdrang entspreche, so lernen sie schnell und beschäftigen sich in ihrer freien Zeit gern mit solchen Arbeiten, wie Modelliren etc.; in dieser Fähigkeit der Selbstbeschäftigung liegt aber ein erhebliches Mittel einer geistlichen Erziehung.

Volkswirtschaftlich sei der Unterricht ebenfalls segensreich, da er den heranwachsenden Knaben den Kampf um Dasein erleichtere, denn es seien praktische, im späteren Leben verwertbare Fertigkeiten, die hier erworben, und nützliche Talente, die hier ausgebildet würden.

In sozialer Hinsicht verwahrte sich der Redner dagegen, daß seine und des Vereins Bestrebungen irgend eine Spitze gegen eine bestimmte Partei, gegen die Sozialdemokratie richten; ihre Bestrebungen seien nützlich und notwendig, gleichgiltig, ob diese

Partei existire oder nicht. Indirekt würde allerdings wohl auch hier eine Wirkung eintreten. In unserer Zeit werde die Handarbeit weit unterschätzt, ja geradezu verachtet; wüßte aber jeder, was für Ausdauer, Geschicklichkeit, Pflichterfüllung mit zu diesen Thätigkeiten gehören, so würde die Achtung vor den mit der Hand Arbeitenden, die 2/3 des Volkes ausmachen, erheblich steigen; dadurch aber könne der soziale Friede nur gefördert werden.

Diese letztere Meinung theilen wir nicht; unseren agrarischen und industriellen Junkern ist der Hochmuth und der Haß gegen die Arbeiter viel zu sehr im Blute, auch entspringt er ganz anderen Quellen, als daß er gedämpft werden könnte, wenn sie wüßten, welche Ausdauer zum Leben des Arbeiters gehört; die Beweise der größten Fähigkeit zur Ausdauer und zur Aufopferung haben die Arbeiter oft in Streiks geliefert; aber es ist uns nicht bekannt, daß diese an sich den Gegnern Achtung abnützigen; das geschah nur dadurch, daß sie die Arbeiter als eine Macht zeigten, welche im Stande war, ihre Feinde zu schädigen.

Schließlich erwähnte der Vortragende noch, daß die bahnbrechenden Pädagogen wie Comenius, Pestalozzi, Froebel seine Bestrebungen ebenfalls begünstigt hätten und worf die Frage auf, warum sie denn erst heutzutage, seit etwa zwanzig Jahren, einige Beachtung erregten und einige Erfolge erzielten, im Auslande noch mehr wie in Deutschland, das hierin von Frankreich, England, der Schweiz etc. weit überholt sei. Er beantwortete dies treffend dahin, daß das nicht durch die größere Redegabe der jetzt lebenden Kämpfer für diese Bestrebungen erklärt werden könne, sondern lediglich dadurch, daß das Leben selbst sie heute notwendiger mache, als früher; der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir durchgemacht haben und noch durchmachen, müsse und werde eine Entwicklung des Unterrichtswesens folgen, welche der wirtschaftlichen Rechnung trage.

Auch wir wünschen den geschilderten Bestrebungen günstigen Fortgang, speziell die Einführung des Handfertigkeits-Unterrichts in die Volksschulen, können aber die große Hoffnung des Vortragenden, als sei damit ein großer Schritt zum sozialen Frieden gethan, nicht theilen.

Die Propaganda des Vereins für Feuerbestattung auf der Ausstellung. In einem eigenen Bau, der zum Unterschied von den übrigen aus Stach hergestellt ist, hat der Verein für Feuerbestattung in gedrängter Anordnung alles zusammengestellt, was die Vorurtheile gegen die Bestattungsform zu zerstreuen geeignet ist. Es ist so recht eine Kampfschau, die in dem kleinen in romanischem Stil erbauten Häuschen, das sich ziemlich am nordöstlichen Ende der Hauptausstellung befindet, vorgeführt wird; jeder ausgestellte Gegenstand, sei es nun das Modell eines Krematoriums, eine Aschenurne, oder eine Tabelle, dient als Waffe im Arsenal der Propaganda. Ja, das Gebäude selber bedient als Kriegsinstrument, liegt ihm doch selber die Idee einer Verbrennungshalle zu Grunde. Und wußt man als Laie die Ausstellungsobjekte mit einigem Interesse, so kann bald kein Zweifel mehr darüber bestehen, wer in diesem Kulturkampf um Reichen Sieger bleiben wird. Die Feuerbestattung hat für sich die Hygiene, die gebieterisch mit dem Anwachsen der großen Städte eine rasche Vernichtung der Leichen fordert, sie hat für sich Gründe der Ethik, und was mehr noch ins Gewicht fällt, sie ist bei allgemeiner Anwendung bei weitem einfacher und wohlfeiler als die jetzt übliche Bestattungsform. Gegner der Feuerbestattung sind Staat und Kirche, die bekannten Faktoren, die sich in der Gegenwart fast allem Verbessenden mit Murren entgegenstemmen; aber wer wollte leugnen, daß beiden allen Mächten längst die Sditterdämmerung winkt, und daß nur das eigene Gefühl der Semilität sie kramphast zwingt, allem neuem instinktiv zu misstrauen? Die für den mit der Zeit lebenden Menschen längst abgehandenen Scheingründe, die aller Uebergläubigkeit mähsam kühselnd hervorgehoben hat, sind es denn auch jumeist, die von Berliner Verein für Feuerbestattung einer Widerlegung gewürdigt werden. Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn in der Propagandaschrift, welche der Verein auf der Ausstellung verkauft, eingehend dargelegt wird, daß Gott der Herr keineswegs, wie die untererferten Frommen behaupten, das Erdbegrabnis angeordnet habe, daß keine einzige Stelle in der Schrift das Einäschern verbiete, und daß die ewige Seeligkeit auch denen nicht verloren gehe, deren Leiche verbrannt werde, wenn ander man nicht annehmen wolle, daß die Könige, die ja doch ihren gefalteten Leib auch nicht zur Verweilung in die Erde senken lassen, zur Strafe dafür schmachlich zur Hölle niederfahren müßten. Lassen wir dem Verein die Versicherung gnädig hingehen, daß die Krematorien ganz gewiß keine Gottesläugner seien und beschäftigen wir uns kurz noch mit der Ausstellung selber. Durch ein geschmackvoll verziertes Portal tritt man in den Vorraum des Hauses, der durch Aschenurnen, die in Nischen aufgestellt sind, zu einem 'Kolumbarium' gestaltet worden ist. Von hier aus fällt der Blick auf die Haupthalle, in der drei Modelle von ziemlich bedeutender Größe die Aufmerksamkeit des Besuchers fesseln: das des Krematoriums in Hamburg, ein Modell von Richard Schmieder in München, und das eines fahrbaren von Prof. J. Swiecicki in Warschau speziell für Kriegszwecke gedachten Verbrennungsapparats. Auf decorirten Tafeln sind außerdem noch Zeichnungen und Photographien von Krematorien und Kolumbarien aufgestellt worden; außerdem findet man Glasbehälter mit Menschenasche, sowie Aschenurnen in mannichfacher Form und Ausstatung. Beachtung verdienen auch einige altgermanische und wendische Urnen, welche in der Nähe von Berlin gefunden und durch gütige Vermittelung des Herrn Geheimrath Friedel vom Märkischen Museum dem Verein zur Verfügung gestellt worden sind. Ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen Verbreitung der Feuerbestattung gewähren Landkarten, auf denen mittels farbiger Fähnchen die Ortschaften bezeichnet sind, an welchen Krematorien, Kolumbarien und Vereine bestehen; in größerem Sinne wirken Tafeln, auf denen an Bildnissen von Leichen der schauerliche Verwesungsprozeß dargestellt wird, der unter der Erde vor sich geht. Sehr interessant und verständig ist eine Darstellung der Kosten der Erd- und der Feuerbestattung in den verschiedenen Ländern. Hierbei schneidet Deutschland allerdings ziemlich schlecht ab; kommt doch die Verbrennung der Leiche in Berlin Verstorbenen einschließlich der Transportkosten und des für den Transport nach Hamburg oder Gotha erforderlichen Metallfarges auf mindestens 450 M. zu stehen; eine Summe, deren Einzahlung der Verein seinen minder bemittelten Mitgliedern allerdings nach Kräften zu erleichtern sucht. Wie wir noch hören, will der Verein für Feuerbestattung auf der Ausstellung einen Zyklus von Vorträgen arrangiren, ein Vorhaben, das gewiß in weiten Kreisen der Bevölkerung beachtet werden wird.

In dieser Woche werden im Hörsaal des Chemiegebäudes folgende Vorträge gehalten: Dienstag, 9. Juni, Geheimrath Professor Dr. Schwemmer: 'Kerzliche Plaudereien'; Mittwoch, 10. Juni, Ingenieur Otto Eitenhals: 'Praktische Flugversuche'; Donnerstag, 11. Juni, Sanitätsrath Dr. A. Hirsch: 'Die Gesundheitspflege des Junifings'; Freitag, 12. Juni, Professor Dr. A. Baginsky: 'Schul-Gesundheitspflege'; Sonnabend, 13. Juni, Würtlicher Geheimrath Admiralitätsrath Professor Dr. Reumayer-Hamburg: 'Die Erforschung der Nordpolargegend in ihrer Beziehung zum Weltverkehr und Hochseefischeri'.

Der geschäftsführende Aufsicht der Ausstellung hat in seiner Freitag's-Sitzung beschlossen, einen umfassenden Bericht herzustellen zu lassen, welcher den Charakter eines illustrierten historischen Werkes über die Ausstellung von ihrer Entstehung bis zu ihrer Beendigung tragen wird.

Das Eintrittsgeld beträgt in Zukunft an den Sonntagen, auch von 8 Uhr morgens an, 60 Pf.

Beglaubigte Abschrift. N. II. 283 96. In der Strafsache gegen den Mediziner August Jacoby zu Berlin, geboren am 21. März 1854 zu Frankfurt a. O., evangelisch, wegen Verleumdung, hat die vierte Strafkammer des königlichen Landgerichts I zu Berlin am 25. April 1896 für Recht erkannt, daß der Angeklagte der Verleumdung durch die Presse schuldig und deshalb unter Belastung mit den Kosten des Verfahrens zu bestrafen mit einer Geldstrafe von 150 — einhundertfünfzig — Mark, welcher für den Unvermögensfall für je 5 Mark ein Tag Gefängnis zu substituieren, daß ferner den Unteroffizieren und Mannschaften der 10. Kompagnie des Garde-Jäger-Regiments die Zeugnisse zuzusprechen, den verfallenden Teil des Urtheils binnen 4 — vier — Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urtheils durch einmalige Einrückung in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ auf der rechten Seite des ersten Beiblattes auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen, daß ferner die Nummer 34 des „Vorwärts“ vom 9. Februar 1896 und die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen zu vernichten. Die Nichtigkeit der Abschrift der Urtheilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urtheils bescheinigt. Berlin, den 4. Mai 1896. (R. S.) gez. Lindner, Gerichtsschreiber des königlichen Landgerichts I, Strafkammer 4.

Soziale Rechtspflege.

Gegen die Herren Berg, Geplanteister der Mail-Coch-Gesellschaft, stand am Sonnabend abends am dem Gewerbegericht Termin an in Sachen eines Bierfahrers englischer Herkunft, der sich für undenkbar entlassen hielt. Herr C. Berg entgegnete auf die Entschuldigungsfrage des Aufsehers, daß dieser am Tage vor der Entlassung widerrechtlich von der Arbeit fortgeblieben sei. Hiergegen machte der Kläger geltend, daß der betreffende Mittwoch (20. Mai), der ihm vertraglich für jede Woche zugegebene freie Erholungsstag gewesen wäre. Uebrigens hätte er sich alle erdenkliche Mühe gegeben, den Herrn Berg am Dienstag, den 19. Mai, habhaft zu werden, um ihn zu sagen, daß er am nächsten Tage die Arbeit ruhen lassen werde. Seine Versuche seien indessen erfolglos geblieben. Nach über dreistündiger Verhandlung, bei der Direktor Wolf als Dolmetscher fungierte, verließen sich die Parteien. Der Kläger, welcher vorläufig 120 M. beansprucht hatte, erhielt 20 M., wofür er auf alle weiteren Ansprüche aus seinem Arbeitsvertrage verzichtete. Dieselben hätten unter Umständen auf noch einige hundert Mark mehr im Laufe der Zeit anschwollen können.

Gewerbe-Zeitung.

Duellerei. Wegen einer Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen wurde von der 7. Strafkammer am Landgericht I gegen den Rechtsanwalt Dr. jur. Rudolf Sarauo verhandelt. Der Angeklagte, der jetzt in Sonnenburg seine Praxis übt, war vom Erscheinen zur Verhandlung der weiten Entfernung wegen entbunden worden. Bei seiner in Sonnenburg stattgefundenen Vernehmung war er geständig gewesen und hatte über die Veranlassung zu seinem Vorgehen folgende Angaben gemacht: Er hatte im vorigen Jahre den hiesigen Rechtsanwalt Dr. Gennrich in einer Prozesssache vertreten und nachher den Kostenschein verlegt. Dadurch waren bei der Vertreibung der sehr geringfügigen Summe verhältnismäßig hohe Kosten herbeigeführt worden. Dr. Gennrich soll infolgedessen die Reue anderer Leute gegenüber gethan haben, er habe an den Rechtsanwalt Dr. Sarauo eine Forderung, und hieran Bemerkungen geknüpft, durch die sich der Angeklagte beleidigt fühlen mußte. Als eine schriftliche Aufforderung des letzteren, daß Dr. Gennrich die beleidigenden Reueerungen zurückzunehmen solle, ohne Erfolg blieb, forderte er denselben in einem Briefe zum Duell. Seiner Ansicht nach habe ihm ein anderer Weg nicht zu gebote gestanden; die in dem Ständeskreise, welchem er angehört, herrschenden Ansichten hätten ihm denselben zur Pflicht gemacht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monate, während der Gerichtshof eine Woche Festungshaft für eine hinreichende Sühne hielt.

„Auch ein Jernvater“. Unter dieser Ueberschrift brachten die „Charlottenburger Nachrichten“ am 12. Oktober vor. J. einen Artikel, der sich mit dem Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Mittenzweig befaßte und schwere Vorwürfe gegen denselben enthielt. Es wurde behauptet, daß Dr. Mittenzweig ein Gutachten über den Geisteszustand einer Frau B. ausgestellt habe, auf Grund dessen dieselbe entmündigt worden sei. Dieser Entmündigungsbescheid sei dann vom Landgericht wieder aufgehoben und die hiergegen eingelegte Berufung vom Berliner Kammergericht verworfen worden mit der Begründung, daß Frau B. wahrscheinlich auch zur Zeit der Entmündigung geistig gesund gewesen sei. In dem Artikel wurde behauptet, daß Dr. Mittenzweig „entweder verbrecherisch gehandelt haben oder unfähig sein müsse“, es sei ungewiss, ob er seine „unheimliche Thätigkeit“ immer noch weiter entwickeln dürfe. Die Staatsanwaltschaft nahm sich des Beleidigten an, indem sie gegen den Verfasser des Artikels, den Mediziner Oswald Knorr Anklage erhob. Gestern fand vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg unter dem Vorsitz des Amtsrichters von Arnim die Verhandlung statt. Der Angeklagte erklärte, daß er alles in dem Artikel Gesagte aufrecht halte und einen umfangreichen Wahrheitsbeweis antreten wolle. Er berufe sich auf eine ganze Anzahl Zeugen, vornehmlich auf den Stabsarzt a. D. Dr. Sternberg, den Hauptmann von Brecker und den Parrer Witte darüber, daß derselben von Dr. Mittenzweig für geisteskrank erklärt worden seien, obgleich sie es nicht waren, wie dies auch von anderen Psychiatern anerkannt worden sei.

Der Gerichtshof lehnte alle diese Anträge ab, da sie zu der vorliegenden Strafsache, in der es sich lediglich um die Frau B. handle, in keiner Beziehung ständen. Der Vorsitzende stellte sodann aus dem Akten fest, daß Frau B. dreimal auf Grund ärztlicher Gutachten als gemeingefährlich irrsinnig in Anstalten für Geistesranke untergebracht worden war. Als es sich um ihre Entmündigung handelte, wurde sie vom Kreisphysikus Dr. Mittenzweig untersucht, der sich den Gutachten seiner Kollegen angeschlossen sei die Aufhebung des Entmündigungsbeschlusses durch die beiden höheren Instanzen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Artikel in mancher Beziehung thatsächliche Nichtigkeiten enthalte, auf eine Gefängnisstrafe von drei Wochen,

außerdem sei der Tenor des Erkenntnisses in üblicher Weise durch gerichtlichen Anhang und durch die in Charlottenburg erscheinende „Neue Zeit“ zu veröffentlichen.

Konkordanzrecht und großer Unfugparagraß. In der „Ameise“, dem Verbandsorgan der Porzellanarbeiter hatte folgende Notiz gestanden: „Die Sperrung ist über folgende Orte verhängt (hierauf folgten die Namen). Mitglieder, die in diesen Orten in Arbeit treten, werden vom Verband ausgeschlossen.“ Daraus erhielt der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift, Porzellanarbeiter Jahn, ein Strafmandat, das auf sechs Wochen Haft lautete. Er sollte großen Unfug verübt haben. Das Schöffengericht erkannte dann auf vierzehn Tage Haft und das Berufungsgericht ermäßigte die Strafe auf 50 Mark Geldbuße. Die Gerichte stellten fest, daß die Zeitung von den 6 bis 7000 Verbandsmitgliedern unentgeltlich bezogen wird, daß aber außerdem noch eine Anzahl Postabonnenten vorhanden sind und daß jeder, der die Zeitung wünscht, darauf abonnieren konnte. Als Denunziator war im vorliegenden Falle die Firma Schäfer u. Vater in Rudolfsradt aufgetreten, dieselbe hatte drei Exemplare der „Ameise“ der hiesigen Hütten von Gesez und Ordnung übermittelt. Die Strafkammer war der Meinung, daß die Notiz besonders insoweit einen Druck auf das Publikum ausgeübt und eine Beunruhigung desselben hervorgerufen habe, als sie den Ausschluß aus dem Verband androhe. Die Arbeiter seien zur Niederlegung der Arbeit bzw. zur Nichtarbeit genötigt und in der Freiheit ihrer Entschließung beschränkt worden. Im höchsten Maße hätte aber die Notiz auf die Arbeitgeber beunruhigend gewirkt. Die Revision des Angeklagten Jahn vertrat in der mündlichen Verhandlung vor dem Strafsenat des Kammergerichts am 4. Juni Rechtsanwalt Freudenthal. Es wurde geltend gemacht, daß der Bordenrichter den § 360 (11) des Strafgesetzbuches unrichtig angewandt und den § 152 der Gewerbe-Ordnung verletzt habe. Der Angeklagte hätte nur von dem Rechte Gebrauch gemacht, welches der § 152 der Gewerbe-Ordnung den Arbeitern gewährt, um ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Arbeitgebern gemeinsam vertreten zu dürfen. Der Strafsenat gab aber dem Antrage des Rechtsanwalts Freudenthal, die Vorentscheidung aufzuheben, nicht statt, sondern beließ es bei der Verurteilung. Die Art und Weise, wie Jahn geglaubt habe, die Rechte aus § 152 der Gewerbe-Ordnung ausüben zu dürfen, sei geschwehrt. Sie sei geeignet gewesen, Aergerniß zu erregen, und eine Beunruhigung des Publikums stehe thatsächlich fest!

In Kottbus spielte sich im Anschluß an den Tuchmacherstreik am Freitag abends eine Gerichtstragödie ab, die sowohl durch die Schwere der Verurteilungen als auch durch das Auftreten des Staatsanwalts ein markantes Gepräge erhielt. Angeklagt waren eine Reihe blutjunger Leute, die Arbeiter Mathien, 19 Jahre alt, Buder, 23 Jahre alt, Richter, 19 Jahre alt, Kroll, 22 Jahre alt, Puschert, 19 Jahre alt, Brannaschl, 21 Jahre alt. Die Angeklagten, mit Ausnahme Richters, arbeiteten in der Färberei des Fabrikanten Geißler und legten infolge des Streiks die Arbeit nieder. Dem Färbereibesitzer Geißler war es gelungen, einige Arbeiter zu finden, welche sich in Gegensatz zur kämpfenden Arbeiterchaft stellten und bei dem Unternehmer Beschäftigung nahmen. Sie wurden am 20. Februar von den angeklagten jungen Leuten angefallen und einem derselben, dem früheren Hausdiener Jacob, ist eine zwei Zentimeter breite und drei Zentimeter tiefe Wunde an der Schulter beigebracht worden, durch welche Jacob angeblich fünf Wochen und zwei Tage arbeitsunfähig geworden ist. Diese Noththat, die nur durch die Jugend der Angeklagten und zweifellos auch durch deren Unbekanntheit mit den Lehren der Sozialdemokratie erklärt werden kann, gab der Staatsanwaltschaft Veranlassung, Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs zu erheben. Der Fall hatte daher das Schwurgericht zu beschäftigen. Durch die Angeklagten selbst wird festgestellt, daß sich alle in oder dicht bei der Menge befunden haben, welche auf Jacob eindrang. Einer hat immer den anderen gesehen, auch wollen mehrere der Angeklagten gesehen haben, wie der oder jener auf Jacob geschlagen habe. Es wirft ein Licht auf die Führung der Verhandlung, daß den Geschworenen zum Schluß der Beweisaufnahme noch das auch von uns feinerzeit mitgetheilte Urtheil der Strafkammer vom 30. v. M. nebst Begründung vorgelesen wurde, um den Geschworenen ein Bild der damals „hier herrschenden Zustände“ zu geben.

Nach Wiedereröffnung werden den Geschworenen etwa 30 Fragen zur Beantwortung vorgelegt, welche in der Hauptsache dahin lauten, ob die Angeklagten an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, welche mit vereinten Kräften gegen Personen Gewaltthatigkeiten beging, theilgenommen habe. Der erste Staatsanwalt betont, (wie folgen einem Bericht der „Vollk.-Ztg.“) daß die Ursache dieses Vorfalls der Textilarbeiter-Ausstand war, welcher die Bevölkerung wochenlang „gequält“ und „geängstigt“ habe. Während im vorigen Falle einfacher Landfriedensbruch vorgelagert, handelte es sich hier um einen schweren Landfriedensbruch, der die Jugend der Angeklagten hervorgerufen und behauptet, daß die Hauptschuldigen, welche man wie gewöhnlich nicht fassen konnte, nicht die Angeklagten, sondern jene gewissenlosen Menschen seien, welche durch ihre „Heterieen“ den Streik in Szene gesetzt hätten. Eine Anzahl „gewissenloser feiger Menschen“ habe fortgesetzt gehetzt und andere zu einem so „wahnsinnigen“ Streik aufgestachelt, sie seien an dem ganzen Unglück schuld. Im Hauptquartier bei dem Gastwirth Ulrich sei den jungen Leuten der Wahnsinn eingetrichtert worden, durch solch „unsinnigen Streik“ mehr zu erreichen, als die Fabrikanten bewilligen konnten.“ Dieser Ulrich sei einer der Heterie- und gewissenlosen Menschen“, bei ihm sei das Hauptquartier der Streikenden gewesen, er habe dabei so wie andere Heterie sein Schäfchen geschoren, indem die als Unternehmung gegebenen Streikgroschen hier gleich wieder vertunken worden seien.“ Bei ihm hätten sich die jungen Leute Weisheit geholt und getrunken und wären so zu unglücklichen Opfern geworden. Die Angeklagten seien mit Ausnahme Brannaschl's sämtlich des schweren Landfriedensbruchs schuldig. Brannaschl habe sich jedoch nur des einfachen Landfriedensbruchs schuldig gemacht. Ausgenommen Buder beantragte er für alle Anklage mildernde Umstände.

Reiner unserer Leser wird und zumuthen wollen, diese sozialpolitische Rede des Staatsanwalts auch nur mit einem Worte zu widerlegen, inwiefern sie neuerdings bei ähnlichen Gelegenheiten so ziemlich an allen Orten des Deutschen Reiches in ziemlich gleicher Tonart gehalten wurde.

Die Verteidiger suchten darzulegen, daß entweder überhaupt von Landfriedensbruch bei dieser Prügelei gar keine Rede sein könne oder aber daß die Schuld ihrer Klienten gar nicht als erwiesen zu erachten sei.

Nach erfolgter Berathung verkündeten die Geschworenen durch ihren Obmann Hauptmann a. D. Pehlow, daß die Frage betreffs schweren Landfriedensbruchs bei allen Angeklagten mit mehr als sieben Stimmen bejaht worden sei. Buder seien sämmtlichen Angeklagten mildernde Umstände bewilligt. Hieran beantragt der Staatsanwalt gegen Buder 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Mathien, Richter, Kroll und Puschert je 2 Jahre Gefängnis, gegen Brannaschl 1 Jahr Gefängnis. Die Verteidiger ersuchen sämmtlich um Herabsetzung der Strafe und um eventuelle Anrechnung der Untersuchungshaft. Nach einviertelstündiger Berathung verkündet der Gerichtshof das Urtheil dahin: Die Angeklagten sind der Theilnahme am Landfriedensbrüche schuldig und ist deshalb unter Bezugnahme auf die „Gefährlichkeit der damaligen Situation“ erkannt bei Buder auf zwei Jahre Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust, bei Mathien und Richter auf je ein Jahr, bei Kroll und Puschert auf je neun Monate, bei Brannaschl auf vier Monate Gefängnis. Die Angeklagten erklären mit Ausnahme Buder's, ihre Strafe sofort antreten zu wollen.

Der Gnadenurlaub des Herzogs von Anhalt und das Reichsgericht. Das Reichsgericht verwarf die Revision in Sachen des Himmelmanns Höhne, welcher vom Landgericht Dessau wegen Unterschlagung und strafbaren Eigennutzes zu Gefängnis verurtheilt worden war. Höhne hatte geltend gemacht, der Gnadenurlaub des Herzogs von Anhalt vom 22. Mai müsse die Niederschlagung des Prozesses zur Folge haben, und demgemäß Einstellung des Verfahrens beantragen. Das Reichsgericht war der Ansicht, daß ein derartiges Niederschlagungsrecht die Erledigung eines beim Reichsgericht anhängigen Prozesses nicht hindern könne, da das Reichsgericht nicht im Namen des Herzogs von Anhalt, sondern in dem des Reichs Recht spreche. Das Niederschlagungsrecht des Herzogs von Anhalt finde seine natürlichen Schranken innerhalb der Grenzen von Anhalt.

Vermischtes.

Die Mitglieder der Andree'schen Nordpol-Expedition segelten Sonntag Vormittag 10 Uhr an Bord des Dampfers „Virgo“ von Gothenburg nach Spitzbergen ab.

Wurzelsepp. In einem uns zugesandten bayerischen Blatte lesen wir: Ein moderner Diogenes ist entschieden der bekannte Wurzelsepp aus München, der nun auch auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung sein Zelt aufgeschlagen hat. Wurzelsepp, eine abenteuerliche Erscheinung mit langem, schneeweissen Bart, einem riesigen Hut auf dem Kopfe, bereitet einen Ezustanschnaps, auf den er sich viel zu gute thut. Bei dem letzten Oktoberfest in München trat der leunfellige Prinzregent mit seinem Gefolge zum Wurzelsepp heran und trank einen Schnaps. Scherzend meinte der hohe Herr: „Du, Wurzelsepp, früher habe ich ihn besser bei Dir getrunken!“ Grob erwiderte der Ezustanschnapsverfertiger: „Du glaubst vielleicht, für Dir wird an extra Burt gebraut? Wanns Di nit paßt, brauchst nit zu mir k'omma!“ Sprach's, verschwand und war nicht mehr zu bewegen, die Entschuldigung des lachenden Prinzregenten entgegenzunehmen.

Der Einsender des Blattes richtet folgende neugierige Frage an uns: Bieviele Monate Gefängnis würden dem Wurzelsepp in Aussicht stehen, wenn er sich in Berlin ebenso bayrisch-grob benommen hätte?

Aus München wird berichtet: Nach Meldungen der Blätter aus Wolfrathshausen wurde dort der Postmeister Freiherr v. Lupin gestern von Wilderern erschossen.

Unsere Postreinhalt. Aus Bayreuth erhält die „Allg. Abend-Zeitung“ eine Mittheilung, die eine Satire auf die postalkalische Einrichtungen im Deutschen Reich darstellt. Die lgl. bayerische Postanstalt verkauft in der Nürnberg-Ausstellung „Jugenannte Postkarten“, die sich von den gewöhnlichen 5 Pf. Postkarten nur durch den Ausdruck des Ausstellungsgeländes auf der Vorderseite der Karte unterscheiden. Bei einem Besuch der Ausstellung fertigte der Einsender der Mittheilung eine solche Karte nach Leipzig ab. Bald darauf erhielt er nun die Nachricht, daß diese offizielle lgl. bayer. Postkarte von der kaiserlich deutschen Post mit einem Strafporto von 15 Pf. belegt wurde, da ein Bildausdruck auf der Vorderseite der Karte nicht zulässig sei!

Aus New-York wird berichtet: Der bekannte Eisenbahnunternehmer Austin Corbin wurde während einer Spaziersahrt mit seinem Entel durch Unstürzen der Equipage getödtet. Der Kutscher blieb ebenfalls todt, der Entel Corbin's ist schwer verletzt.

Die Cholera in Egypten ist in stetiger Abnahme begriffen. In Alexandrien kamen Sonnabend nur 4, in Kairo 18 Erkrankungen vor.

Scuilität. Fürst Bis marck hat, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, vor kurzem den holländischen Verweis „Meisteringer van den Berg“ empfangen, sich von ihm (nach Auffage van den Berg's) etwas vorbringen lassen und ihm ein Kompliment über seine kräftigen ... Armmuskeln gemacht.

Briefkasten der Redaktion.

Viele Gritzer. Anonyme Einsendungen berücksichtigen wir nicht.

G. W., Ra-iro. — Kleinschmidt, Scheidung, N. 83, 7. 12. Ja. — G. W. 25. In nichts anderes vereinbart, so kann jedes gewerbliche Arbeitsverhältnis unter Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist, und zwar an jedem Tage, aufgehoben werden. Es ist die Ausnahme, daß nur an einem Sonnabend die Kündigung ausgesprochen werden könne, durchaus hinwählig.

C. W. 44. Das Recht auf Rückforderung der Hälfte von mindestens 235 Liebes-Wochenmarken steht auch der verheirateten Frau innerhalb 3 Monaten nach ihrer Heirat zu, die als Frau weiter lebt. Nur werden die vor der Heirat geleisteten Beiträge bei etwaiger späterer Alters- oder Invalidenrente nicht berücksichtigt. — Bauer. 1. Ja. Verordnung vom 20. November 1844. 2. Ja. — G. W., Leopoldshaus, § 22 des Statuts läßt gegen den Entschaid des Vorstandes bei Unterschlagungs-Ansprüchen keinen Rechtsweg zu. Um übrigen scheint bezüglich der Aufstellung der Vorstand sich im Rahmen seiner Befugnisse bewegt zu haben. — J. Rein.

Textilarbeiter-Verband Deutschlands.
(Filiale I Berlin.)
Am Sonnabend, den 6. Juni verstarb unser Mitglied, der Weber
Otto Nönnich
im Alter von 52 Jahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juni, nachmittags 5 Uhr auf dem Kirchhof in Nixdorf, Rudowstrasse statt. — Die Mitglieder werden ersucht sich recht zahlreich zu betheiligen.
197/17 Der Vorstand.

Allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß mein guter Mann heute früh, 4 Uhr, nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 21016 Nixdorf, den 8. Juni.
Witwe **Wernicke** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Nixdorfer Kirchhof aus statt.

Danksagung.

Für die herrliche Theilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Mannes, Bruders, Vaters und Schwiegervaters, des Tischlers **Louis Rouwolf**, sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den werthen Kollegen der Firma **Venedig** unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden u. Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser guter unvergeßlicher Sohn **Alfons Häbner** im Alter v. 13 Jahren nach eintägigem Krankenlager am Montag früh 4 Uhr an Scharlach verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juni, nachm. 5 Uhr, auf dem Böhm. Kirchhof am Halleschen Thor statt. Die in ihrem Schmerze tief gebeugten Eltern **Adolf Häbner** nebst Familie, Wilhelmstr. 134. 916

Blumenhandlung
P. Abramowitz, Gländersstraße 14,
Berlin SW. 49733
Kränze, Bouquets, Topfgewächse,
Guirlanden u. s. w.
Billigste (Marktthallen) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderei und Blumenhandlung 4974L
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
Bildungs-Kränze, Guirlanden, Bassirischen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Zither, gute, zu verkaufen,
Straß Nr. 63. 20906
Bobelbänke verkauft Nürnberg,
Chausseest. 2e. Das sind auch Zwerg-
Kesseln zu verkaufen. 20916
Kleiderp., Vertilow, ganze Zimmer-
einrichtungen bill. Meyer, Raungr. 3.

Angeschmuckte Languetten-Damenhemden, hochfeine Waare, 1/4 Dbd. 4,50 M. **D. Meyerson,** Blumenstr. 61.
Vereinszimmer mit Piano oder auch als Jubiläum zu vergeben.
20086] **G. Glauo,** Krausenstr. 18.

Arbeitsanfrage **W. Pahr,**
Brunnenstr. 112.
Kolonialwaren-Geisäß
In mit Waaren für 1000 M. zu vert. (Eig. Einrichtung. 34 Hl. Meithe 480 M. Näheres Volkstr. 44. 20886

2. Wahlkreis.

Wittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der
Bock-Brauerei, Fidiestraße:

Oeffentl. sozialdem. Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten R. Fischer.
2. Diskussion. 3. Abrechnung von der Waisfeier.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer.

Achtung! Parteigenossen des 6. Wahlkreises. Achtung!

Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Volks-Versammlung

in B. Raabe's Salon, Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung:

1. Der Mittelstand und der Sozialismus. Referent: Reichstags-Abgeordneter Kloss.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung der Delegirten

im Louisenstädtischen Klubhaus, Anuenstr. 16.

Tages-Ordnung:

1. Der Streit der Putzarbeiter und Arbeiterinnen.
2. Der Streit der Angestellten der Privatpost in Berlin.
3. Bericht über die Streiks der Tabakarbeiter, Schuhmacher und Musikinstrumenten-Arbeiter.
4. Gewerkschaftliches.

Die Delegirten werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

2095b

Der Ausschuss. J. A. R. Millarg.

Buchdrucker!

Sonntag, den 14. Juni 1896, vormittags 10 Uhr,
in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29:

Allg. Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung des Gehilfenvertreters über die Tarifverhandlungen.
2. Diskussion.

Um vollzähliges Erscheinen wird dringend ersucht.

85/17

Der Einberufer: Massini.

Metallschleifer!

Heute, Dienstag, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstr. 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie können wir die gegenwärtige günstige Geschäftslage für uns ausnützen? Referent: Paul Litzin.
2. Wie stellen sich die Mitglieder der „Freien Vereinigung der Metallschleifer“ zum Anschluss an den Berliner Metallarbeiter-Verband.
3. Wahl eines Vertrauensmannes.

Zahlreiches Erscheinen notwendig.

282/19

Dachdecker!

Wir fordern alle, die noch im Besitz von Eisten sind, auf, dieselben so
schnell wie möglich abzuliefern an Neuter, Brunnenstr. 85.

Die Firma S. Mah, Chorinerstr. 22, ist bis auf weiteres
gesperrt. Die Lohnkommission.

Achtung! Rixdorf! Achtung!

Wittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr, in den Viktoria-Sälen,
Hermannstr. 48-50:

Gr. Volksversammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Frau Mesch über: Frauenpflichten und Frauenrechte. 2. Diskussion.

Es ist Pflicht der Frauen und Männer, zahlreich und pünktlich in
dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Einberuferin Frau Poddanis.

Spandau.

Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale
der Brauerei Bichelsdorf:

Oeffentliche Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Politische und wirtschaftliche Tagesfragen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgnow.
2. Diskussion. 3. Ergänzung der Lokalkommission. 4. Verschiedenes.

265/20

Die Vertrauensleute.

Charlottenburg.

Wittwoch, den 10. Juni 1896, abends 8 1/2 Uhr, Bismarckhöhe:
Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Wagner-Berlin. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über ein Sommerfest. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Maurer!

Dienstag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Feen-Palast, Burgstr. 22:

Grosse öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.

Tagesordnung: Bericht über unseren Streik.

Wittwoch, den 10. Juni, vorm. 10 Uhr, im Feen-Palast, Burgstr. 22:

Große öffentliche Versammlung aller streikenden Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

Welche Aufgaben haben die streikenden Kollegen zu erfüllen?
Die Lohnkommission.

140/6

Concordia

Allgem. Versicherungs-Gesellschaft
in Kiel

versichert in der Kranken-Zuschußkasse
männliche u. weibliche Personen ohne
ärztliche Untersuchung und ohne
Unterschied des Berufs in Höhe von
1-3 M. täglich. 58332*
Aufnahmen u. nähere Auskunft erteilt
Emil Paul, Adalbertstr. 71.

Gardinen- Reste

von 2 bis 4 Fenstern,
erdre und weiß,
M401/61 spottbillig, empfiehlt
J. Adler Teppichfabrik,
Spandauerstr. 30,
gegenüber dem Rathhause.
Reichillustr. Preisliste grat. u. franko.

Feder-Abfälle!

Oberleder, groß und klein, billige
Blätter, sohlend. Köpfe u. Wäuche,
brandsohlend. Wäuche u. stiel preis-
werth am Lager.

A. Zerkowski,
Berlin C., Klosterstr. 5/6.

Gänzlicher 14866*

Möbel-Ausverkauf

wegen Räumung des Ladens zum
Selbstkostenpreise.

Fr. Anna Wildberger,
Lübeckstraße 31 (Moabit).

Georg Wagner

Uhrmacher
jetzt
Skalitzer-
Strasse 126,
nahe Kottbuser Thor,
Uhren, Goldwaaren etc., sowie
alle Reparaturen. (1206b)

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

Die Kollegen der Tischler-Werkstatt
von Trompler, Niedereckerstraße 7,
und der Sargtischlerei von Robert,
Potsdamerstr. 114 (Werkstatt Steinmeh-
straße 6) haben wegen Lohn Differenzen
die Arbeit eingestellt.
Zugang fernhalten!

Die Ortsverwaltung
des Deutschen Holzarbeiter-
Verbandes. 291/4*

Achtung! Klavier-, Klaviatur- und Piano- mechanikarbeit Berlins.

Der Streik ist am 5. d. M. als be-
endigt erklärt worden, doch sind 5-600
Arbeiter nicht wieder eingestuft, somit
als gemäßigert zu betrachten. Wir
ersuchen die Kollegen von außerhalb,
sowie die Tischler Berlins, den Zugang
nach obigen Fabriken fernzuhalten.
286/12* Die Lohnkommission.

Tailenarbeiterin!

Gebilde tüchtige Arbeiterinnen finden
bei hohem Lohn dauernde Stellung.
Behrenstr. 24, 2 Tr. r. 2002b

Tüchtige Mechaniker
bei hohem Verdienst sofort verlangt
Aktien-Gesellschaft Mir & Genst.

Schloßer, geliebt auf Nähmaschinen u.
Schraubendreher, selbständ. arb.
verl. Dertmann u. Co., Andreasstr. 92.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute, Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Koller
(großer Saal), Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Kassenbericht vom ersten Quartal. — Bericht des Vorstandes der Werk-
statt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. — Abrechnung vom
Tischlerstreik. — Bericht vom Gewerkschafts-Kongress.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Diejenigen Kollegen, welche noch im Besitz von Eisten sind,
werden ersucht, dieselben baldmöglichst an die Stellen, von denen dieselben
entnommen sind, oder an Gronert, Mantuffelstr. 64, Hof 4 Tr., abzuliefern.

Achtung! Putzer! Achtung!

Mittwoch, den 10. Juni, abends 6 Uhr, Grenadierstr. 33:

Versammlung der Baudeputirten der Putzer.

Tages-Ordnung:

Wichtige Mitteilung der Kommission. (Jeder Bau muß vertreten sein.)
Die Differenzen auf dem Bau Graunstr. 10 (Innenputzer) sind ge-
regelt. Auf dem Bau Mohrstraße, Unternehmer Schöne, haben Innenputzer
die Arbeit für 19 Pf. pro Quadratmeter begonnen. Die Arbeitsharzen
1088, 1089, 1090, 484 der Kolonne des Kollegen Meier sind für
ungültig erklärt. Graunstr. 4 ist die Arbeit vom Putzmeister Scharf über-
nommen. Auf dem Bau Kirchfeld, Nizdorf, Gde Bergstraße, arbeiten
6 Innenputzer ebenfalls für 19 Pf. pro Quadratmeter. Dies den Kollegen
zur Kenntnis. 140/5

Die Lohnkommission der Putzer Berlins und Umgegend.

Freie Vereinigung der Kaufleute Berlins.

Mittwoch, den 10. Juni 1896, abends präz. 9 Uhr, im Lokale des
Herrn Busching, Neue Nohstr. 3: 298/0

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Schlemmig aus Dresden über: Wirt-
schaftliche und politische Macht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Die Mitglieder haben die Pflicht, vollzählig zu er-
scheinen. Der Vorstand.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Mittwoch, den 10. Juni 1896, abends präzise 8 Uhr, im Königshof,
Wollowstraße 37:

Große öffentl. Versammlung der Kunstschmiede und Schlosser.

Tages-Ordnung:

1. Der Werth der Verkürzung der Arbeitszeit. Referent: Paul
Litzin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 282/18
Besonders sind die Kollegen des Südens, Südwestens, Westens und
Charlottenburgs und Schönebergs eingeladen.
Kollegen, erscheint Mann für Mann, da wichtige Beschlüsse zu fassen
und zeigt durch zahlreiches Erscheinen, daß auch wir willens sind, unsere Lage
zu verbessern.

Der Vertrauensmann der Schlosser Berlins.

Paul Quaast, NO., Höchststr. 4, Ausgang O., 3 Treppen.

Max Richter, Grüner Weg 65, Vereinsgeschäft.
(Mary, Engels, Bassalle) jeder Größe nebst Bildereintrahlung. Saal-
decoration, Stocklaternen u. so gros und so detail. 52621*

Gartenkugeln in allen Farben.

Papierlaternen,

Luftballons, Drachen, Kinderfahnen etc.

empfehlen in grosser Auswahl zu billigen Preisen 2089b

Kühnert & Co., Berlin C., Seydelstr. 25.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M.
Plomb. 1.50. Rep. sof. Theilzahl. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

B. Günzel, Lothringersstraße 52. Spezialität: Porträts
Bassalle, Mary u. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen
Widern u. dgl. sowie jede Prechlerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstaurant)

Kostenfreie

ärztliche Behandlung Minderbemittelter.
Tägl. 9-5 Uhr. Neue Königstr. 22, I.

Schmiedel's Festsäle,

Alte Jakobstr. 92, neben Centraltheater.
Ich empfehle meine eleganten Fest-
säle zur Abhaltung jeder Festlichkeiten,
Kommerse, Versammlungen u.
52988* Wwe. C. Schmiedel.

Mühlenstraße 8,

nahe Oberbaum, ist ein freundlicher
Saal nebst Küche und Zubehör, für
jedes Geschäft passend, billig zu ver-
mieten. 52852*

Sofort zu verm. then

2 Zimmer und Küche (gute Geschäfts-
gegend) gegen Uebernahme d. Bedienung
bei einem Monatsw. u. monat. Miethe
v. 15 M. Off. Rosenthalerstr. 58, I. I.

Möbel, gebrauchte, taugt Barow
Kofentbalerstr. 18.

Möbl. Zimmer zu verm. (sep. Eing.)
Steglichestr. 20, 4 Tr. Gartenb. Krenier.

Die Kieler Brückenkatastrophe vor Gericht.

Ein für die Kennzeichnung eines modernen Großbetriebes äußerst interessanter Prozess wurde am Sonnabend, den 6. Juni, vor der Kieler Strafkammer verhandelt. Es handelt sich um jenes furchtbare Brückenunglück, das am 14. August v. J. auf der Germania-Werft zu Kiel sich ereignete, und 13 braven Arbeiter das Leben kostete. Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal statt, unter den zahlreichem, dem Arbeiterstande angehörenden Zuhörern befinden sich auch einige Frauen, welche durch das Unglück frühzeitig zu Wittwen geworden sind. Der Beginn der Verhandlung verzögert sich durch die Herbeischaffung des corpus delicti, bestehend aus einem gebrochenen, 20 Centimeter dicken Balken, dessen Enden 5 resp. 7 Meter lang sind und von 10 Gefangenen herbeigeschleppt werden. Unter den Sachverständigen befindet sich der Gewerbe-Inspektor für Schleswig-Holstein, Wallentus mit Namen.

Als Angeklagte sind erschienen der Platzmeister Hinrichsen, 29 Jahre alt, der Obermeister Ehrhorn, 63 Jahre alt, und der Direktor Hagen, 49 Jahre alt. Die beiden ersten Angeklagten sind unbestraft, Hagen ist dreimal wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt als Student bestraft worden.

Alle drei Angeklagte werden beschuldigt, am 14. August 1895 auf der Germania-Werft zu Gaarden bei Kiel den Tod von 13 Menschen fahrlässiger Weise verschuldet zu haben und zwar durch den Bau einer Brücke, die von dem Transportdampfer „Bona“ über einen künstlichen Torpedojäger hinweg nach dem Lande führte und augenscheinliche Mängel zeigte.

Die Vernehmung des Angeklagten Hinrichsen, welche zuerst stattfand, zeigt, was für Qualifikationen mitunter schon genügen, um technisch verantwortliche Posten bekleiden zu können. Hinrichsen ist im Jahre 1894 von dem Direktor Zimmermann, welcher jetzt beim Vulkan in Stettin Direktor ist, zum Transport schwerer Gegenstände und zum Bau von Brücken und Stellagen angenommen worden. Da Hinrichsen, der früher Landarbeiter war und beim Bau des Nord-Ostsee-Kanals die Stelle eines Baggermeisters bekleidete, keine Ahnung von dem Bau einer Brücke hatte, so schloß er sich veranlaßt, dies dem früheren Direktor mitzutheilen, er erhielt aber zur Antwort, er solle sich man an die alten Vorarbeiter halten und er würde es schon lernen. Er hat darauf Stellagen und Brücken gebaut und auch am Sonntag, den 11. August, vormittags von dem Mitangeklagten Ehrhorn den Auftrag erhalten, von dem im Bau begriffenen „Floyd-Dampfer „Bona“ eine Brücke über den Torpedojäger hinweg nach dem Lande zu schlagen. Hinrichsen behauptet ferner, daß ihm nichts darüber gesagt wurde, wie stark die Brücke sein sollte, er hätte dem Ehrhorn Mitteilung gemacht, daß er zwei Balken à 1 Meter Länge habe, und nachdem dieser es für gut befunden, sei die Brücke unter Leitung des Vorarbeiters Doose gemauert worden, indem über die beiden Balken Querbretter gelegt, welche festgenagelt wurden, was jedoch die Anlage beschränkt. Die so hergerichtete Brücke war 1 1/2 Meter breit und hatte als Geländer ein Tau, welches an Stäben befestigt war. Ehrhorn habe sich um den Bau der Brücke gar nicht gekümmert, er sei erst wiedergekommen, als die Brücke fertig war.

Der Angeklagte Ehrhorn erklärt auf Befragen, daß er zum dritten Mal auf der Germania-Werft beschäftigt ist, zuerst seit dem Jahre 1894. Er bekleidet die Stelle eines Platzmeisters und ist für den gesamten äußeren Betrieb verantwortlich. Ihm sei am 11. August 1895 vom Direktor Hagen der Bau einer Brücke übertragen worden, welchen Auftrag er dem Hinrichsen übertrug. Auf Befragen des Vorlesenden, ob er denn nicht gewußt habe, daß H. keine Brücken bauen könne, erwidert er, daß ihm nichts davon bekannt war, er habe auch den H. nicht angeleitet, sondern nur einmal gezeigt, wie man eine Brücke schlägt. Als die betreffende Brücke gebaut werden sollte, hat er mit Hinrichsen über die zu benutzenden Balken gesprochen und sich dann bei dessen Angabe, daß solche von 12 Meter Länge und 18 resp. 20 Zentimeter Dicks gefunden seien, beruhigt, nachdem er zu wiederholten Malen fast allen Vorarbeitern den Auftrag gegeben, nur das beste Material zu verwenden. Da Hinrichsen die letzte Angabe entschieden bestritt, vor allem aber, daß Ehrhorn gesagt hätte, nehmen Sie nur Balken, die gesund und stark sind, so entschloß sich schließlich dem Ehrhorn die Worte, daß ihm kurz nach dem Stapellauf des deutschen Panzerschiffes „Siegfried“ und des Aviso „Meteor“ der frühere Direktor Zimmermann gesagt hätte, geben Sie den Meistern nicht zu kurze Hand, sonst werden wir nicht fertig und können die Bude schließen.

Direktor Hagen befindet, daß er seit dem Jahre 1889 auf der Germania-Werft beschäftigt ist und seit 1895 Direktor derselben ist. Er wußte, daß Hinrichsen Baggermeister war; er war mit ihm sehr zufrieden, da er die Arbeiter tüchtig an die Arbeit hielt, dagegen ist Hinrichsen über seine Fähigkeiten nie geprüft worden. Weiter deponiert der Direktor, daß er die Oberleitung über die gesamte Werft hatte und Ehrhorn sein spezieller Vertreter war.

Der Schiffszimmermann Hüllenwerth will von Ehrhorn gehört haben, daß dieser zu Hinrichsen sagte, nehmen Sie zum Bau der Brücke große starke Spieren (Mundhölzer), wogegen der Vorarbeiter Doose, der unter Hinrichsen's Kommando die Brücke gebaut hat, mit Bestimmtheit erklärt, lange kräftige Mundhölzer hätten gesehlt.

Besonderes Interesse erweckt die Aussage des Arbeiters Bachs. Als dieser aus dem Munde Hinrichsen's hörte, daß er Spieren abgemessen habe, womit sich Ehrhorn beruhigte, hätte er zu erstem gesagt: Das sind doch keine Spieren, das sind ja Geste (gebrauchte Balken); aber Hinrichsen hätte kurz sehr drastisch entgegnet, dieselben würden schon halten.

Der als Sachverständiger anwesende Gewerbe-Inspektor Wallentus hält den Balken bei 10 Meter Spannweite für zu schwach, da er auch durch sein Alter unzuverlässig sein mußte. Die Beschaffenheit des Holzes konnte der Angeklagte Hinrichsen nicht kennen, da er nicht Zimmermann ist. Werlangen mußte man aber, daß ein Platzmeister Holz zu beurtheilen kann. Nicht auffallend hätten sich in den letzten zwei Jahren auf der Germania-Werft die Unfälle gehäuft, sie betragen im Vergleich mit der Kieler Howald'schen Werft, wo 100 Arbeiter gegen 1100 der Germania-Werft beschäftigt werden, gerade die doppelte Zahl. Hauptursache sei der häufige Wechsel auf der Germania-Werft, während bei Howald ein fester Arbeiterstamm zu finden ist. So waren auf der Germania-Werft in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1894 104 Unfälle, bei Howaldswerft 44. Vom 1. Oktober 1894 bis 1. April 1895 Germania-Werft 156, Howaldswerft 51 Unfälle. Vom 1. April bis 1. November 1895 Germania-Werft 146, Howaldswerft 44 Unfälle. Vom 1. November 1895 bis 1. April 1896 Germania-Werft 74, Howaldswerft 34 Unfälle. Die rapide Abnahme des letzten halben Jahres ist der verstärkten behördlichen Kontrolle zu verdanken. Der Werftdirektor hält den Inspektionsbeamten insofern für das Unglück für verantwortlich, als er die Verpflichtung der Revision hat und es hätte ihm nicht entgehen können, daß die Brücke zu leicht gebaut war.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Ehrhorn und Hinrichsen je ein Jahr Gefängnis und gegen den Direktor Freisprechung.

Die Vertheidiger plädieren sämtlich für Freisprechung. Nach nur kurzer Beratung verkündet der Präsident das für sämtliche Angeklagte freisprechende Urtheil. Der Gerichtshof hätte sich nicht nach den Aussagen der Sachverständigen davon überzeugen können, daß der zerbrochene Balken nicht geeignet zur Verwendung war. Der Direktor könne bei einem so umfangreichen Betrieb nicht für alle Arbeit verantwortlich gemacht werden. Dem Hinrichsen hätte man die Qualifikation als Fachmann nicht zusprechen können und Ehrhorn war mit Arbeit derart überhäuft, daß es ihm unmöglich war, alles selbst zu überwachen.

Dieses freisprechende Urtheil dürfte allgemeines Aufsehen erregen, da das Unglück durch die Unkenntnis eines Mannes verschuldet ist, der keinerlei Fachkenntnis, aber geeignet erscheint, die Leute tüchtig an die Arbeit zu treiben. Nehmlich verhält es sich bei der noch ungefähren Kesselerplosion des auf der Germania-Werft erbauten Torpedojägers. Auch hier war die Hauptursache ungenügendes Personal zur Oberleitung. Zwei Unfälle, die 26 Menschenleben kosteten, gehen ungeführt aus, weil es dem kapitalistischen Großbetrieb gelungen war, die Schuld auf soviet Personen abzuwälzen, daß kein Schuldiger zu finden war. Möge die Erinnerung an die Opfer endlich einmal ein Gesetz schaffen, welches das Großkapital für seine Unthaten verantwortlich macht.

Verfassungen.

Der Verband der Barbier, Friseur und Perrückenmacher (Zweigverein Berlin) hielt am 4. Juni seine Mitgliederversammlung bei Wille, Andreasstr. 26, ab. Einige Beschwerden über den Arbeitsnachweis wurden auf Antrag des Vorstandes als ungerechtfertigt zurückgewiesen. Der Vorsitzende machte noch im Auftrag des Krankenkassen-Vorstandes bekannt, daß Kollegen bei Verletzungen nicht die Unfallstationen benutzen sollen, da verschiedenen Mitgliedern für einfache Schnittwunden 3-4 M. abgenommen wurde, die Kasse aber bloß die Hälfte zurückerhalte.

Die Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Sonnabend bei Holz eine Versammlung ab, die des schwachen Besuches wegen keine Beschlüsse faßte. Es wurde nur darauf hingewiesen, daß die Firmen, welche die Forderungen der Hilfsarbeiter noch nicht bewilligt haben, in den nächsten Tagen im „Vorwärts“ zur Veröffentlichung gelangen und daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, dafür zu wirken, daß die Sperte über diese Firmen mit aller Strenge durchgeführt werde.

Die Glaser hatten am Sonntag eine öffentliche Versammlung einberufen, um über ihre Lohnforderungen, die sie im Herbst zu stellen gedenken, Beratung zu pflegen. Der Einberufer Storke erklärte, daß die älteren Glasergehilfen so ziemlich gleichgestellt seien mit einem Wochenlohn von 24 M. Bei einer Lohnbewegung kämen mehr die Bodenarbeiter in Betracht. Hauptgeschäft gälte es, den Reuanfundtag zu erörtern. Von irgend einer Erörterung der Frage wurde wegen des allschwachen Besuches Abstand genommen. An Stelle des ausgeschiedenen geschäftsführenden Vertrauensmannes wurde Storke berufen. Ihm wurde aufgetragen, dafür zu sorgen, daß binnen kürzester Frist mit den Listen und Marken abgerechnet werde, weiter wurde er verpflichtet, in 14 Tagen wiederum eine öffentliche Versammlung mit derselben Tagesordnung einuberufen, zu welcher die energischste Agitation betrieben werden müsse.

Über 2500 Maurer waren am Sonntag Vormittag im Feenpalast zur endgültigen Beschlußfassung über den nochmaligen Eintritt in die Bewegung zur Erringung des allgemeinen Neunfundentages versammelt. Einleitend erörterte Silber Schmidt wiederum alle diejenigen Gründe, welche in den vorhergehenden Versammlungen bereits zum Ausdruck kamen und die Veranlassung sind, von neuem einen Vorstoß zu unternehmen, um den Neunfundentag im Baugewerbe allgemein zur Durchführung zu bringen. Der Redner weist sodann darauf hin, daß die Arbeiter im Baugewerbe, speziell die Maurer, durch verschiedene Umstände begünstigt, in der Lage seien, eine Verärgerung der Arbeiterschaft durchzuführen. Doch darf nicht vergessen werden, daß ein zweiter Vorstoß noch mehr Schwierigkeiten mit sich bringen wird, als der erste. Eine irtige Annahme sei es jedoch, wenn geglaubt wird, daß die Junungsmeister den Forderungen abhold sind. Ein Theil hat die Forderungen trotz der Beschlüsse der Junung bereits bewilligt, ein anderer ist sehr gewillt, nachzugeben und verschiedene wundern sich, daß die Arbeiter noch nicht herantreten sind. Der Redner empfiehlt nur bei ganz ruhiger Ueberlegung und nach leidenschaftsloser Diskussion Beschlüsse zu fassen, die dann auch in jeder Weise hochgehalten werden müssen. Nach eingehender Diskussion, in der sich alle Redner für die Arbeitseinstellung am Montag auf den Neunfundentag aussprachen und von einem Redner bekannt gegeben wurde, daß die Maurer aus dem Dombau sich ebenfalls den Beschlüssen der Versammlung wieder, wie bei der ersten Bewegung, anschließen, fand folgende, von der Lohnkommission unterbreitete Resolution mit allen gegen eine Stimme Annahme: Die Generalsversammlung der Maurer erkennt, daß jetzt der richtige Augenblick zwecks vollständiger Durchführung des Neunfundentages einen zweiten Vorstoß zu führen, gekommen ist, und beschließt demgemäß, auf allen Bauten, wo bisher noch zehn Stunden gearbeitet wurden, am Montag, den 8. Juni, die Arbeit niederzulegen. Jeder arbeitende Kollege hat während der Dauer des Streiks pro Tag 25 Pf. für den Streikfonds zu zahlen. Jeder Maurer hat die Pflicht, auf den betreffenden Bauten dahin zu wirken, daß dieser Beschluß zur Durchführung gelangt. Die Versammlung beschließt ferner, daß vom dritten Tage nach Niederlegen der Arbeit Streikunterstützung in Höhe von 150 M. pro Tag und eine Mark pro Kind wöchentlich gezahlt wird. Die Reise-Unterstützung wird in der Höhe bis zu 8 M. gewährt. Hierauf wurde seitens der Lohnkommission folgendes Streikreglement bekannt gegeben: Jeder Streikende erhält eine Streikfarte und hat sich zweimal zur Kontrolle in der Zeit von 9 bis 12 und von 2 bis 4 Uhr zu melden. Davon wird die Auszahlung der Streikunterstützung abhängig gemacht. Jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende erhält eine Arbeitsberechtigungskarte, auf welcher die Beiträge quittiert werden. Die Einzeichnung erfolgt in Listen, die von der Filiale, zu dessen Bezirk der Bau gehört, geführt werden. Außerdem sollen Listen ausgegeben werden, in welche diejenigen eingetragen werden, welche die Arbeit niedergelegt haben. Die Abreisenden haben sich im Zentralbureau zu melden. Das Streikgebiet umfaßt, wie bei der vorigen Bewegung: Berlin, Charlottenburg und Umgegend, Spandauer See, Westend, Schöneberg bis zur Ringbahn, Nixdorf, Stralau, Rummelsburg, Friedrichsberg, Bismarcksdorf, Halensee, Villenkolonie Grunewald. Den Kollegen von Pantow wurde auf eine Anfrage hin bedenklich, daß eine Erweiterung des Gebietes nicht thunlich und ihnen gerathen, selbständig in eine Bewegung einzutreten. Wie in der Versammlung bekannt gegeben wurde, soll am Sonnabend bereits auf mehreren Bauten die neunstündige Arbeitszeit eingeführt sein. Außerdem ist von den Maurern in Dresden ein Schreiben eingegangen, in dem ersucht wird, den Zugang nach dort fernzuhalten, da auch sie gewillt sind, in eine Lohnbewegung einzutreten. — Die nächste

Versammlung findet am Dienstag, den 9. Juni, abends 7 Uhr im Feenpalast statt.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Hutarbeiter, die am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain tagte, wurde über die Situation des Streiks berichtet, die als unverändert zu bezeichnen sei. Die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen halten mit großer Einmüthigkeit und berechtigter Siegeszuversicht zusammen und seien bis jetzt ohne Ausnahme ihrer gerechten Sache treu geblieben. Den Bemühungen der Fabrikanten wäre es zwar gelungen, Streikbrecher in geringer Zahl von außerhalb heranzuziehen, jedoch habe die Kommission der Arbeiter einen wesentlichen Theil derselben mit Reisegeld versehen, und wieder in ihre Heimath geschickt. Wie unangenehm den Fabrikanten die Situation ist, beweise der Umstand, daß der Fabrikant Silbermann einzelnen seiner ausständigen Arbeiter mitgetheilt habe, sie könnten wieder anfangen, wenn sie aus dem Verein austräten. Als diesem Anerbieten nachthätig niemand nachkam, habe Silbermann sich sogar bereit erklärt, die betreffenden auch ohne die Bedingung des Austritts wieder anzunehmen, wenn sie nur anfangen wollten. Auch hierauf sei keiner eingegangen, da die Fabrikanten nur mit der Kommission zu verhandeln hätten, wenn sie mit ihren Arbeitern Frieden schließen wollten. Auch die Meister ständen auf Seiten der ausgesperrten, indem sie keine neuen Arbeiter anlernen. Der Hirschduncker Gewerbeverein, dem die Meister größtentheils angehören, habe das Verhalten derselben gebilligt und einem Meister, der Arbeitskräfte anlernte, dies zu unterlassen bedeutet. Ganz besonders falle aber ins Gewicht, daß der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission den Streikenden die weitgehendste Unterstützung zugesichert habe, weil den Hutarbeitern dieser gerechte Kampf, den sie für die Erhaltung ihrer Organisation führen, in rücksichtsloser Weise von den Fabrikanten aufgezwungen sei. Die Arbeiterschaft von ganz Berlin stände also hinter den Streikenden, weshalb dieselben getrosten Muthes dem weiteren Verlauf des Kampfes entgegensehen könnten.

Die streikenden Privatpost-Angestellten hatten sich am Sonntag im Lokal von Holz abermals zahlreich versammelt. Kapler theilte mit, daß das Gewerbegericht als Einigungsamt nunmehr angerufen worden sei und wahrscheinlich am Dienstag, den 9. Juni, die Verhandlung vor demselben stattfinden werde, wenn nicht etwa die Leiter der Privatpost sich ablehnend verhielten. Nach den weiteren Ausführungen des Redners hatte sich die Situation seit der Versammlung am Freitag wenig oder garnicht verändert; Streikbrecher waren nur wenige zu verzeichnen. Es seien auch mehrfach Beschäftigungen vorgekommen, die nach den Informationen des Redners ohne erheblichen Grund erfolgt sein sollen. Derselbe verpflichtet, die einzelnen Fälle genau zu untersuchen und je nach dem Ergebnis, das im Interesse der Arbeiterschaft Erforderliche veranlassen zu wollen. Noch während Kapler spricht, erscheinen sieben Personen im Saal, deren Anknüpf lebhafteste Bewegung in die Versammlung bringt; die Leute kommen direkt vom Polizeigewahrsam am Alexanderplatz, wo sie während des Sonnabends inhaftirt worden waren. Der Vorsitzende Schumann trug dann verschiedene Einzelheiten bezüglich der Briefbestellung vor, welche einige „Vorgesetzte“ der Ausständigen betreffen und die Pflichterfüllung der Gemeinten als nicht ganz einwandfrei erscheinen lassen. Nach längerer Debatte, die von dem guten Geiste Zeugnis ablegte, welcher unter den Streikenden herrscht, wandte man sich der Regelung der Unterstüßungsfrage zu. Es wurde beschlossen, pro Woche 6 M. zu gewähren und für jedes Kind 1 M. Zuschuß zu geben. Wer nicht mindestens theilweise des Unterstüßungs-Anspruches verlustig gehen will, muß sich täglich zweimal, vormittags und nachmittags, im Bureau melden und seine Karte absteampeln lassen. — Kapler und Schumann sind freiwillig aus der Kommission, welche mit der Direktion der Privatpost vor dem Gewerbegericht verhandeln soll, ausgeschieden, um der letzteren von vornherein jeden Einwand zu nehmen. Auch Müller trat aus demselben Grunde zurück. Die Kommission besteht jetzt aus den Herren Hegeler, Schepf, Ey, Warney und Schröder.

Zu der öffentlichen Versammlung der Steinarbeiter, die am Sonntag im Englischen Garten tagte, gab zunächst der Vertrauensmann Buchmann seine Abrechnung. Danach betragen die Einnahmen nebst Bestand vom 5. Oktober 1895 bis 1. Februar 1896 4235,82 M., die Ausgaben 2911,33 M.; vom 1. Februar 1896 bis 5. Juni Einnahmen nebst Bestand 2091,72 M., Ausgaben 1848,85 M., so daß ein augenblicklicher Bestand von 743,62 M. zu verzeichnen ist. Die Revisoren beklagten die Richtigkeit der gemachten Angaben, worauf dem Vertrauensmann Decharge ertheilt wird. Zur Unterstüßung der seitens der Krankenkasse ausgesteuerten Kollegen — d. h. solcher, welche bereits für 13 Wochen Krankengeld bezogen — steht die Versammlung eine freiwillige Unterstüßungssumme von wöchentlich fünf Mark fest, sofern der Kranke im Stande ist, sich über zweijährige Mitgliedschaft der Organisation auszuweisen. Dahingehende Meldungen sind an den Vertrauensmann zu richten und eine Sitzung der Abgeordneten entscheidet über die Unterstüßungsgefrage von Fall zu Fall.

Es erstattet nun Blasing Bericht als Delegirter der Gewerkschaftskommission, welcher nach kurzen Ausführungen wieder gewählt wurde. Als Kandidat zum Gewerbegericht wird für Altker, welcher angelooht, Gense ernannt. Unter „Verschiedenes“ erörtern sich eine längere Debatte über die Mißstände auf dem Platz Feidler, wofür die der Polier Fröbel Uebergriffe gegen die Arbeiter sich erlaubt haben soll. Gerügt wird weiter das Verhalten mancher Steinhauer, die auf Bauten, wo die Maurer den Neunfundentag errangen, zehn Stunden arbeiten. Eine spätere Versammlung soll sich mit den zwei letzten Punkten, wenn dem Vertrauensmann das notwendige Material vorliegt, beschäftigen.

Arbeiterbildungsschule. Dienstag Abend von 8-10 Uhr: Süd-Ost-Schule Waldemarstr. 14; Öffentliche Gesundheitspflege (Nahrung und Genußmittel, Wohnung und Gesundheit, öffentlicher Gesundheits- und Schulgesundheitspflege, Arbeitsbeschäftigung, Fürsorge für Arbeiterinnen). Herr Dr. Gustav Heymann. — Nordische, Wasserstraße 170a; Natur- und Technik. Antike und moderne Naturbetrachtung. Reaktionen durch Kopenhagen, Gallei und Remon. Experimentelle Forschung. Philosophie und naturwissenschaftliche Forschung. Innerer Zusammenhang der Naturkräfte. Rob. Wagner, Heimholz-Geleise von der Erhaltung der Kraft und des Stoffes. Einbeziehung der Materie. Grundzüge des Darwinismus. Herr Dr. G. Joll. Bei allen Unterrichtsgegenständen werden neue Teilnehmer, Tamen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Zentralverein der Bildhauer. Deutscher Abend 8 1/2 Uhr, Kamenstraße 16: Die Beschlüsse des Gewerkschafts-Kongresses. Referent: Kollege Dupont. Wahl eines Vorstandsmitgliedes.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Bezirksabend Ad. Neumann, Palmenallee 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an: Heldeich Kortum, Wartenburgerstr. 49, 9. 2. Et.

Arbeiter-Vanderbund Berlins und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Reichenbergerstr. 72. Auch des geselligen Arbeitervereins Berlins und Umgegend sind Beschlüsse von Hund betreffend sind zu richten an: Hermann Jahn, Schönehauser Allee 177 c.

Vermischtes.

In der Umgegend von Geuna sind infolge bestigen Gewitters mit starken Regengüssen die Flüsse stark angeschwollen. Diefacher Schaden wurde dadurch angerichtet; erheblich ist derselbe in Balte Bisagno (Arondissement Boltri). In Sani Pier d'Arena entraut eine Person in dem Fluthe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 9. Juni.
Opernhaus. Fabello.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Hänsel und Gretel. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Egmout.
Deutsches Theater. Die Weber.
Festung-Theater. Waldmeister.
Berliner Theater. König Heinrich.
Merano Theater. Tala-Tola.
Nessens-Theater. Gals über Kopf.
Der neue Gangmed.
Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.
Schiller-Theater. Natalie.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Volk-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
National-Theater. Vor Sonnenaufgang.
Friedrich-Wilhelm-Städt. Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Natalie.
Natalie: Frau Clara Meyer a. G.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Natalie.
(Natalie: Frau Clara Meyer a. G.)

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samat.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Vor Sonnenaufgang.

Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Regie: Fritz Schäfer.
National-Theatergarten.
Gr. Konzert.
Spezialitäten 1. Ranges.
Theaterstücke.

Theater Alt-Berlin.

(Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.)
Jeden Nachmittag 3 1/2 u. 5 1/2 Uhr:
Märtyrliches Ringelstechen.
Eintritt 60 Pf., Parterre 1 Mk., Loge 2 Mk.
Abends 7 1/2 Uhr.
Gotzkowski. Ringelstechen.

Alt-Berlin.

Bei günstiger Witterung nachmittags 3 Uhr: Wendischer Jagd u. Beutezug.
Nachmittags 6 Uhr:
Aufzug zum Ringelstechen.
Zwei Musikkorps.
Zaubertheater; Diorama; Altdentscher Zergarten. Rembrandtmühle. Reise in die Unterwelt.
Eintritt: 25 Pfg.
Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pf., später 25 Pf.
Passepartouts à 4 Mk.

Adolph Ernst-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas & Repertorytheater des Globe-Theaters in London.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Mit neuer Ausstattung:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glöck.
Die Spree-Amazone
u. Salerno, The Avolos, The Kurrakins,
Die Spree-Amazone
und Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Die Spree-Amazone.
u. Salerno, The Avolos, The Kurrakins etc. etc.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

Castan's Panopticum.

165 Friedrichstraße 165.
Das Bärenweib
phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's! Illusionen — Kasperle-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.

Urania.

Tandenstr. 48/49. Tandenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater

abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62, Behr. Stadtbahnst.
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr
abends ab. Eintritt 50 Pf.

Viktoria-Brauerei

Lützowstrasse III/112.
Heute sowie täglich (außer
Sonnabends):

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkaufsbillets für die
Wochentage à 40 Pf. u. Familien-
billets à 1 Mark. Siehe Plakate!
Bei schönem Wetter im herrlichen
Konzertgarten, bei schlechtem Wetter
im großen Konzertsaal.

W. Noack's
Sommer-Theater.
Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag:
Im Gr. Ball.
Das Königreich der Weiber.
Operette in 3 Bildern von Milbder.
Julius Ernest, Liedersänger.
Franziska Wunsch, Kostüm-Soubrette.
Willi Reuschel, Gesangs-Humorist.
Janka Ros'!, Opernsängerin.
Geschw. Romany, Gesangs-Duettisten.

W. Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag:
Im Gr. Ball.
Das Königreich der Weiber.
Operette in 3 Bildern von Milbder.
Julius Ernest, Liedersänger.
Franziska Wunsch, Kostüm-Soubrette.
Willi Reuschel, Gesangs-Humorist.
Janka Ros'!, Opernsängerin.
Geschw. Romany, Gesangs-Duettisten.

Schweizer Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Sonnabend, den 13. Juni:

Großes Sommerfest

unter Leitung von Julius Türk.
Um 4 Uhr: Kinderfest. Konzert d. gesamt. Hauskapelle.
Spezialitäten-Vorstellung. — Tanz im grossen Saale.
Die blonde Gina. Die Kunst geliebt zu werden.
Volksstück mit Gesang in 1 Akt. Singpiel in 1 Akt
von Julius Türk. von Ferdinand Gumpert.
Bei eintretender Dunkelheit:
Großes Brillant-Feuwerk.
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.
Billets à 30 Pf. sind in den bekannten mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. Kinder haben freien Zutritt.

Erbesten Schaustück der Welt.
Vorstellungen täglich
Bolossy
Király's „Orient“
im
Olympia-Riesentheater.
Alexanderstr., Ecke Magazinstr.
Nachmittags 5-7 Uhr,
Abends 9-11 Uhr.
Ca. 1000 Mitwirkende.
Übertritt alles bisher Dagewesene.
Sensationellst. Erfolg d. Saison.
500 Mal im Olympia-Theater zu London ohne Unterbrechung gegeben.
Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.
Kasselerküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
H. Jmbs.

Das 100 000. Lied vom Rhein!

Mittlere Singstimme mit Pianobegleitung (satirisch).
Gegen 1 M. 25 Pf. in Briefmarken franko. A. Hoffmann's Verlag, Berlin O. 27.
Katalog gr. u. franko.

KAIRO von 7 Uhr abends ohne
Gewerbeausstellungs-Billet
zugänglich.

KAIRO von 10 Uhr vorm. geöffnet.
I. Eingang: Ausst.-Bahn,
II. Eing.: Köpnick, Landstr.

KAIRO Waffensamm. d. Chediwe;
Samm. d. egypt. Behörden,
Schwert des Mehomet-All.

KAIRO Salon bedeutender
Orientaler.

KAIRO Riesen-Arena mit Monstre-
Aufführungen v. 500 Pers.
m. Pferd., Dromedaren etc.

KAIRO Leibkapelle d. Chediwe
60 Mann in Uniform,
3 Hauskapellen,

KAIRO Arena: Beduinenkämpfe
und Reiter-Fantasias um
5 und 8 1/2 Uhr nachm.

KAIRO Cheops-Pyramide
mit Königsgräbern.

KAIRO Entree 50 Pf.
Eiltettag (Dienstag) 1 Mk.

KAIRO Dauerkarten: Erwachsene
15 Mark, Kinder 8 Mark,
im Bureau Kairo und
bei C. Stangen, Mohrenstrasse 10.

Passage-Panopticum.

42
wilde Weiber
aus
Dahomey.

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Großes Sommerfest
am Sonnabend, den 20. Juni cr., in Weimann's
Volksgarten, Badstr. 57
unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Heufelder“, verbunden mit
Spezialitäten-Vorstellung und Sommernachts-Ball.
Kinderbelustigungen.
Billets 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Es ladet ergebenst ein Die Kommission.
102/15

Wilmerdorf.

Klingenberg's Volksgarten, Berlinerstraße 40.
Sonnabend, den 13. Juni 1896:
Großer Sommernachtsball,
arrangiert vom
Gesangsverein „Froh' Hoffnung“ Berlin
(Mitgl. d. Arb.-Sängerbundes.)
Um 12 Uhr: Kaffeepause, während derselben Gesangsvorträge.
Anfang 9 Uhr. 248/8
Alle Freunde und Gönner sind hierzu bestens eingeladen.
Das Komitee. J. A.: Ad. Richter, Kurfürststr. 41.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Das wunderbare Juni-
Programm.
Erna Rolla die muß man sehen.
Prof. Matutta, Illusion. Rajade-
Trio. Nelli u. Albert. Rapp-
mann, Duett. Geschw. Tracy,
Trapez etc.
Entree 30 Pf.

Reichshallen

Im prach-
vollen
Garten.
Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz.
Täglich:
Norddeutsche Sänger
Um 1/10 Uhr: Hoffmann
mit die Musik der armen
Leute. Um 1/11 Uhr die sechs
mit sämlichem Beifall auf-
genommenen
Alle fünf Barrisons
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., reserv.
Platz 50 Pf. Vorzugsbillets haben
Giltigkeit.

Louis Keller's Festsäle

Koppenstr. 29. [5394L*
Jeden Dienstag und Donnerstag im
prachtvollen Sommergarten
Norddeutsche
Quartett- u. Lomplesänger.
Entree frei. Anfang 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung im Saale.
Kunstl. Bühne.
F. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr.
Zahlung pr. Woche 1 M.

Möbel - Ausverkauf

des Möbelpeters Rosenthalerstr. 13.
Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner
Warenräume verkaufe ich mein Waren-
lager zu noch nie dagewesenen Preisen voll-
ständig aus. Aus Ursache und für Bequemlich-
keit ist somit die einzig rechte Gelegenheit gegeben,
Ausstattungen, sowie einzelne Stücke billig
und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht
durch unangenehme Anpreisungen täuschen,
sondern besichtige sich die Möbel, welche man
kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit
meinen nur gegebenen Werten und anerkannt
billigen Preisen. Durch Einkauf von 9 großen
Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe
ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke
ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-
händler. Auch großes Lager gebrauchter und
verkaufter gewasener Möbel zu wahrhaften Spot-
preisen. Kleiderständer 15 Mark, Kuban-
ständer 20, Kleiderständer 15, Kommode
9, Sopha 10, Vertikale mit Sprungfedern 10,
u. Kleider 10, Spiegel 2, Stühle 2, Kuban-
trumeau mit Stufe 6, Tischgarnitur 60,
neue, hochfeine Tischgarnitur 100 Mark. Hoch-
feine Kuban- und Badgarnitur Möbel Spot-
preise. Auch gebe ich Einrichtungen auf Zeit-
zahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei
mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis.
Rein Waschlappentuch. Gegen 20 Pf. u.
u. Tischdecken, vier große Waschlappentuch.
Gefaltene Möbel können sofort auf meinen
Lagerstücken 1 Woche liegen bleiben und
werden dann durch eigene Bedienung sauber trans-
portiert und aufgestellt, auch nach außerhalb

Sophastoff- Reste

in Rip, Damast, Crêpe,
Phantase, Gobelin und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße
158.

Möbel-Kaufgelegenheit,

passendste Gelegenheit für Brautleute, Waisensau-
kräse 16, parterre, in der Möbelwelt sollen
ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen,
verleihen gewesene und neue Möbel zu jedem
annehmbaren Preise verkauft werden. Zeit-
zahlung gestattet. Bedenken ohne Ausnahme.
Besonders billig sind die an Herrschaften kurze
Zeit verlebten gewesenen Möbel. Kleiderständer
15, Kleiderständer, Kommode 12, Bettstelle mit
Matratze 18, Kuban- und Kleiderständer 20 Mark,
Kleider- und Kleiderständer und Vertikale 16,
französische Waschlappentuch mit Matratze 45,
Säulen- Kleiderständer 40 Mark. Trumeau
mit Stufe 60, Tischgarnituren 60 Mark, neue,
hochfeine Garnituren 100 Mark. Kuffels,
Goullentische, Goullentische mit Goullentische
und Plüschgarnitur in allen Farben, Zimmern-
und Herrenschreibtische. Gebrauchte Möbel werden
unentgeltlich 3 Monate auf meinen Wasche-
lagerstücken aufbewahrt, durch eigene
Bedienung transportiert und aufgestellt. 4251*

6 Pfund Albrecht's

Brot für
50 Pfennig Bäckerei,
liefert Wrangel-Strasse 3.
Langestr. 25, Falckensteinstr. 2

Rohrtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise.
Sämtliche Fabrikations-Merkmale.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.
Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 8 M. an. Täglich
wöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Herabziehen bei
Verstellung umsonst.
Gudiel, Dönhofsplatz 2, Elsfasserstr. 12

Haben Sie Wanzen? Haben Sie Schwaben?

Dann ist es Ihre Schuld! — Verwenden
Sie doch R. Hoffers Spezialmittel, welche
diese Thiere u. ihre Brut sofort töden
und ihr Wiederkommen verhindern.
Dose 50 Pf. und 1 M. beim Geflüder.
Rud. Hoffers, Dantewerstr. 87 u.
Reichenbergerstr. 55.

Wer — Stoff — hat!

fertige Anzug, 20 M., feinste Zu-
tatten, saubere Arbeit, zwei An-
proben, Dose 3,50. Münzstr. 4,
Engel.
Sojen! Anzüge! Paletots!
nach Maß bestellt, nicht abgeholt,
verkauft Hälfte Kostenpreis Münz-
straße 4, Engel. Herrenanzugreste.
Reste zu Knabenanzügen!!
Gelegenheitskäufe, umsonst zuge-
schritten. Herrenhosen-Reste spott-
billig Münzstr. 4, Engel.

Unerreicht billig!!! Steppdecken

in reiner Wolle, 160 cm breit,
200 cm lang, in allen Farben
vorrätig, das Stück
5,50 Mark
empfiehlt d. älteste Teppich-
Gardinen-, Möbelstoff- u.
Portièren-Geschäft Berlin C.,
Berlin C.,
Otto Büchler, Königsstr. 26,
(Ecke Klosterstr.)
Berjand-Abtheilung.
Erde kann abgeladen werden
Kufcher erhalten 25 Pf.
Gas-Anstalt Biedorf.